

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



März 2020

Grundrente oberhalb der Grundsicherung für langjährig Versicherte soll kommen

Grundrente schnell einführen!

Die Grundrente ist eines der größten sozialpolitischen Projekte der Großen Koalition. Mittlerweile haben sich die Parteien auf Eckpfeiler geeinigt, sodass sie im nächsten Jahr eingeführt werden kann und die Situation insbesondere von Frauen verbessert. Der SoVD Berlin-Brandenburg plädiert für einen schnellen Start ohne weitere Einschränkungen.

Rechtzeitig zum Internationalen Frauentag sollte die Grundrente im Bundeskabinett verabschiedet werden, damit sie zum 1.1.2021 in Kraft treten könnte. Damit sollten zwischen 1,2 und 1,4 Millionen Menschen vor Altersarmut bewahrt werden. Dies gilt in besonderem Maße für Frauen, die erheblich niedrigere Renten beziehen oder zu erwarten haben als Männer. Berlin und Brandenburg ist mit seinen hohen Anteilen von Niedriglöhnen sowie Rentnerinnen und Rentnern davon besonders betroffen. Die Einführung der Grundrente ist daher längst überfällig. Dies gilt umso mehr, als bereits in zwei Koalitionsvereinbarungen eine existenzsichernde Rente versprochen wurde, die vor Altersarmut bewahrt.

Grundrente hilft gegen versteckte Altersarmut

Als SoVD haben wir seit Jahren hierzu konkrete Vorstellungen nicht nur entwickelt, sondern auch in die Politik immer wieder eingebracht. Danach sollten langjährig erwerbstätige Geringverdienende, häufig Frauen, eine Aufstockung ihrer Renten erhalten. Dabei geht es uns als SoVD besonders darum, dass diejenigen, die über Jahre hinweg gearbeitet sowie Steuern und Beiträge gezahlt haben, im Alter nicht den Gang zum Sozialamt antreten müssen. Wir wissen doch, dass gerade bei den älteren Frauen ein hohes Ausmaß an verschämter Armut



Vor allem Frauen würden von der Grundrente profitieren.

besteht. Sie verzichten lieber auf ihre Ansprüche auf Grundsicherung, um nicht Angehörige zu belasten und schränken sich bis zu menschenunwürdigen Lebensbedingungen ein. Ihnen muss mit einer Grundrente aus der Armut geholfen werden.

Deshalb hat der SoVD die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung immer gefördert. Den vorliegenden Kompromiss der GroKo für eine Grundrente, allerdings mit einer Einkommensanrechnung des eigenen oder Partnereinkommens von 40 Prozent haben wir als SoVD, wenn auch mit schwerem Herzen, akzeptiert.

Minijobs sollten nicht ausgeschlossen werden

Deshalb ist es schwer erträglich, wenn jetzt erneut an diesem Vorschlag gerüttelt wird. Weitere Verschlechterungen kann es nicht geben. Vor allem

darf dies nicht als Alibi genutzt werden, erneut die Einführung der Grundrente zu verzögern und ganz wegzuschieben. Damit würden auch die Menschen in Berlin und Brandenburg einmal mehr verprellt, insbesondere unsere Mitglieder in höherem Lebensalter und mit „kleinem Portemonnaie“, darunter viele Frauen. Umgekehrt ist vielmehr unerlässlich, dass die Minijobs nicht aus dem Bezug der Grundrente ausgeschlossen werden. Gerade die weit über sieben Millionen Menschen in diesen „kleinen Arbeitsverhältnissen“ ohne Sozialversicherung, davon zwei Drittel Frauen, sind dringend auf die Grundrente angewiesen.

Wir verlangen daher vom Berliner Senat und der Landesregierung Brandenburg, dass sie sich für eine unverwässerte und zügige Verabschiedung der Grundrente einsetzen.



Editorial

Liebe Männer und Frauen in Berlin und Brandenburg,

100 Jahre Frauenarbeit im SoVD sind schon Grund genug, den Internationalen Frauentag auch in Berlin und Brandenburg besonders zu würdigen. Dies gilt umso mehr, als der 8. März vor einem Jahr in Berlin als zusätzlicher Feiertag eingeführt wurde.

Dabei gibt es trotz jetzt mehr als 70 Jahren Grundgesetz immer noch erhebliche Schwachstellen bei der Erfüllung des Artikels 3 zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen. Zwar hat sich vieles verbessert, vor allem bei der Bildung und Erwerbstätigkeit von Frauen. Trotzdem verharrt die Lohnlücke zulasten der Frauen seit Jahren bei etwa einem Viertel; ihre Benachteiligung bei den Renten beträgt sogar mehr als die Hälfte. Dafür sind Frauen mit über der Hälfte mehr als Männer für die unbezahlte Sorgearbeit innerhalb und außerhalb von Familien und Partnerschaften verpflichtet. Es bleibt für uns als Männer und Frauen im SoVD noch viel zu tun, um das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes zu erfüllen.

Dies gilt nicht nur für den Internationalen Frauentag, sondern 365 Tage im Jahr. Um hierfür ein Zeichen zu setzen, muss der 8. März auch in Brandenburg und natürlich genauso in den übrigen Bundesländern ein eigener Feiertag werden. Wir werden uns dafür als SoVD-Landesverband weiter einsetzen, damit es bei der Gleichberechtigung wirklich genügend zu feiern gibt. Dabei zählen wir auf eure Mithilfe.



Ursula Engelen-Kefer

Eure Ursula Engelen-Kefer

Landesverbandstagung am 28. März 2020

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. wird am 28. März 2020 eine außerordentliche Landesverbandstagung durchführen. Hierzu gibt es folgende Anlässe:

- Änderungen in der Satzung des Landesverbandes, die von der letzten Landesverbandstagung am 23. März 2019 beschlossen wurde und vom Registergericht genehmigt ist.
- Weitere Änderungen der Satzung des Landesverbandes gemäß Änderungen in der Satzung des Bundesverbandes zu den SoVD-Strukturen auf Orts- und Kreisverbandsebene sowie für die Frauenarbeit im Landesverband.
- Verwendung der zusätzlichen finanziellen Mittel aus der Erhöhung der Beiträge seit 1. Januar 2020.
- Wahl einer neuen Landesfrauensprecherin nach dem Rücktritt von Mechthild Rawert.

Für einen externen Vortrag hat Heinz Stapf-Fine, Professor für Sozialpolitik an der Alice Salomon Hochschule Berlin, zugesagt. Er wird zum Thema Ehrenamt und Demokratie sprechen.

Die Delegierten werden, soweit möglich, aus den Reihen der bereits zur letzten Landesverbandstagung am 23. März 2019 gewählten Delegierten einschließlich der Ersatzdelegierten in der gewählten Reihenfolge zusammengestellt.

Wo dies nicht ausreicht, sind neue Delegierte zu wählen. Dies gilt für die neu zu konstituierenden SoVD-Strukturen im SoVD-Kreisverband Reinickendorf und in Teilen von Brandenburg.



Der SoVD hat oft auf den Zusammenhang von gebrochenen Erwerbsbiografien und Altersarmut bei Frauen hingewiesen. So auch beim Festakt „100 Jahre Frauen im SoVD“.

Monika Paulat vertritt SoVD in Brandenburg

Seit August 2019 hat der Landesverband eine Beauftragte für Brandenburg. Der Landesvorstand hat dafür Monika Paulat benannt. Sie ist Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages und war lange Jahre Präsidentin des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg. Ihre Aufgabe ist die Förderung der Zusammenarbeit unserer SoVD-Arbeit in den beiden Bundesländern. Insbesondere wird sie einen Schwerpunkt ihrer Arbeit darauf richten, unsere Tätigkeit und Sichtbarkeit in Brandenburg zu stärken. Monika Paulat hat sowohl in Brandenburg als auch in Berlin beste Kenntnisse der sozialen und politischen Landschaft. „Als Brandenburg-Beauftragte werde ich in verschiedenen Brandenburger Gremien für unsere Mitglieder tätig sein. Ich bin Mitglied im Landesbehindertenbeirat (LBB) und dort in den Arbeitskreisen Mobilität und Bauen aktiv, bin für den Beratenden Ausschuss für behinderte Menschen beim Integrationsamt in Cottbus benannt und vertritt den SoVD als beratendes Mitglied der Landesschiedsstelle“, so Monika Paulat. Darüber hinaus betreut die Brandenburg-Beauftragte das Projekt „Inklusionstaxi – Taxi für Alle“ in der Geschäftsstelle Potsdam. Auch im SoVD-Bundesverband ist Monika Paulat aktiv. Sie ist erneut für die gerade begonnene Wahlperiode als Mitglied im Sozialpolitischen und Frauenpolitischen Ausschuss benannt worden.



Monika Paulat

Moderne Infrastruktur muss Bedürfnisse aller berücksichtigen

Mobilität auch für Fußgänger

Die Berliner Politik möchte auch die Bedürfnisse von Fußgängerinnen und Fußgängern berücksichtigen und hat sie in das Mobilitätsgesetz aufgenommen. Der SoVD Berlin-Brandenburg begrüßt zusätzliche Maßnahmen und fordert wirksame Kontrollen zum Schutz auf dem Gehweg.

„Die geplante zusätzliche Aufnahme des Fußverkehrs in das Berliner Mobilitätsgesetz darf kein Placebo zur Beruhigung der Bürger sein“, so die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer. „Wir teilen uneingeschränkt die Zielsetzung der zuständigen Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Regine Günther: Es geht um höhere Aufenthaltsqualität und mehr Barrierefreiheit“ und damit auch mehr Sicherheit für Fußgänger auf den Gehwegen.

Allerdings reichen die hierfür vorgesehenen Maßnahmen in dem Gesetzentwurf keinesfalls aus. Zwar sind Verbesserungen der Fußwege zum Beispiel für die Straßenüberquerung und Blindenampeln, Verkehrsberuhigung, Beleuchtung oder neuen Stellen für die Fußwege-Koordination zu begrüßen. Jedoch ändern sie nichts an der zunehmenden Verdrängung, Belästigung bis zur akuten Gefährdung der Fußgänger durch E-Roller und Fahrradfahrer. Dies gilt in ganz besonderem Maße für Menschen in höhe-



Der SoVD hat sich an den Demonstrationen für ein E-Roller-Verbot auf Gehwegen beteiligt. Doch oft wird das nicht eingehalten.

rem Lebensalter, mit Behinderungen, aber auch Familien mit Kindern.

Wesentliche Voraussetzungen für ein gutes Miteinander sind wirksame Kontrollen, damit die Gehwege auch tatsächlich von E-Rollern und Fahrrädern frei gehalten werden. Auch in Berlin gibt es ständig teilweise schwere Unfälle von Fußgängern infolge der Miss-

achtung der Verkehrsordnung. Eine weitere wesentliche Forderung ist der Ausbau eines Netzes genügend breiter Fahrradwege, deren Pflege und vor allem das Freihalten von parkenden Fahrzeugen. Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg wird nicht locker lassen, sich auch weiter für die Durchsetzung inklusiver Fußwegenetze einzusetzen.

Veranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus

„Einsamkeitsgipfel“ der Berliner CDU-Fraktion

Zwei Tage nachdem der SoVD Berlin-Brandenburg seine Veranstaltung zum Thema „Soziale Kälte“ durchgeführt hatte, lud die CDU-Fraktion zum „Einsamkeitsgipfel“.

Nach einer Einleitung durch den Fraktionsvorsitzenden wurden in mehreren Diskussionsrunden eine Begriffsbestimmung sowie die oft katastrophalen Folgen der Einsamkeit für die Betroffenen diskutiert. Besonders aufschlussreich waren die Ausführungen der Berliner Organisatorin von „Silbernetz“, die an sehr konkreten Beispielen die Notwendigkeit von Krisenberatung rund um die Uhr belegte. Für den SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Joachim Krüger teil. Sein Resümee: „Diese Veranstaltung zeigte erneut, dass soziale Kälte, Einsamkeit und Zukunftsangst bis hin zu Selbstmordabsichten eng verbunden sind und längt von allen politisch wichtigen Kräften thematisiert werden. Deshalb sollten wir als SoVD dabei eine umfassende Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg zum Nutzen der betroffenen Menschen aktiv fördern und betreiben!“



Veranstaltungsort war der Preußische Landtag.



Wir kümmern uns

Rund um Haus und Wohnung

In der neuen Rubrik schreibt Ute Loßin von der Landesgeschäftsstelle. Diesmal geht es um das Thema Wohnen und den umstrittenen Mietendeckel in Berlin. Denn seit dem Jahresanfang 2020 gibt es in diesem Bereich zahlreiche gesetzliche Änderungen.

Die Mietpreisbremse soll verschärft und bis Ende 2025 verlängert werden sowie auch der Betrachtungszeitraum für die Erstellung von Mietspiegeln von 4 auf 6 Jahre verlängert werden. Bei den Maklerprovisionen soll beim Kauf von Wohnungen oder Einfamilienhäusern die Provisionsteilung zwischen Verkäufer und Käufer gesetzlich festgeschrieben werden. Während dies in vielen Bundesländern ohnehin schon praktiziert wird, bedeutet dies für Berlin und Brandenburg eine erhebliche Änderung, hier zahlen in der Regel allein die Käufer die Provision.

Auswirkungen auf den Bau und Sanierung von Gebäuden haben auch das Anfang 2020 in Kraft getretene Gebäudeenergiegesetz sowie das Klimapaket. Damit sollen die Treibhausgase reduziert und die Klimaziele sichergestellt werden.

Im Jahr 2021 wird es wieder

eine komplette Gebäude- und Wohnungszählung geben. Jeder Eigentümer wird zum Stichtag im Mai 2021 umfassend Auskunft geben müssen. Auch bereits beschlossen ist die Reform der Grundsteuer, die Neubewertung aller Immobilien wird voraussichtlich ab 2022 erfolgen und die Zahlung auf neuer Basis ist dann ab 2025 fällig. Eine umfassende Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes ist noch in der Diskussion.

Hausratversicherung und Gebäudeversicherung

Eine Hausratversicherung versichert Einrichtungsgegenstände wie zum Beispiel Möbel, Teppiche, Gardinen sowie Gebrauchsgegenstände und Wertsachen wie Bargeld, Schmuck und Urkunden.

Zu den üblichen Risiken eines Versicherungsumfanges zählen Blitzschlag, Brand, Ex- und Implosionen, Einbruchdiebstahl,

Schäden durch Leitungswasser sowie Sturm und Hagel. Welche Schäden konkret abgedeckt sind, hängt von den Versicherungsvereinbarungen ab. Im Schadensfall werden die Kosten der Wiederbeschaffung von Möbeln und Inventar erstattet. Nur in besonderen alten Verträgen kann noch die Regulierung zum Zeitwert vereinbart sein; auf jeden Fall sollten solche Verträge auf aktuelle Versicherungsbedingungen und Neuwertregulierung umgestellt werden. Wichtig ist auch, die Versicherungssumme realistisch anzusetzen, besonders wenn man hochwertige Möbel oder teure Wertsachen besitzt.

Von der Hausratversicherung zu unterscheiden, ist die Gebäudeversicherung, die Schäden am Gebäude absichert. Sie reguliert keine Schäden am Inventar, auch wenn diese zum Beispiel durch einen Rohrbruch beschädigt wurden.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Berlin-Ost Ortsverband Treptow-Köpenick

Im Dezember fand die Jahresabschlussveranstaltung statt. Zu Beginn schauten sich die Mitglieder einen Film zum Thema Inklusion über Menschen mit Handicap an. Nach einer regen Diskussion über den Film tauschten sich die Mitglieder über die Neuerungen für das Jahr 2020 aus. Beim gemütlichen Beisammensein ließen sie das Jahr ausklingen.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf Ortsverband Wilmersdorf

Der Vorstand hatte zur ersten Mitgliederversammlung im neuen Jahr am 16. Januar eingeladen. Der Vorsitzende Bodo Feilke begrüßte die Mitglieder, wünschte allen ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2020. Als Gäste waren der 2. Landesvorsitzende Andreas Gädicke und Heike Ritterbusch, Mitarbeiterin des Landesverbandes, eingeladen. In seinen Bekanntgaben berichtete der Vorsitzende von der Landesvorstandssitzung und der anstehenden Landesverbandstagung am 28. März. Zum Thema „Aktuelles aus der Sozialpolitik“ berichtete Andreas Gädicke von den Aktionen des Landesverbandes und stellte die Ziele des Vorstandes vor. Heike Ritterbusch gab eine

Übersicht ihrer Tätigkeit und Aufgaben als Koordinatorin für den ehrenamtlichen Besuchsdienst. Der neue Landesvorstand hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit Transparenz und Information die Mitglieder über ihre Arbeit in Kenntnis zu setzen.

Kreisverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

Zu der ersten Versammlung im neuen Jahr sind am 20. Januar viele Mitglieder erschienen. Die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer ist der Einladung gefolgt und berichtete über die Fortschritte im Landesverband Berlin-Brandenburg und die bevorstehende Landesverbandstagung. Viele Fragen der Mitglieder beantwortete sie ausführlich. Der Vorstand dankte sich für ihr Kommen.

Kreisverband Steglitz Ortsverband Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde

Der erste Versammlungstermin im neuen Jahr war ein voller Erfolg. Es gab überraschenden Besuch der Landesfrauensprecherin Mechthild Rawert, die das angekündigte Thema „Wo uns der Schuh drückt“ neugierig machte und sich über die Nöte und Sorgen der Mitglieder informierte.

Es ging zum Beispiel um den

zum Teil sehr beschwerlichen Weg zu den Glascontainern. Mancher muss einen weiten Weg gehen, um diesen zu erreichen. Rollstuhlfahrer und andere Menschen mit Handicap haben auch noch das Problem, die hohen Öffnungen zum Einwerfen überhaupt zu erreichen. Deswegen wird der Vorstand des Kreis- und Ortsverbandes Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde zum Landesverbandstag eine Eingabe an den Landesverband einbringen, damit dieses Problem an die zuständigen Behörden oder Ämter weitergeleitet wird.

Mechthild Rawert warb für die Teilnahme an Veranstaltungen zum Equal Care Day (ECD) und Equal Pay Day (EPD). Diese Aktionstage machen darauf aufmerksam, dass es hauptsächlich Frauen sind, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen (ECD) und trotz gleicher Arbeit weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen (EPD). Im Alter erhalten sie dadurch signifikant weniger Rente. Daher der Aufruf, die Frauenrechte mehr zu unterstützen.

Diese erste Versammlung war ein guter Auftakt ins Jahr 2020 und es bleibt zu hoffen, dass diese Begeisterung lange anhält, denn dadurch gibt die Arbeit, die der Vorstand im SoVD leistet, Genugtuung und Befriedigung.

neue Mitarbeiterin in der SoVD-Landesgeschäftsstelle, zuständig u. a. für die Besuchsdienste, vorstellen. Für ihre 10-jährige Mitgliedschaft im SoVD ehrte Rita Krüger-Bieberstein Dagmar und Joachim Werner (siehe Foto) sowie Consuela Broßda-Rambiechler, die sich auch ehrenamtlich für den SoVD einsetzt. Joachim Krüger kündigte die nächste Veranstaltung an, eine Faschingsveranstaltung

mit sozialpolitisch geprägter Büttenrede am 25. Februar. Auch die ebenfalls schon traditionelle Amrum-Fahrt stehe in diesem Jahr im Juni auf dem Programm. Joachim Krüger lud die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, an Treffen in der Kreisgeschäftsstelle teilzunehmen. Diese finden immer dienstags ab 14.30 Uhr statt. Im abgelaufenen Jahr 2019 waren es insgesamt 1.019 Personen.



Ursula Engelen-Kefer beim KV Neukölln-Britz-Buckow-Rudow.



KV Tiergarten-Wedding



OV Treptow-Köpenick



Andreas Gädicke (Mitte) beim OV Wilmersdorf.

KV Tiergarten-Wedding

Mehr als 40 Mitglieder nahmen in diesem Jahr am traditionellen Neujahrsfrühstück des SoVD Tiergarten-Wedding teil. Der Kreisvorsitzende Joachim Krüger konnte bei dieser Gelegenheit Heike Ritterbusch als

Minna Cauer prägte die Frauenbewegung im 19. und 20. Jahrhundert

Kämpferin für Frauenrechte

„Wir wollen dem Kampf der Frau um gleiche Bildung ebenso gerecht werden wie ihrem Kampf um gleichen Lohn.“ Minna Cauer galt als Radikale, kämpfte gegen die Ausbeutung von Arbeiterinnen und Angestellten und für das Frauenwahlrecht. Heute erinnert eine Straße in Berlin an sie.

Zusammen mit anderen Frauen gründete Minna Cauer in Berlin den Verein Frauenwohl, der das Sprachrohr des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung wurde. Sie erkannte schon früh die Bedeutung von Bildung für die Gleichberechtigung und forderte weit mehr als das Frauenwahlrecht. 1896 arbeitete sie beim Internationalen Kongress für Frauenwerke und Frauenbestrebungen in Berlin mit und war Mitbegründerin des Kaufmännischen Hilfsvereins für weibliche Angestellte. 1899 wurde

der Verband Fortschrittlicher Frauenvereine gegründet, dem Minna Cauer vorstand.



Minna Cauer

Auch der Sozialverband Deutschland war 1919 schon fortschrittlich. Der damalige „Reichsbund“ ermöglichte Frauen bereits kurz nach seiner Gründung, sich für ihre Belange zu engagieren. Auch der SoVD Berlin-Brandenburg setzt sich für die Gleichstellung der Frau ein; für eine Mütterrente, Einführung einer Frauenquote, Wirksamkeit des gesetzlichen Mindestlohns, Frauenbeauftragte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sowie für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern.

5 Termine der Kreis- und Ortsverbände

Liebe Frauen im SoVD, liebe Gäste

Der Ortsverband Wilmersdorf veranstaltet jeden 4. Samstag im Monat einen Frauenstammtisch im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin, S + U Jannowitzbrücke, S-Bahn-Linien: S3, S5, S7, S75, U-Bahn-Linie: U8, barrierefrei zu Fuß erreichbar: Uhrzeit: ab 10 Uhr. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme und bitten um Voranmeldung bei: Barbara Kubanke Tel.: 030/3 81 27 03. Das nächste Treffen ist am **28. März**.

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Tel.: 030/2 63 93 80.

Sozialberatung / Antragstellung Rente & Schwerbehinderung, Montag und Donnerstag 14-17 Uhr nach telefonischer Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 38 11.

Allgemeine Verwaltung: Jenny Fruth, Tel.: 030/26 39 38 26
Mitgliederverwaltung und Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030/26 39 38 14.

Haustechnik / Verwaltung: Torsten Pavel, Tel.: 030/26 39 38 15.

Presse/Verbandszeitung: Ute Loßin, Tel.: 030/26 39 38 27.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 28 21.

Kreisverband Bezirksverband Brandenburg Süd-West Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

Versammlungsort: Die Altstädter e. V., Bäckerstr. 14, 14770 Brandenburg an der Havel, Anschrift Kontaktstelle: Ritterstr. 95, 14770 Brandenburg a. d. H., Info: Dagmar Herz, Tel.: 03381/5 51 51 31, E-Mail: bastelherz@hotmail.de, Sprechstunde: jeden Dienstag von 10–13 Uhr.

Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Ansprechpartner: Landesverband Berlin-Brandenburg, Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: joachim.melchert@sovd-bbg.de.

Kontaktstelle Jüterbog (Teltow / Fläming)

Ansprechpartnerin: Marlies Zappe, Tel.: 03372/43 33 97, Neuheim 6, 14913 Jüterbog.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: 1. Bezirksvorsitzender Peter Ernst, Bir-

kenwerder Str. 2, 16567 Mühlenbeck, Tel.: 033056/40 75 13, Fax: 033056/40 75 14, Mobil: 0178/1 80 00 52, E-Mail: sovd@online.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: 1. Vorsitzender Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: info@fachanwalt-drbock.de.

Kreisverband Berlin-Ost Servicesprechstunde und Sorgentelefon

Montags, 13–17 Uhr, andere Tage nach Absprache. Wir bitten um telefonische Terminvereinbarung. Ansprechpartner: Holger Kahl, Tel.: 030/72 62 22 385, mobil: 0173/5 64 72 36, Fax: 030/67 89 53 74, E-Mail: sov.kv-ost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Vorschau: 14. April, 14–16 Uhr: Mitgliederversammlung, Begegnungsstätte Judith-Auerstraße 8, 10369 Berlin. Info: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 0170/33 51 445, E-Mail: ursula@engelen-kefer.de.

Ortsverband Berlin-Mitte

8. März, 10 bis 12 Uhr: Ein Tag im März – Vom Internationalen Frauentag bis zum Equal Pay Day, Ort: SoVD-Bundesgeschäftsstelle (5. OG), Rolandufer 6, 10179 Berlin. Anmeldung bis zum 6. März. E-Mail: margreturban@t-online.de, oder bei Inge Lauer unter Tel.: 030/81 00 13 64.

Info: Dominique Botembe, Tel.: 0152/14 56 21 17 (mobil), E-Mail: dominique-mpaka.botembe@sovd.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Vorschau: 14. April: Mitgliederversammlung, Ort: Altes Rathaus Johannisthal, Sternendamm 102, 12487 Berlin. Zu erreichen: Bus 160 und M11 sowie Tram 60 Info: Michael Nakoinz, Tel.: 030/6 54 15 90, E-Mail: m.nakoinz@gmail.com.

Kreisverband Reinickendorf Ortsverband Frohnau

Die Mitgliederversammlung am **12. März entfällt**.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf Ortsverband Charlottenburg

11. März, 16 Uhr: Mitgliederversammlung, Restaurant „Rouladenhaus zur Quelle“, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin.

17. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Stadtteilzentrum Nehringstraße 8. Info: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/38 27 645, mobil: 0152/54 30 73 39, E-Mail: sovd-ov-charlottenburg@gmx.de.

Ortsverband Wilmersdorf

19. März, 15.30 Uhr: Vortrag der Frauensprecherin Barbara Kubanke, Ort: Werner-Bockelmann-Haus, Bundesallee 49, 10715 Berlin. Info: Bodo Feilke, Tel.: 81 78 682 oder E-Mail: b.feilke@gmx.de.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

16. März, 16.15 Uhr: Versammlung mit sozialpolitischen Themen, Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde, Alt-Buckow 38, 12349 Berlin. Info: Edith Massow, Tel.: 030/60 32 810, E-Mail: edith-massow@t-online.de.

Telefonische Anmeldung für die Rentenberatung unter Tel.: 0175/10 57 894 (mobil).

Kreisverband Spandau Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

26. März, 18.45 Uhr: Mitgliederversammlung, Seniorenklub „Lindenufer“, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. Info: Elke Beuke, Tel.: 030/3 63 43 34, E-Mail: h-beuke@t-online.de.

Ortsverband Spandau Nord/Süd

5. März, 18.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vortrag über die neue Kampagne des Verbandes, Seniorenbegegnungsstätte Lindenufer, Mauerstr. 10 A, 13597 Berlin, Info unter: Tel.: 0171/12 51 999.

Kreisverband Steglitz Ortsverband Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde

11. März, 15–17 Uhr: Mitgliederversammlung zum Thema „Frauenmärz“, Vortrag und Diskussion mit Frauensprecherin des Ortsverbandes Christel Berend. Ort: Maria-Rimkus-Haus (barrierefrei), Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

Sozialberatung nur nach vorheriger Anmeldung. Info:

Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/76 40 32 10, E-Mail: wolfgang.engelmann@kabelmail.de, oder Dieter Effner, Tel.: 030/7 21 42 98, E-Mail: dundbeffner@t-online.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

8. März, 10.30–13 Uhr: Frauenfrühstück zum Internationalen Frauentag, Ort: Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10787 Berlin.

14. März, 15–18 Uhr: Informationen zum Landesverbandstag von Ursula Engelen-Kefer. Ort: Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“ 12, 10825 Berlin.

Sprechstunde / Sozialberatung jeden 3. Mittwoch, 15–17 Uhr, Kurfürstenstraße 131. Info: Mitgliederbetreuung, Telefon zur Sprechstunde und dienstags, 11–13 Uhr, Tel.: 030/26 39 38 22, E-Mail: kv-schoeneberg@sovd-bbg.de.

Bei Umzug bitte Änderungen telefonisch mitteilen.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

1. März, 14 Uhr: Bildbericht von Joachim Krüger über eine Fahrt des SoVD Tiergarten-Wedding mit dem Wilmersdorfer Partnerschaftsverein in den Landkreis Kulmbach. Ort: Kätes-Tresenreuter-Haus, Humboldtstraße 12, 14193 Berlin.

10. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Bericht „Der SoVD plant die zukünftige Arbeit“ bzgl. der am 28. März stattfindenden Landesverbandstagung. Veranstaltungsort: SoVD-Geschäftsstelle Tiergarten, Waldstraße 48, 10551 Berlin. Anmeldung bei Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/414 46 62, Info: Joachim Krüger: E-Mail: j.h.krueger@gmx.net.

Kreisverband Zehlendorf Ortsverband Zehlendorf

20. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen und Informationen aus dem Landesverband, Café Lebensart, Clayallee 346, 14169 Berlin. Info: Hans Drenckmann, Tel.: 030/79 22 648.



Glückwünsche



Foto: Dora Zett/fotolia

Der große Reichtum unseres Lebens sind die kleinen Sonnenstrahlen, die jeden Tag auf unseren Weg fallen.

Mark Twain

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben, gratulieren wir von Herzen und wünschen alles Liebe, gesundheitliches Wohlergehen für das neue Lebensjahr und Vertrauen für jeden neuen Tag.

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 12.3.: Werner Buchwald, Berlin; 16.3.: Brigitte Lieberuks, Berlin; 20.3.: Edith Schulze, Brandenburg.

91 Jahre: 3.3.: Gertrud Andler, Berlin.

92 Jahre: 1.3.: Ursula Marquard, Berlin; 5.3.: Horst Klehn, Brandenburg; 25.3.: Ernst Köhler, Hennigsdorf, Alexander Hultsch, Berlin.

93 Jahre: 14.3.: Ingeborg Mante, Berlin.

94 Jahre: 1.3.: Ingeborg Brandt, Hohen Neuendorf; 10.3.: Irma Lange, Berlin; Ernst Erich Kasimir, Berlin.

95 Jahre: 14.3.: Ursula Möckel, Berlin; Gerda Bussenius, Dannenberg.

96 Jahre: 27.3.: Ilse Weidmüller, Berlin.

98 Jahre: 25.3.: Anneliese Sallge, Berlin.

Herzliche Gratulation und Dank für Treue zum SoVD gehen an:

Für 30 Jahre: 1.3.: Lieselotte Gorlewitz, Berlin, Hartmut Ponick, Berlin, Kurt Radtke, Brandenburg; 6.3.: Edith Korn, Berlin; 13.3.: Gerhard Brieghel, Berlin, Eveline Jochem, Berlin; 22.3.: Ilse Paul, Berlin.

Für 35 Jahre: 1.3.: Alice Hanella, Berlin.

Für 40 Jahre: 1.3.: Charlotte Brzyk, Berlin.

Für 65 Jahre: 24.3.: Norbert Schröder, Berlin.

(Stand: 30.1.2020)

Zu kompliziertes System der Hilfen aus drei Budgets – Angehörige starten Petition für Vereinfachung Entlastungsbudget für pflegende Angehörige

Schon lange weist der SoVD auf die Probleme hin: Menschen, die Familienmitglieder selbst pflegen, haben eine hohe Belastung – und kaum Freizeit und Erholung. Zudem fehlt es an ausreichender und passender Unterstützung; vorhandene Hilfen sind kompliziert und für viele schwer durchschaubar. Betroffene unter anderem aus Bayern und Bremen haben nun eine Petition gestartet.

Auch pflegende Angehörige werden krank oder brauchen Urlaub bzw. Freizeit zur Erholung. Was dann? Es gibt von den Kassen etwas Hilfe, um Lösungen zu bezahlen. Derzeit stammt sie aus drei Budgets:

- „Verhinderungspflege“, damit jemand anderes für die Pflege einspringen kann (bis zu 1.612 Euro im Jahr),
- „Kurzzeitpflege“, um das Familienmitglied vorübergehend in einer Pflegeeinrichtung

unterzubringen (auch bis zu 1.612 Euro im Jahr),

- den „Entlastungsbetrag“ für Betreuung und Hilfe im Haushalt (125 Euro im Monat).

Für viele Pflegepersonen ist aber kompliziert, wann, wie und unter welchen Bedingungen sie welche Leistung erhalten.

Angehörige fordern einfacheres Hilfesystem

Darum fordern Betroffene, überregional vernetzt etwa im

Verein „Pflegende Angehörige“, in einer Petition: Alles sollte in einem einzigen Entlastungsbudget zusammengefasst werden. Dieses sollte flexibel einsetzbar sein, je nach Bedarf. Auch sollte der Betrag sich nach Schwere des Pflegefalls staffeln.

Die Regierung hatte schon im Koalitionsvertrag ein neues Entlastungsbudget angekündigt. Das Gesundheitsministerium will die Petition einfließen lassen. Gegen Details, etwa die Staffelung, bestehen jedoch Einwände. Auch gibt es weitere Vorschläge und Aspekte.

SoVD warnt vor drohender Altersarmut durch Pflege

Ein Gutachten des SoVD vom Oktober 2019 zeigt, dass pflegende Angehörige nicht nur stark belastet sind, sondern ihre Pflegearbeit sich auch auf ihre Rente auswirkt. Die Pflegenden, zu 70 Prozent Frauen, nehmen Einkommenseinbußen hin und sind besonders stark von Altersarmut betroffen oder bedroht.

Auch „SoVD – Soziales im Blick“ berichtete immer wieder zum Problemfeld Pflege: unter anderem in der September-Ausgabe



Foto: Peter Maszlen / Adobe Stock

Ein Familienmitglied zu pflegen, das bedeutet hohen persönlichen Einsatz, und zwar oft rund um die Uhr.



auf Seite 4, im Oktober auf Seite 6, im November als Titelthema und in den Blickpunkten. Zuletzt griff im Februar der Frauenbeitrag das Thema Sorgearbeit auf. Der Verband fordert, zum einen die Situation in der professionellen Pflege zu stärken, zum anderen aber auch pflegende Angehörige stärker in den Blick zu nehmen und die Bedingungen zu verbessern. *ele*

Das SoVD-Gutachten „Altersarmut von Frauen durch häusliche Pflege“ steht im Internet zum Herunterladen bereit auf: www.sovd.de unter „Publikationen“ im Dropdown-Menü „Broschüren und Ratgeber“ und dort im Bereich „Pflege“.



Foto: M.Dörr & M.Frommherz / Adobe Stock

Altersarmut ist für viele pflegende Angehörige – meist sind es Frauen – quasi „vorprogrammiert“, zeigt ein Gutachten des SoVD.

SoVD Bayern im Gespräch mit anderen Ehrenamtlichen und der CSU

Seniorenpolitischer Austausch

Der SoVD setzt sich für die Interessen seiner Mitglieder ein. Eine der von ihm vertretenen Gruppen sind ältere Menschen. In diesem Zusammenhang gibt es noch etwas vom Ende des vergangenen Jahres zu berichten: die Teilnahme an einer Veranstaltung mit Landespolitiker*innen und Ehrenamtlichen.

Christel Mayer, die Frauensprecherin des SoVD-Landesverbandes Bayern, nahm in dieser Funktion an einem Austausch für ehrenamtlich engagierte Seniorinnen und Senioren teil. Hierzu eingeladen hatte Barbara Regitz, CSU-Abgeordnete des Bayerischen Landtages. Diese dankte den Anwesenden für ihren Einsatz in der Gesellschaft.

Im Anschluss konnten sich alle bei Lebkuchen, Kaffee und Tee über ihre ehrenamtliche Arbeit und die Seniorenpolitik austauschen. Hauptsächlich ging es in den Gesprächen um das Thema Pflege und um die Sorgen älterer Menschen.



Der SoVD Bayern war vertreten beim seniorenpolitischen Austausch der CSU mit Barbara Regitz, MdL (hinten re. in rot).

Nachruf

Die mittelfränkischen SoVD-Mitglieder, insbesondere die aus Nürnberg, trauern um den Ehrevorsitzenden des Bezirkes Mittelfranken und des Ortsverbandes Nürnberg Süd-Ost,

Rudolf Ehras,

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, geboren am 26.1.1922, gestorben am 9.1.2020, und verneigen sich voll Respekt und Ehrfurcht vor dem Menschen und seinem Lebenswerk für den früheren Reichsbund und heutigen SoVD.

An seinem 98. Geburtstag sollte Rudolf Ehras für 70-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet werden. 1950 eingetreten, wurde er

Vorsitzender des Ortsverbandes und des Bezirkes Mittelfranken, Landesschatzmeister und Revisor im Landesverband, zudem ehrenamtlicher Sozialrichter. Auch war er langjähriger Initiator und Organisator der Begegnungskonzerte des Bezirkes, die ein Aushängeschild des SoVD nicht nur in Franken und Bayern waren.

Bis zum Schluss war sein Geist hellwach und klar – und trieb seinen Körper immer wieder an, Beschwerden, angefangen bei schweren Verwundungen aus dem II. Weltkrieg, zu überwinden. Als 2017 seine Frau und seine geliebte Tochter Barbara starben, verlor er ein Stück Lebensmut und benötigte Unterstützung.

Rudolf Ehras war ein Urgestein, ein „Reichsbündler“ mit Leib und Seele. Er wird dem SoVD in guter, liebevoller Erinnerung bleiben. Wir werden seiner gedenken und ihn vermissen.



5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs / fotolia

Ortsverband Ansbach

25.–29. März: Teilnahme an der Messe „Kontakta“.
Informieren Sie bei Krankheit oder Umzug bitte Udo Weller, Tel.: 0981 / 36 33, E-Mail: weller@an24.info.

Ortsverband Bayreuth

Jeden zweiten Freitag im Monat, 14.15–16.15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Sprechtag im Gasthof „Moosing“, Oberobsang 11.

Ortsverband Erding und Umgebung

21. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen und Jubilarehrungen in der Vereinsgaststätte Rot-Weiß Klettham.

Ortsverband Lauf-Röthenbach / Pegnitz

10. März, 14 Uhr: Kaffeekränzchen im Café-Bistro „D 1“.
21. März, 15 Uhr: Versammlung in der AWO-Begegnungsstätte.
Jeden Freitag, 16–18 Uhr: Sprechstunde in der SoVD-Geschäftsstelle. Andere Termine finden nach Absprache statt.

Ortsverband Lautertal

3. März, 18 Uhr: Vorstandssitzung im „Bergstüble“, Neukirchen.
8. März, 15 Uhr: Kaffeenachmittag im „Landgasthof Sommer“.
12. März, 16.30–18 Uhr: Sprechstunde im evangelischen Gemeindehaus, Unterlauter.
21. März, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen im Gasthaus „Zur Schnepfe“, Tiefenlauter.

Ortsverband München

21. März, 15 Uhr: Versammlung im Restaurant „Zirbelstube“. Auskünfte beim Vorsitzenden Walter Raßbach, Tel.: 089 / 7 85 49 61.

Ortsverband Nürnberg-Fürth

14. März, 14 Uhr: Mitgliederversammlung im „Gleißhammer Bräustüberl“. Thema u. a.: die Generalversammlung mit Neuwahlen am 13. Juni. Um zahlreiche Beteiligung wird dringend gebeten.

Glückwünsche



Foto: Dora Zett / fotolia

*Vergangenheit ist Geschichte, Zukunft ist Geheimnis
und jeder Augenblick ein Geschenk.*

Ina Deter

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden gratulieren allen Mitgliedern, die im März Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit. Verleben Sie einen schönen Tag im Kreise Ihrer Familie!

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 1.3.: Erna Nabereit, Olching; 2.3.: Inge Schweifler, Flachslanden; 10.3.: Alfred König, Tirschenreuth; 13.3.: Lilly Geis, Eggstätt; 17.3.: Ursula Heine, Michelau.

65 Jahre: 20.3.: Ilonka Huber, Dietfurt.

75 Jahre: 7.3.: Joachim Stanoschefsky, Erlangen; 9.3.: Jürgen Scherer, Michelau; 11.3.: Dieter Söllner, Grafengehaig; 21.3.: Peter Scharnagl, Mitterteich; 24.3.: Berta Binder, Nürnberg; 29.3.: Szuzanna Nay, Münchberg.

80 Jahre: 7.3.: Dietrich Berger, Coburg; 8.3.: Gerda Siewerth, Lauf; 15.3.: Annelies Haaser-Schwalm, Augsburg; 23.3.: Helmut Bachfischer, Amberg.

85 Jahre: 10.3.: Lieselotte Koch, Lautertal.

90 Jahre: 19.3.: Helga Ruth von Transehe-Roseneck, Karlsfeld.

94 Jahre: 18.3.: August Schwägerl, Mitterteich; 24.3.: Hedwig Ottich, Neutraubling.

103 Jahre: 10.3.: Elisabeth Reisinger, Rosenheim.

SoVD-Kooperationspartner Sibyllenbad in der Oberpfalz bietet Vergünstigungen

Erholung und Reha im Heilbad

Seit Kurzem ist die Marktgemeinde Neuenalbenreuth im Landkreis Tirschenreuth ein anerkanntes Heilbad. In Bad Neuenalbenreuth, wie es nun heißt, gibt es seit 30 Jahren das Sibyllenbad. Es bietet unter anderem auch Anwendungen gegen Schmerzen an – und günstigen Eintritt für Verbandsmitglieder.

Eine SoVD-Mitgliedschaft hat viele Vorteile. In Bayern ist einer die Kooperation des Landesverbandes mit dem Sibyllenbad. Der Heilquellenkurbetrieb ist das einzige Kurbad der Oberpfalz. Jeden ersten Donnerstag eines Monats gilt dort: „zweimal genießen, einmal zahlen“. Jedes Mitglied des SoVD Bayern, das an diesem Tag den regulären Einzeleintritt bezahlt und seine Mitgliedskarte vorlegt, bekommt einen zweiten, gleichwertigen Eintritt kostenlos dazu. Ist der erste Donnerstag ein Feiertag, gilt dies am zweiten Donnerstag.

Diese Kooperationsvereinbarung ist für SoVD-Mitglieder besonders interessant, da viele zum Beispiel altersbedingte Gesundheitsbeschwerden haben.

Therapie oder Entspannung

So bietet das Bad etwa Radon-Kohlensäure-Kombinationsbäder an. Sie können Schmerzen von rheumatischen und Wirbelsäulen-Erkrankungen lange anhaltend lindern.

Erholung gibt es in der Heilwasser-Badlandschaft mit 34 bis 36 Grad warmen Becken und Außenbadebereich oder im Well-



Foto: Ermolaev Alexandr / AdobeStock

Im Wasser kann man auch zu zweit Gutes für die Gesundheit tun.

nessbereich mit acht Saunen und einem orientalischen Bade-tempel im Stil eines türkischen Hamams. Am Sibyllenbad liegt auch der Kurpark mit drei Themengärten und einem Vitalparcours mit Routen fürs Wandern, Laufen oder Nordic Walking.

Neue medizinische Angebote

Seit Januar gibt es orthopädischen Rehasport im Heilwasser. Hier sind ärztliche Verordnungen einlösbar. Die Wassergymnastikkurse im Bewegungsbad

finden allerdings dienstags und freitags statt.

Im Laufe des Jahres entsteht zudem ein Motorikpark. Er soll die Bewegungssicherheit stärken und Stürzen vorbeugen.



Sibyllenbad, Kurallee 1, 95698 Bad Neualbenreuth. Mehr Infos unter Tel.: 09638 / 93 30 oder online auf: www.sibyllenbad.de.



Sozialberatung

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Bodenehrstraße 20, 81373 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Mehrgenerationenhaus, Oberer Bürglaß 2 a, Ansprechpartner: Manfred Müller, Tel.: 09561 / 7 51 74.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: erster Freitag im Monat, 12.30–14.30 Uhr, bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 6. März.

Sozialberatung in Ebersfeld: jeden letzten Freitag im Monat, 16.30–18 Uhr, im Gasthof „Zum Schwan“, Hauptstraße 46, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49; im Bedarfs-

fall besucht Dr. Haas nach telefonischer Terminvereinbarung das Mitglied auch zu Hause.

Sozialberatung in Ingolstadt: erster Freitag im Monat, 9–11 Uhr, AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 6. März.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: letzter Donnerstag im Monat, 8.30–10 Uhr, Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 26. März.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: 11. März, 9.30–11.30 Uhr, im Neuen Rathaus, Konferenzzimmer, Dr.-Pflegerstraße 15, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: jeden zweiten Freitag im Monat, 14–16.15 Uhr, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: erster Dienstag im Monat, 9–11 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag in Schwabach ist der 3. März.

Sozialberatung in Tirschenreuth: letzter Donnerstag im Monat, 10.30–12 Uhr, Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 26. März.

Kümmererstelle in Würzburg: jeden ersten Samstag im Monat, 11–13 Uhr, Hans-Sponsel-Haus der AWO, Frankenstraße 195, Ansprechpartnerin: Isabella Stefan, Tel.: 0157 / 76 82 95 70.

SoVD-Landesverband eröffnet weitere Sozialberatungsstellen und begrüßt neue Rechtsberater*innen

Sozialrechtsberatung wird ausgeweitet

Der Landesverband Hessen arbeitet weiter daran, sein Beratungsangebot für die Mitglieder auszuweiten. In Obertshausen, Bad Wildungen, Gießen und Mainz-Kastel konnte Landesvorsitzender Anfang des Jahres wieder neue Angebote, Räume und Mitarbeiter einweihen beziehungsweise besuchen. Die Anlaufstellen beraten und informieren zum Sozialrecht.

Sozialberatung Obertshausen

Landesvorsitzender Rudolf Schulz dankte Guido Wilbert von der Firma Bocksch Werbe- und Gebrauchsgrafik aus Obertshausen, der das neue SoVD-Logo und das neue Design an den Geschäftsräumen angebracht hatte. „Mit neuem Schwung und neuem Erscheinungsbild gehen wir ins neue Jahr“, freute sich Schulz. Der SoVD in Obertshausen versteht sich als sozialer, zukunftsorientierter Dienstleistungsverband. Man kann sich in der Beratungsstelle zum Sozialrecht beraten und informieren lassen. Dazu gehören Fragen des Schwerbehinderten- und Versorgungsrechts (Versorgungsamt), des Rentenversicherungsrechts (BfA und LVA), des gesetzlichen Unfallrechts (Berufsgenossenschaft), des Kranken- und Pflegeversicherungsrechts (gesetzliche Kranken- und Pflege-

versicherung), des Arbeitsförderungsrechts (Arbeitsämter), des Grundsicherungsrechts (Grundsicherungsamt), des Sozialhilferechts (Sozialamt) und des Kriegs- und Wehrdienststopferrecht. In den Sprechstunden am 2. und 4. Mittwoch von 15 bis 17 Uhr steht der Jurist Hermann-Josef Lenerz für kompetente Beratung zur Verfügung. Um Terminvereinbarung wird gebeten. Kontakt unter Tel.: 0611/20 55 216.

Sozialberatung Bad Wildungen

Am 18. Januar erfolgte die offizielle Einweihung der neuen Sozialberatungsstelle Bad Wildungen mit dem Landesvorsitzenden Rudolf Schulz, der Kreisvorsitzenden Irmgard Fohr, Rechtsberaterin Annette Mülöt-Carvajal sowie dem Ortsvorsitzenden Hans-Jürgen Schmidt und Mitgliedern des Ortsvorstandes. Der Landesvor-

sitzende wünschte Hans-Jürgen Schmidt und seinem Team allzeit gutes Gelingen an der neuen Wirkungsstätte (Details siehe Rubrik Sprechstunden und Sozialberatung).

Sozialberatung Gießen

Seit Februar können über die Sozialberatung auch Termine mit der Rechtsberaterin Sigrid Jahr vereinbart werden. Diese wird sich um soziale Angelegenheiten kümmern, bei denen rechtlicher Beistand benötigt wird. Landesvorsitzender Rudolf Schulz und sein Stellvertreter Alois Heun begrüßten sie in ihrer Mitte, gemeinsam mit der Kreisvorsitzenden und Sozialberaterin Evelyn Kaletsch-Damm und dem Vorsitzenden des Ortsverbandes Lich-Eberstadt, Gerhard Zimmer. Auch Projektleiterin Heike Sommerauer-Dörzapf, die hessenweit die Sozialberatungszentren betreut, freute sich, dass für Gießen juristische Verstärkung gefunden werden konnte (Details s. Rubrik Sprechstunden und Sozialberatung).

Sozialberatung Mainz-Kastel

Pünktlich zum Jahresbeginn nahm Franz Seitz seine Tätigkeit als Sozialberater für den SoVD in Mainz-Kastel auf. Er berät Mitglieder in allen sozialen Angelegenheiten in einer offenen Sprechstunde. Seit 31. Januar 2020 ist Franz Seitz zudem 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Wiesbaden (Details siehe Rubrik Sprechstunden und Sozialberatung).



Obertshausen (v. li.): Landesvorsitzender Rudolf Schulz, Guido Wilbert (Bocksch-Werbung) und Jurist Hermann-Josef Lenerz.

Vorstandswahl im Ortsverband Wiesbaden

Mit neuer Besetzung

Am 31. Januar fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Wiesbaden im Restaurant „Schützenhof“ statt. Seit längerer Zeit stellten sich wieder Kandidaten zu einer Vorstandswahl auf, unter der Leitung von Wahlleiterin Heike Sommerauer-Dörzapf.

Landesvorsitzender Rudolf Schulz begrüßte die Anwesenden und sein Stellvertreter Alois Heun erklärte vor der Wahl die ehrenamtlichen Aufgaben der einzelnen Positionen eines Ortsverbandes und motivierte die Kandidaten. Wahlleiterin Heike Sommerauer-Dörzapf gab das Ergebnis bekannt: Zum 1. Vorsitzenden wurde Franz Seitz gewählt, als Stellvertreterin steht ihm Gabriele Hagen zur Seite, Schriftführerin ist Anette Schneider, Beisitzer sind Undine Lahaye, Robert Rautenberg und Joachim Doehring. Leider konnte kein Schatzmeister gefunden werden, sodass dieses Amt übergangsweise vom Kreisschatzmeister Bernd Müller übernommen wird. Als Revisorin sprang Heike Sommerauer-Dörzapf ein. Anschließend stellte sie die im laufenden Jahr in Wiesbaden geplanten Aktivitäten wie zum Beispiel den Aktionstag „Soziale Kälte“ vor. Bisher musste vieles in Wiesbaden von ihr alleine „gestemmt“ werden und so freut sie sich natürlich jetzt über die Unterstützung durch das neue Vorstandsteam um Franz Seitz.

Rudolf Schulz und Landesschatzmeister Günter Ruhs sprachen dem neuen Ortsvorstand herzlichen Dank für die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement aus und wünschten allzeit gutes Gelingen. Der Austausch bei einem gemeinsamen Essen rundete den gelungenen Abend ab.



Bad Wildungen (v. li.): Wilfriede und Gerhard Martin, Rudolf Schulz, Heike Sommerauer-Dörzapf, Hans-Jürgen Schmidt, Irmgard Fohr, Annette Mülöt-Carvajal, Helga Heidenreich und Rudolf Matscha.



Gießen (v. li.): Alois Heun, Heike Sommerauer-Dörzapf, Evelyn Kaletsch-Damm, Sigrid Jahr, Rudolf Schulz und Gerhard Zimmer.



Mainz-Kastel: Franz Seitz an seiner neuen Wirkungsstätte.



OV Wiesbaden (v. li.): Gabriele Hagen, Franz Seitz, Heike Sommerauer-Dörzapf, Alois Heun, Undine Lahaye, Rudolf Schulz, Anette Schneider, Günter Ruhs und Robert Rautenberg.

Kreisverband Frankfurt Ausflüge 2020

Ausflüge des Orga-Teams des Kreisverbandes Frankfurt:

- 19. April: Fahrt nach Bad Nauheim mit Weiterfahrt zur Burg-ruine Münzenberg (Fahrt mit der historischen Eisenbahn, fachkundige Führung über das Burggelände),
- 21. bis 24. Mai: Fahrt nach Dresden,
- 6. Juni: Fahrt nach Bad Vilbel zum Hessentag 2020,
- 5. September: Fahrt in den Rheingau (Rüdesheim mit Niederwalddenkmal, Rheinschiffahrt).

Bei allen Ausflügen ist neben Hattersheim auch der Hauptbahnhof Wiesbaden als Haltestelle des Busses vorgesehen. Weitere Infos und Anmeldungen unter www.sovd-he.de oder unter Tel.: 069/31 90 43 (Rudolf Schulz) oder per E-Mail an: schulz.sovd@gmx.de



Besuchen Sie uns
auch im Internet
www.sovd-he.de



Glückwünsche



Foto: Smileus/AdobeStock

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung. Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 7.3.: Norbert Hahn, Wetter; 9.3.: Martina Bolte, Selters; 10.3.: Wilhelm Schmidt, Frankenberg; 13.3.: Karin Hämel, Frankfurt; 16.3.: Reinhold Jeck, Münchhausen; 25.3.: Kerstin Schank-Wilkens, Frankfurt.

65 Jahre: 5.3.: Hanna Pfitzner, Reichelsheim; 7.3.: Richard Piller, Rauschenberg; 9.3.: Liane Röher, Fulda; 18.3.: Werner Sobottka, Cölbe; 21.3.: Horst Helmut Reidelbach, Trendelburg; 24.3.: Franz-Josef Hacker,

Geisenheim; 27.3.: Cornelia Siebert, Hofgeismar; 30.3.: Gerhard Hallenberger, Frankenberg.

70 Jahre: 2.3.: Helmut Eckardt, Witzhausen; 4.3.: Ferdinand Völker, Hann. Münden; 9.3.: Hannelore Brubacher, Cornberg; 16.3.: Hildegard Hess, Oberursel; 19.3.: Irmgard Voland, Ludwigsau; 25.3.: Helga Schlichte, Hann. Münden.

75 Jahre: 7.3.: Gerd Halter, Kassel; 3.3.: Hannelore Kock, Wetter; 5.3.: Friedrich Bohl, Marburg; 24.3.: Heinz-Justus Born, Weimar (Lahn).

80 Jahre: 5.3.: Christa Dittmann, Bad Homburg; 9.3.: Brigitte Presterl, Rödermark; 27.3.: Dieter Pfeffermann, Oberursel.

85 Jahre: 9.3.: Erwin Reinhardt, Gladenbach; 9.3.: Michelle Trivilino, Bad Homburg.

91 Jahre: 4.3.: Kurt Kremer, Oberursel.

92 Jahre: 10.3.: Emilie Führer, Calden.

93 Jahre: 7.3.: Charlotte Jaster, Mainz.

96 Jahre: 5.3.: Edmund Schlesner, Ginsheim-Gustavsburg.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular eine Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



Sprechstunden und Sozialberatung

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen. Bitte ersehen Sie die Sprechzeiten in Ihrer Region in der folgenden Liste.

Für Fragen oder weitere Infos zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41 in 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/8 51 08. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr. **Info-Telefon Pflege:** Dipl.-Pflegerin Ursula Stadler berät unter Tel.: 069/31 90 43.

Kreisverband Frankfurt

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 u. 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 0611/20 55 216, geöffnet montags bis freitags, 10–13 Uhr.

Beratung in Darmstadt: jeden 2. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Infos bitte bei der obigen Telefonnummer erfragen.

Ortsverband Frankfurt-Höchst

Sozialrechtsberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, ab 15 Uhr, im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88 in 65929 Frankfurt-Höchst, durch Rechtsanwalt Hermann-Josef Lenerz. Terminabsprache erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung: jeden 2.

und 4. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, durch Rechtsanwalt Hermann-Josef Lenerz, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Gießen

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, mit Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, E-Mail: szbgiessen@sovde-hessen.de, Anmeldung erbeten unter Tel.: 06033/7 48 89 99.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216, oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen:

Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung: montags, 13–18 Uhr, und mittwochs, 8–14 Uhr, Conrad-von-Soest-Straße 2 a, 34537 Bad Wildungen, mit Hans-Jürgen Schmidt. Anmeldung unter Tel.: 05621/9 67 87 87 oder 0151/191 819 99 (mobil), per Fax: 05621/9 64 69 81 oder E-Mail: hans-juergen-schmid@sovde-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhoof. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovde-hessen.de.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung: jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, durch Marita Schliephorst, bei der AWO Werra-Meißner e. V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung siehe oben.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG).

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung: jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. OG, 36199 Rotenburg an der Fulda.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 9–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e. V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwendig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil).

Kreisverband Hochtaunus Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunde im Vorhönig 12, 65620 Waldbrunn-Hintermeilingen, bei Alois Heun, Tel.: 06479/8 41 oder 0170/3 80 81 17 (mobil). Bei Bedarf können auch Hausbesuche vereinbart werden. Für eine offizielle Rentenberatung sind ebenfalls Termine möglich.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialsprechstunde: Schöne Aussicht 24, 61350 Bad Homburg vor der Höhe. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung jeden Montag, 16–18 Uhr, Stadthalle Wetter, Konferenzraum, Schulstraße 27, 35083 Wetter. Terminvereinbarung in dieser Zeit unter Tel.: 06423/54 37 19 oder 0152/58 62 96 77 (mobil). In dringenden Fällen (nur bis 18 Uhr!): Helga Kläs, Tel.: 06422/8 98 72 02, oder Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/5 15 24, in ganz dringenden Fällen: Waldemar Be-

cker, Tel.: 05605/92 92 10.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain: jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, im AWO-Treff, Brießelstraße 15. Nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (siehe Eintrag oben).

Kreisverband Wiesbaden Ortsverband Wiesbaden-Stadt

Sozialrechtsberatung: jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, durch die Rechtsanwältinnen Frank Sunkomat und Martin Wallbruch.

Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216, Fax: 0611/8 50 43 oder per E-Mail an: szbwiesbaden@sovde-hessen.de.

Ortsverband Ginsheim-Gustavsburg

Sozialsprechstunde nach Vereinbarung bei Anne Baumann, Gustavsburg, Tel.: 06134/5 47 56.

Sozialberatung in Mainz-Kastel: Es berät Franz Seitz, montags und freitags, 10–13 Uhr, dienstags und donnerstags, 16–20 Uhr, Am Königsfloß 30, Haus 3, Tel.: 06134/5 64 09 66.



Die geehrten Jubilar*innen des SoVD Homburg-Saarbrücken.

Jahresempfang des Ortsverbandes Homburg-Saarbrücken

Gäste aus der Stadtverwaltung

Jährlich lädt der Vorsitzende Rochus Hauck mit seinem Team die Mitglieder des Ortsverbandes Homburg-Saarbrücken zu einem kleinen Empfang mit Mitgliederehrung ein. Zur traditionellen Veranstaltung kamen auch in diesem Jahr wieder viele Mitglieder und Ehrengäste.

Im feierlichen Rahmen konnte Ortsvorsitzender Rochus Hauck unter den Ehrengästen unter anderem den SoVD-Landesvorsitzenden Edmund Elsen, die 1. Beigeordnete der Stadt Homburg, Christine Becker, die Behindertenbeauftragte der Stadt Homburg, Christine Casster, den Seniorenbeauftragten der Stadt, Alexander Ziegler, Beatrix Bost vom SoVD-Ortsverband Hüttigweiler-Ottweiler-Spiesen, den SPD-Vorsitzenden von Homburg-Schwarzenbach, Ortwin Neumann, sowie den ehemaligen Ortsvertrauens-

mann Manfred Schneider begrüßen.

Nach dem Grußwort von Rochus Hauck richteten auch Landesvorsitzender Edmund Elsen und die Beigeordnete Christine Becker ein paar Worte an die geladenen Gäste.

Später führten Christine Becker und Landesvorsitzender Edmund Elsen gemeinsam mit Rochus Hauck die Ehrung langjähriger Mitglieder durch. Für 10 Jahre Mitgliedschaft wurden Anke, Katja, Diana und Horst Deck sowie Leni Werth geehrt. 20 Jahre dem SoVD treu ver-

bunden sind Hannelore Gaudel, Peter Gerstle und Peter Grevesmühl. Für 25 Jahre wurde Klaus Sebold und für 35 Jahre Gerlinde Krämer sowie Gerhard Maas geehrt. Einem Mitglied galt ein besonderes Augenmerk: Erich Andreas ist seit 40 Jahren Mitglied im Verband. Er erhielt wie alle ausgezeichneten Personen eine Urkunde und ein kleines Präsent als Anerkennung seiner Treue zum SoVD.

Nach den Ehrungen nutzten die Anwesenden den Nachmittag für Gespräche. Auch für das kulinarische Wohl war gesorgt.



Kolumne

Daheim statt Heim

Liebe Freundinnen und Freunde,



Edmund Elsen

es ist ein weit verbreiteter Wunsch vieler älterer Menschen, im Alter zu Hause und in vertrauter Umgebung zu bleiben. Dieser Wunschtraum geht auch mit der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung konform: Bereits 2050 wird rund ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung zu den Senioren (ab 60 Jahre und älter) zählen. Den damit einhergehenden Betreuungsbedarf in Pflegeheimen abzudecken scheint unmöglich – allein schon wegen des zunehmenden Fachkräftemangels in der Altenpflege. Daher werden die dauerhafte Unterbringung und Pflege älterer Menschen, die zu Hause wohnen bleiben möchten, zunehmend gefördert.

Angehörige sind in der Regel nicht in der Lage, ihre Lieben in vollem Umfang zu pflegen, da der Spagat zwischen beruflicher Verpflichtung, eigener Familie und eben der Pflege nicht zu bewältigen ist. Wer sich aber dazu entschieden hat, einen nahestehenden Menschen zu Hause zu pflegen, verdient Dank und Anerkennung – aber vor allem Unterstützung. Daher hat die Bundesregierung die Leistungen für pflegende Angehörige in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut – das reicht von unentgeltlichen Pflegekursen bis zur besseren sozialen Absicherung bei der Rente.

Für den SoVD ist es eine wichtige Aufgabe die Situation von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen grundlegend zu verbessern. Entscheidend ist, dass die Pflege den Menschen in den Mittelpunkt stellt, ihm ein würdevolles Dasein im Alter, bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit sichert und seine Teilhabe am Leben der Gesellschaft ermöglicht. Dafür setzt sich der SoVD seit vielen Jahren ein.

Unsere Beratungsstellen helfen Ihnen gerne weiter.

Mit freundlichen Grüßen
Edmund Elsen, 1. Landesvorsitzender

Jahreshauptversammlung mit Jahresrückblick im Ortsverband Berzhahn

Das vielfältige Programm wird fortgeführt

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung 2020 des Ortsverbandes Berzhahn wurde Verbandsbürgermeister Markus Hof für 10-jährige Mitgliedschaft geehrt. Des Weiteren blickte die Ortsvorsitzende Heidi Binger auf die Aktivitäten des vergangenen Verbandsjahres zurück und verkündete die nächsten Veranstaltungen.

Nachdem Vorsitzende Heidi Binger die Gäste begrüßt hatte, gab sie einen Rückblick auf die verschiedenen Aktivitäten des Ortsverbandes im vergangenen Jahr. Dazu gehörten zum Beispiel ein Besuch bei „Holiday on Ice“. Am 26. Mai kochte der SoVD für Markus Hof zur Wahlparty Erbsensuppe im Kessel. Dem folgte die Mehrtagesfahrt nach Merzig im Saarland. 2019 fanden auch das Kreissommerfest sowie das zweite Frauencafé in Berzhahn statt.

Bei der Kreisverbandssitzung wurde Horst Krötgen zum

Kreisvorsitzenden gewählt, Jürgen Metzger zum Ehrenkreisvorsitzenden, Ewald Pfau aus Weyerbusch und Heidi Binger zu stellvertretenden Vorsitzenden sowie Ernst-Werner Wengenroth und Hellmut Binger zu Beisitzern. Mit dem Mitfahrer-Grillfest in Lochum und dem Oktoberfest fand das Jahr 2019 ein freudiges Ende.

Mit so einem reichhaltigen Programm will der SoVD Berzhahn auch 2020 weitermachen. Am 28. März wird es zum Beispiel das Frauencafé in Stangenrod geben – für Mitfahrge-

legenheiten wird gesorgt. Vom 18. bis 23. Juni geht es auf eine Mehrtagesfahrt nach Altenberg im Erzgebirge und am 25. Oktober steht das Oktoberfest an. Zum Gedenken an Gerd Wagner und Timo Kessler, die viel zu früh verstarben, erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Als Nächstes ehrte Jürgen Metzger den Verbandsbürgermeister Markus Hof für 10-jährige Mitgliedschaft im SoVD.

Heidi Binger bedankte sich abschließend bei allen, die zum Gelingen des Nachmittags



Von links: Markus Hof, Heidi Binger und Jürgen Metzger.

beigetragen hatten, besonders aber bei Ursula Wengenroth und Eberhard Birk für Unterhal-

tungsbeiträge, sowie bei Waltraud Ferger für das Austragen der Zeitungen und Einladungen.



Glückwünsche

60 Jahre: 1.3.: Harry Graf, Rheinzabern; 4.3.: Bernadette Brandt, Nieder-Olm, Ansgar Röhr, Grolsheim; 5.3.: Hans-Peter Hager, Kaiserslautern; 6.3.: Ulrich Scherer, Oberstausenbach, Michael Gosek, Leimersheim; 7.3.: Claudia Modrack, Wörth; 9.3.: Jutta Wolf, Schwedelbach; 13.3.: Erna Werner, Germersheim; 16.3.: Uwe Seeger, Weisenheim am Berg, Guido Fontaine, Wallerfangen; 21.3.: Hansgeorg Klein, Eßweiler; 25.3.: Volker Westermann, Kapellen-Drusweiler.

65 Jahre: 1.3.: Brigitte Hutzler, Rülzheim; 4.3.: Alfred Anton, Homburg; 11.3.: Georgios Baltas, Worms; 12.3.: Annemarie Pockeleit, Nohfelden; 13.3.: Barbara Wagner, Mutterstadt, Jörg Glawe, Quierschied; 15.3.: Bruno Hellmann, Rheinzabern; 17.3.: Horst Uwe Kutscher, Frankenthal; 18.3.: Josef Herzog, Germersheim; 26.3.: Chantal Rentschler, Hördt; 29.3.: Jutta Brockholder, Mainz.

70 Jahre: 7.3.: Joung Li Schmitz, Borod; 8.3.: Bruno Seither, Rheinzabern, Ludek Ziska, Idar-Oberstein; 10.3.: Katalin Krizanij, Ludwigshafen; 11.3.: Edeltraud Koch, Otterbach; 22.3.: Gisela Braun, Homburg; 29.3.: Gertrud Gensheimer, Bellheim; 30.3.: Marlies Knigge, Bingen.

75 Jahre: 1.3.: Wolfgang Weibach, Berkastel-Kues; 11.3.: Heinz Kost, Bad Kreuznach; 26.3.: Hildegard Freyler, Homburg.

80 Jahre: 1.3.: Helmut Weis, Homburg; 2.3.: Helga Möser, Rülzheim; 3.3.: Manfred Fischer, Rülzheim; 9.3.: Brigitte Kirsch, Wörth; 12.3.: Rita Klein, Bexbach; 17.3.: Erika Mika, Ludwigshafen.

85 Jahre: 4.3.: Anita Floerchinger, Schifferstadt; 6.3.: Fredi Ranft, Berzhahn; 10.3.: Anneliese Belz, Bingen; 11.3.: Monika Gensheimer, Wörth; 30.3.: Elmar Heil, Illingen.

90 Jahre: 16.3.: Margot Pistor, Berzhahn; 27.3.: Gisela Bergmann, Homburg; 28.3.: Hildegard Kunkel, St. Wendel.

91 Jahre: 8.3.: Elfriede Heigel, Zeiskam.

92 Jahre: 28.3. Gertrud Kohler, Hördt.

95 Jahre: 7.3.: Ferdinand Walzer, Hillscheid.

98 Jahre: 15.3.: Gretel Weihmert, Nistertal.

102 Jahre: 22.3.: Else Muth, Bühl-Iggelheim.



5 Termine

Ortsverband Hördt

7. März, 18 Uhr: Mitgliederversammlung, Vereinsheim des HHC.
30. März, 19 Uhr: Stammtisch. Ort anfragen unter Tel.: 07272/55 40.

Ortsverband Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler

Jeden letzten Donnerstag im Monat, 15.30 Uhr: Kaffeenachmittag, Café Hauptert, Merchweiler. Anmeldung jeweils erbeten bei Beatrix Bost, Tel.: 06824/23 51.

Ortsverband Lautertal-Pfalz

14. März, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung, Schützenhaus Katzweiler, Schafmühle 5.

Jeden Freitag, 18 Uhr: Treffen, Sportheim Lautertalhalle, Katzweiler. Mitfahrgelegenheiten aus Katzweiler möglich, bitte unter Tel.: 06301/87 28 oder Tel.: 06301/79 99 930 melden.

Ortsverband Vorderpfalz

6. März, 17 Uhr: Stammtisch, Gaststätte „VTV“, Anebosstraße 4, Ludwigshafen-Mundenheim.

Kreisverband Westerwald

28. März, 14.30 Uhr: Kaffeenachmittag, Dorfgemeinschaftshaus in Stangenrod. Gerne kann ein Lied, Sketch oder Gedicht vorgetragen werden, Kuchenspenden sind ebenfalls willkommen. Anmeldungen bis 15. März bei Gudrun Kempf, Tel.: 02661/77 60 (Mitglieder aus Unnau); bei Martina Serowi, Tel.: 02663/21 99 (Mitglieder aus Berzhahn); und bei Karin Schmidt, Tel.: 02686/88 89 (Mitglieder aus Weyerbusch).

Ortsverband Weyerbusch

14. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung, Landhaus Mehren, Auf dem Brouch 1.

Kreisverband Westerwald

28. März, 14 Uhr: Eröffnung der Rechtsberatungsstelle Montabaur, Dillstraße 12, 56410 Montabaur.

Worauf bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen geachtet werden sollte

Mit Herzkrankheit in die Sauna?

Auf die Vorzüge eines Saunagangs wollen auch Patienten mit Bluthochdruck, Rhythmusstörungen, Herzkranzgefäßerkrankungen oder Herzschwäche nur ungerne verzichten. Allerdings müssen sie sich vorher fragen, ob und unter welchen Bedingungen ein Saunagang für sie ratsam ist.

„Damit sich Herzpatienten nicht gefährden, sollten sie nach einer diagnostizierten Herzerkrankung unbedingt mit ihrem Kardiologen besprechen, ob und bei welchen Temperaturen sie saunieren können“, rät der Kardiologe und Herzstiftungs-Experte Dr. med. Vinzenz von Kageneck (www.herzstiftung.de). Egal wie kalt oder heiß es ist, der Mensch muss seine Körpertemperatur immer auf 37 Grad Celsius halten. Durch den Temperaturanstieg beim Saunagang erweitern sich die Blutgefäße deutlich, dabei sinkt zunächst der Blutdruck und die Pulsfrequenz steigt um anfangs 20 bis zu 50 Prozent bei Erreichen der maximalen Körperkerntemperatur. Auch kommt es zur Ausschüttung von Stresshormonen. Dadurch steigt die gesamte Herzleistung um circa 80 Prozent. „Für alle Herzpatienten ist deshalb die plötzliche Abkühlung mit der Schwalldusche und im kalten Becken nach der Sauna absolutes Tabu“, warnt Kageneck. Denn durch das ruckartige Abkühlen ziehen sich alle maximal weitgestellten Blutgefäße im Haut- und Unterhautgewebe plötzlich zusammen und eine große Menge Blut wird in kürzester Zeit in das Körperzentrum verschoben.



Foto: Kzenon/AdobeStock

Der beliebte Aufguss beim Saunabesuch ist für Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankung leider tabu.

Dieses Volumen und der dabei massiv ansteigende Blutdruck belasten beim Abkühlen das Herz. „Patienten mit Herzschwäche, Herzkranzgefäßerkrankungen und Bluthochdruck würde das gefährden. Herzpatienten müssen sich daher nach Saunagängen langsam abkühlen, vorzugsweise durch Umhergehen in kühlen Räumen oder durch lauwarmes Duschen.“

Sauna-Einsteiger mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen sollten langsam beginnen und sich langsam steigern. Für den Anfang sind zum Beispiel Dampfsaunen mit 45 und 60

Grad Celsius bei höherer Luftfeuchtigkeit ratsam. Auch die Verweildauer sollte zu Beginn nur etwa drei bis fünf Minuten betragen und langsam gesteigert werden.

Insbesondere Patienten mit Herzschwäche und Herzrhythmusstörungen sollten auf eine regelmäßige Flüssigkeitszufuhr während ihres Saunabesuchs achten, aber auf keinen Fall Alkohol trinken, der die Gefäße erweitert, warnt der Herzspezialist.

Die beliebten Aufgüsse sind grundsätzlich für alle Herz-Kreislauf-Patienten tabu.

Quelle: Deutsche Herzstiftung



Sprechstunden

Bad Marienberg: Sigrid Jahr berät jeden 2. Mittwoch im Monat, 10–13 Uhr (Terminvereinbarung außerhalb der Sprechstunden möglich unter Tel.: 06432/9 24 94 80), Verbandsgemeinde, Zimmer 105, Kirburger Straße 4, 56470 Bad Marienberg.

Bingen-Mainz: Andrea Klossova berät dienstags und donnerstags, 9–12 Uhr, sowie mittwochs, 14–18 Uhr, Gebäude der AWO, Saarlandstr. 30, 55411 Bingen; nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06721/98 40 78.

Homburg: jeden 2. Montag im Monat berät Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Am Forum 5, Raum 102, 66424 Homburg.

Kaiserslautern: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozial-

recht, berät mittwochs, 8.30–11.30 Uhr, Landesgeschäftsstelle, Pfründnerstraße 11, Kaiserslautern, Tel.: 0631/7 36 57.

Ludwigshafen: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, Tel.: 06236/46 56 43, berät freitags, 8.30–12 Uhr, Ludwigstraße 41, Eingang: Wredestraße, 67059 Ludwigshafen.

Montabaur: Sigrid Jahr berät jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 10–12 Uhr, Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/9 24 94 80, Dillstraße 12, 56410 Montabaur.

Ottweiler: Hans-Heinrich Rödle berät jeden 1. Mittwoch im Monat, ASB-Haus, „Brunnenzimmer“, Auf dem Graben 8 (Nähe Wehrturm), 66564 Ottweiler, nur nach Absprache unter Tel.: 06824/66 94.

Rülzheim: Ralf Geckler, Fach-

anwalt für Sozialrecht, und Richard Dörzapf beraten am 26. März, 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Deutschordensplatz 1, Besprechungsraum 2.14 oder großer Sitzungssaal, 76761 Rülzheim.

Saarbrücken: Ansprechpartner: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43.

Spiesen: Gabriele Scheppelmann berät jeden 1. Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr, oder nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0176/34 03 41 58 (mobil) barrierefreies Rathaus, Hauptstraße 116, Zimmer 200, 66583 Spiesen.

Zweibrücken: Ansprechpartner: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43.

Jahreshauptversammlung mit Wahlen im Ortsverband Hockenheim

Vorstand mit neuen Mitgliedern

Die 1. Vorsitzende Heidegard Busch freute sich, dass zahlreiche Mitglieder zur Jahreshauptversammlung in die Zehntscheune gekommen waren – darunter auch der Landesvorsitzende Hartmut Marx mit seiner Gattin, Frauensprecherin Brigitte Marx.

Eröffnet wurde die Versammlung mit den Rechenschaftsberichten der 1. Vorsitzenden, des Schatzmeisters und der Revisoren. Heidegard Busch erinnerte in ihrem Bericht an die vielen durchgeführten Aktivitäten. Die monatlichen Sprechstunden mit Fachanwalt Jürgen Nesweda sowie die Besuche des Vorstandes bei kranken Mitgliedern und denjenigen, die nicht mehr an

den Veranstaltungen teilnehmen können, sind ein wichtiger Teil der Arbeit des Ortsverbandes. Highlights waren die Muttertagsveranstaltung in Verbindung mit dem Jubiläum „1.250 Jahre Stadt Hockenheim“, die Mehrtagesfahrt nach Tschechien sowie die weihnachtliche Jahresabschlussveranstaltung in der Stadthalle. Heidegard Busch bedankte sich bei allen, die mit

ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit für den SoVD dieses Vereinslebens ermöglichen.

Es folgte die Neuwahl des Vorstandes. Mit Heidegard Busch, Werner Hagmann, Peter Busch, Ermelinde Wölfelschneider, Christa Sick, Heidi Stecher und Johann Göbelt wurden Mitglieder des alten Vorstandes wieder bestätigt. Neu dabei sind Sigrid Göbelt, Hermann Bletzer und Harald Manss. Für die Revision konnten die bisher tätigen Jürgen und Hanni Weigel sowie Helga Bletzer wiedergewonnen werden. Bei den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Ute Leibrandt, Ilse Mühlbaier, Karin und Klaus Schardt bedankte sich die 1. Vorsitzende herzlich für deren gute Arbeit in den vergangenen Jahren.

Landesvorsitzender Hartmut Marx informierte über aktuelle sozialpolitische Ereignisse. Die Vorstellung des Jahresprogramms des Ortsverbandes Hockenheim für 2020 bildete den Abschluss der Versammlung.



Vorstandsmitglieder betreuen den Infostand des Ortsverbandes Hockenheim in der Stadthalle.

Ortsverband Hockenheim beim Neujahrsempfang

Viele Fragen beantwortet

Beim Neujahrsempfang der Stadt Hockenheim gab es wie jedes Jahr für die Vereine und Verbände der Stadt die Möglichkeit, sich im Eingangsbereich der Stadthalle mit einem Infostand zu repräsentieren. Auch der SoVD-Ortsverband war dabei.

Der Ortsverband Hockenheim hatte als einer von 30 Ausstellern die Möglichkeit wahrgenommen, die Besucher*innen des Neujahrsempfangs über die Aufgaben und Aktivitäten des SoVD-Ortsverbandes zu informieren. Die 1. Ortsvorsitzende Heidegard Busch und weitere Vorstandsmitglieder standen am Infostand für Fragen zur Verfügung. Neben den Anfragen der Bürger*innen informierte sich auch der neu gewählte Oberbürgermeister der Stadt, Marcus Zeitler, über den SoVD. Die ausgelegten Infobroschüren wurden gern mitgenommen.



Vor dem offiziellen Programm gab es Kaffee und Kuchen.

Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V. gibt steuerliche Ratschläge für Partner in eheähnlicher Gemeinschaft

Deutlicher Unterschied zu verheirateten Paaren

Viele Paare leben seit Jahren ganz ohne Trauschein zusammen, führen einen Haushalt und haben sogar gemeinsame Kinder großgezogen. Das heißt, sie leben in einer eheähnlichen Gemeinschaft, sind aber nicht verheiratet – obwohl es sich eigentlich so anfühlt. Rechtlich und steuerlich macht es allerdings einen gewaltigen Unterschied, ob man verheiratet ist oder „nur“ zusammenlebt.

Seit Jahren ist die Zahl der Hochzeiten laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung stark rückläufig. Viele Paare sehen es schlichtweg nicht ein, dem Standesamt einen Besuch abzustatten, denn im Herzen fühlen sie sich sowieso verheiratet. Der Vorteil an der eheähnlichen Gemeinschaft: Man kann sich jederzeit ohne Scheidungsprozess trennen. Das spart nicht nur Stress und Kummer, sondern auch Geld. Zudem lassen sich die Kosten auch nicht von der Steuer absetzen.

Für einige Versicherungen ist es egal, ob Sie in „wilder Ehe“ leben oder verheiratet sind. Wenn Sie einen Haushalt führen oder eine gemeinsame Familie haben, können Sie einige Policen zusammen abschließen. Das spart Geld.

Doch die freie Partnerschaft zwischen zwei Menschen hat auch ihren Preis, denn sie ist vom Gesetzgeber nicht ausdrücklich geschützt. Das kann dann zum Problem werden, wenn einer der Partner krank wird oder sogar stirbt. Denn für eheähnliche Partner gilt nicht die gesetzliche Erbfolge und auch die Trauerfeierlichkeiten kann der Hinterbliebene nicht alleine bestimmen. Hier kann nur ein Erbvertrag alle Unklarheiten beseitigen. Ein Testament reicht nicht aus. Und selbst am Krankenbett kann es Probleme geben, wenn die Krankenhausmitarbeiter nur Angehörige zum Patienten vorlassen oder der Arzt Ihnen keine Auskunft über den Zustand Ihres Partners geben will.

Unverheiratete Partner

sollten sich daher rechtzeitig gegenseitige Vollmachten ausstellen und einen Partnerschaftsvertrag abschließen. Darin kann geklärt werden, wer gemeinsame Kredite zurückbezahlt, wie der Hausrat und das Vermögen aufgeteilt werden, wer das Wohnrecht (Grundbucheintrag nicht vergessen!) und Vorkaufsrecht auf das gemeinsame Haus hat und wie Unterhalt und Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder geregelt werden soll. Das ist zwar unromantisch, hilft aber bei einer Trennung den Rosenkrieg zu vermeiden und beseitigt auch im Todesfall alle Unklarheiten.

Wenn ein Partner Hartz IV bezieht, dann wird auch in einer eheähnlichen Gemeinschaft das Gehalt des anderen Partners angerechnet. Dem Arbeits-



Foto: AS Photo Project / AdobeStock

Es wird immer weniger geheiratet in Deutschland, obwohl die Ehe finanzielle und rechtliche Vorteile bietet.

amt ist es nämlich vollkommen egal, ob Sie verheiratet sind oder nicht, hier zählt nur der gemeinsame Haushalt.

Steuerlich gesehen stehen unverheiratete Paare schlechter da als Ehepartner. Sie haben nämlich nicht die Möglichkeit die günstigere Steuerklasse oder die Zusammenveranla-

gung zu wählen. Der Nachteil ist dann am größten, wenn ein Partner deutlich weniger verdient oder gar nicht berufstätig ist. Allerdings kann auch in einer eheähnlichen Gemeinschaft der Besserverdienende als Ausgleich seine Aufwendungen für den Unterhalt des anderen steuerlich geltend machen.

5 Termine

Ortsverband Friedrichshafen

3. März, 14 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen (statt Kaffeetreff) im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße in Friedrichshafen. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen.

Ortsverband Mannheim-Mitte

27. März, 17 Uhr: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen unter Leitung des KV-Vorsitzenden Hartmut Marx, „SG Mannheim“, Im Pfeifferswörth 9, 68167 Mannheim.

Ortsverband Höpfigen

15. März, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen im Gasthof „Zum Ochsen“.

Spruch des Monats

*Verweile nicht in der Vergangenheit,
träume nicht von der Zukunft.
Konzentriere dich auf den gegenwärtigen Moment.*

Buddha

Glückwünsche



70 Jahre: 2.3.: Ingeborg Harzheim, Stuttgart; 6.3.: Rosa Strüber, Eschau; 7.3.: Gisela Helmstädter, Grasellenbach; 16.3.: Renate Walter, Höpfigen; 22.3.: Gabriele Müller, Neukirch; 23.3.: Bernd Fessler, Sinsheim; 24.3.: Gottfried Jahr, Albstadt; 25.3.: Thomas Grusch, Rauenberg.

75 Jahre: 3.3.: Wolfgang Burkart, Hockenheim; 4.3.: Walter Fichtenmeier, Ketsch; 13.3.: Ernst-Otto Klemm, Schwörstadt; 26.3.: Lisa Schwenger, Albstadt; 27.3.: Nuri Demirtas, Albstadt.

80 Jahre: 4.3.: Marla Grundstein, Bitz; 6.3.: Karl Heinz Burgert, Sasbach; 9.3.: Werner Wider, Lindau; 11.3.: Roselinde Konzelmann, Albstadt; 13.3.: Ursel Podoll, Ludwigshafen; 23.3.: Klaus Josef Kuhn, Höpfigen; 24.3.: Hans Zahn, Hockenheim; 24.3.: Sieglinde Eppler, Albstadt; 26.3.: Gerhard Langlotz, Neulußheim.

92 Jahre: 31.3.: Kreszentia Birnbaum, Tettang.

99 Jahre: 12.3.: Ursel Gerig, Hockenheim.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im März ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an. Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Aktuelle Urteile

Mietrecht: Für eine beschädigte Tapete ist der Vermieter zuständig

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat entschieden, dass Mieter nicht einen Nachbarn dafür belangen können, dass die Tapeten in der Wohnung nach einem Wasserschaden beschädigt sind. Das gelte auch dann, wenn der Nachbar den Schaden verschuldet hat. Denn die Tapeten sind als „wesentliche Bestandteile“ des Gebäudes anzusehen, für das der Mieter keinen Anspruch auf Schadenersatz für sich geltend machen kann.

Schäden an Tapeten sind als Wohnungsmängel einzustufen, die ein Mieter nur direkt beim Vermieter anzeigen könne. Dieser habe dann gegebenenfalls die Möglichkeit, sich an dem Mieter schadlos zu halten, der den (Wasser-)Schaden verschuldet hat (OLG Frankfurt am Main, 10 U 8/18). *wb*

Sprechstunden und Sozialberatung

Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Termine und Örtlichkeiten der Sozialberatung erfahren Sie bei der Rechtsberatungsstelle Mannheim unter Tel.: 0621/84 11 51. Eine Terminvereinbarung ist unbedingt erforderlich.

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzenhausen statt.

In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/7 27 02, oder an Karl Peter, Tel.: 07541/7 22 85.

Sprechstunden Hockenheim

Die Sprechstunden finden einmal im Monat von 13.30 bis 15.30 Uhr im Raum 1 der „Zehntscheune“, Untere Mühlenstraße 4, 68766 Hockenheim statt.

Dabei berät von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr Fachanwalt Jürgen Nesweda die Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen. Hierfür ist eine Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51 unbedingt erforderlich.

Sprechstunden Kressbronn

Die Sprechstunden finden jeden letzten Mittwoch im Monat von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr statt. In dieser Zeit ist Frau Siegel nur unter der Mobilfunknummer 0176/22 94 82 01 erreichbar; sonst in dringenden Fällen auch unter Tel.: 07543/50 726.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet bei Fachanwalt Jürgen Nesweda in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim statt. Termine werden nur nach Absprache unter Tel.: 0621/84 11 51 vergeben.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden bei Fachanwalt Jürgen Nesweda finden im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Höpfigen statt.

Alle SoVD-Mitglieder können die Beratung kostenlos in Anspruch nehmen, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zum

Ortsverband; aber nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51.

Sozialberatung im Raum Mittel- und Südbaden

Eine Sozialberatung findet nur nach Terminabsprache mit Fachanwalt Jürgen Nesweda statt, Tel.: 0621/84 11 51. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle zur Verfügung, Tel.: 0621/8 41 41 72.

Sprechstunden Ravensburg

Sprechstunden sind jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat, von 15.30 bis 17.30 Uhr, in der Georgstraße 14-a, 88212 Ravensburg, Tel.: 0160/94 65 87 21.

Sprechstunden und Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden mittwochs, von 9.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr, im Generationenhaus Heselach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711/21 68 05 93, statt.

Jeden dritten Mittwoch im Monat (außer im Dezember) findet eine Sozialberatung statt, aber nur nach Vereinbarung mit der Rechtsberatungsstelle in Mannheim, Tel.: 0621/84 11 51.

Einmalige Fahrgastentschädigung im regionalen Bahnverkehr

Ein Monatsbeitrag wird erstattet

Stammkunden im regionalen Schienenverkehr von Baden-Württemberg erhalten als Wiedergutmachung für besonders schlechte Leistungen des vergangenen halben Jahres eine einmalige Entschädigung.

Verkehrsminister Winfried Hermann stellte am 5. Februar die Eckpunkte für eine einmalige Erstattung vor, die auch Pläne für ein künftiges Anreizmodell enthalten, mit dem Ziel die Qualität im Schienenpersonennahverkehr zu verbessern.

Entschädigung für Dauerkarteninhaber*innen

Pendlerinnen und Pendler mit entsprechenden Dauerkarten, die über den gesamten Zeitraum von Juni 2019 bis Januar 2020 auf Strecken mit erheblichen Verspätungen und Zugausfällen unterwegs waren, erhalten auf Antrag eine einmalige Entschädigung, die den Gegenwert einer Monatskarte oder einer Abo-Rate umfasst.

Das Ministerium für Verkehr erarbeitet derzeit nach objektiven Kriterien, die unter anderem Pünktlichkeit und Zugausfallquoten umfassen, eine Aufstellung der betroffenen Strecken außerhalb des Gebiets der Stuttgarter S-Bahn. Fahrgäste

im S-Bahn-Gebiet können aufgrund bestehender alternativer Ausweichmöglichkeiten nicht in die Entschädigungsregelung einbezogen werden.

Das Land strebt eine einfache und unbürokratische Abwicklung der Entschädigungen an. Unter Einbindung der Eisenbahnverkehrsunternehmen wird ein Verfahren erarbeitet, das bis Ende Juni 2020 präsentiert werden soll. Eine gemeinschaftliche Finanzierung zwischen dem Land und den Eisenbahnverkehrsunternehmen wird derzeit verhandelt.

Anreiz für Eisenbahnunternehmen setzen

Für die Zukunft soll zusätzlich eine Bonus-Malus-Regelung für Pünktlichkeit erarbeitet werden. Ziel einer solchen Regelung ist es, den Eisenbahnverkehrsunternehmen einen Anreiz zu setzen, ihre Leistungen auch über bestehende Pünktlichkeitsziele hinaus zu verbessern. Sehr gute Leistungen würden dann vom



Foto: wernerimages / AdobeStock

Zu spät zur Arbeit, weil die Bahn nicht kommt – das ist ärgerlich.

Land finanziell belohnt werden. Für besonders schlechte Leistungen würden Eisenbahnverkehrsunternehmen zusätzliche Vertragsstrafen entrichten, die in Entschädigungszahlungen an Fahrgäste fließen. Einzelheiten werden derzeit mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen erörtert. *Quelle: Verkehrsministerium Baden-Württemberg*

SoVD zu Gast bei Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard

Vorstellung und Austausch

Gleich zu Beginn des neuen Jahres empfing die Bremer Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard den SoVD-Landesvorsitzenden Joachim Wittrien zu einem Informationsgespräch. Begleitet wurde er von Geschäftsstellenleiterin Diana Maleschewski.

Der SoVD-Landesvorsitzende nutzte die Gelegenheit, Senatorin Claudia Bernhard die Organisation und Aufgaben des Verbandes vorzustellen. Er berichtete über die Geschichte sowie die Entwicklung des SoVD und skizzierte die sozialpolitischen, frauen- und familienpolitischen sowie jugendpolitischen Themen.

Daneben stellte er die wichtigen Aufgabenbereiche des SoVD zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, die Antrags- und Rechtsberatung seiner Mitglieder und die Vertretung sozialpolitischer Anliegen vor.

Breiten Raum nahm die Gesundheitspolitik Bremens ein. Die Vertreter des SoVD tauschten sich mit der Senatorin über bevorstehende Maßnahmen aus. Ein besonderes Anliegen

war es Joachim Wittrien, die Gesundheitssenatorin auf die Dringlichkeit einer guten Notfallversorgung aufmerksam zu machen. Auch warnte er vor Arzneimittelengpässen.

Die Senatorin stellte den Gästen ihren umfangreichen Aufgabenbereich vor und kündigte arbeitsintensive Monate an.

Zum Abschluss des Informationsgesprächs, das in entspannter Atmosphäre stattfand, erläuterte Joachim Wittrien den Entschluss des SoVD-Landesverbandes, sich in Zukunft noch stärker in die sozialpolitische Diskussion im Lande Bremen einzubringen. Er kündigte Einzelvorhaben an und wies insbesondere auf die Veranstaltung zur SoVD-Kampagne „Mit dir. Für alle. Gegen soziale Kälte“ hin, die Mitte Juni stattfinden wird.



Im angeregten Austausch: Landesvorsitzender Joachim Wittrien und die Bremer Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard.

Mehr pflegende Angehörige rentenversichert

Reform zeigt Wirkung

Seit Inkrafttreten der Reform der Pflegeversicherung Anfang 2017 ist die Zahl der in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherten Pflegepersonen um mehr als 120 Prozent angestiegen. Entsprechend sind auch die Einnahmen der Rentenversicherung durch die Beitragszahlungen der Pflegeversicherung gestiegen.

Diese Entwicklung macht deutlich, dass die Anfang 2017 in Kraft getretene Reform die Alterssicherung der pflegenden Menschen tatsächlich verbessert. „Es fließen nun für erheblich mehr Pflegenden Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung und verbessern damit deren Absicherung“, so ein Sprecher der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Von der Pflegekasse werden derzeit Rentenversicherungsbeiträge von bis zu 592 Euro im Monat für den Pflegenden gezahlt. Die Höhe der Beiträge ist abhängig vom Grad der Pflegebedürftigkeit und davon, welche Leistungen vom Pflegebedürftigen bezogen werden. Nach einem Jahr Pflege erhöht sich dadurch die monatliche Rente um bis zu 31 Euro.

Durch die Reform der Pflegeversicherung wurden 2017 aus den drei Pflegestufen fünf Pflegegrade. Damit für die Pflege Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt werden, muss diese insgesamt mindestens zehn Stunden, verteilt auf wenigstens zwei Tage pro Woche, ausgeübt werden. Auch muss die Pflege in häuslicher Umgebung erfolgen und die Pflegeperson darf neben der Pflege nicht mehr als 30 Stunden berufstätig sein. Die Voraussetzungen für die Beitragszahlung zur Rentenversicherung prüft die Pflegekasse.

Ende 2018 waren rund 88 Prozent der Pflegepersonen Frauen und lediglich rund 12 Prozent Männer.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund

Stiftung Warentest gibt Tipps, wie persönliche Daten vor der Entsorgung sicher entfernt werden

Altgeräte recyceln: Daten vorher löschen

Ganz gleich ob Handy, Smartphone, Tablet oder PC mit Festplatte – wer einen dienstbaren elektronischen Geist mit gespeicherten Daten ausrangiert oder weiterverkauft, sollte vorher persönliche Einträge und sensible Informationen auf sichere Weise löschen, damit private Dokumente, Fotos oder auch Passwörter nicht in falsche Hände geraten.

Man kann sich und der Umwelt einen nützlichen Dienst erweisen, wenn man die ausgedienten Elektronikgeräte weiterverkauft oder zum sachgerechten Recycling bringt. Denn ein Mobiltelefon enthält viele edle Metalle wie Silber, Gold und Kupfer.

Wenn auf Altgeräten sensible persönliche Daten, etwa Adressen, Krankenakten oder Urlaubsfotos, gespeichert sind, sollten diese vor der Weitergabe der Geräte unbedingt physikalisch gelöscht werden. Bei diesem vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) empfohlenen Vorgang werden die gespeicherten Daten mehrmals überschrieben. Diese etwas zeitaufwendige Prozedur macht eine Wiederherstellung von Daten unmöglich. Entsprechende Schredder-Software wird im Internet teilweise kostenfrei zum Download angeboten – auch als App für Smartphones.

Speicherkarten aus Handy oder Digitalkamera müssen in der Regel entnommen werden und mittels Kartenlesegerät sowie PC-Programm gelöscht werden. Für nicht entfernbare Speicherkarten in Smartphones gibt es spezielle Apps zum Download.

Eine Auswahl an Löschroutinen erhält man mit den Suchworten „physikalisch löschen Programm“. Manche Anbieter von Handysammlungen oder auch Elektroaltgeräten versprechen eine sichere Datenlöschung. Da dies vom Verbraucher nicht nachvollzogen werden kann, ist es ratsam, die Daten vorher selbst sicher zu entfernen. Eine Überprüfung der Stiftung Warentest ergab, dass das Zurücksetzen auf Werkseinstellungen sowohl bei Apple als auch Android Smartphones die privaten Daten im internen Speicher so weit löscht, dass sie so gut wie nicht mehr wiederherstellbar sind.

Bei hochsensiblen Informationen empfiehlt sich eine mechanische Vernichtung des Datenträgers durch Schreddern. Dies übernehmen Firmen, die auch Akten vernichten.

SSD-Festplatten sicher zu löschen funktioniert nicht mit allen Löschroutinen. Hierzu muss der ATA Secure Erase ausgeführt werden. Am einfachsten lässt sich dies mit der zumeist von den Festplattenherstellern zum Download angebotenen Software erledigen. Ob und welche SSD Festplatte in Ihrem Computer verbaut ist, können Sie in den Systemeinstellungen einsehen.

Muss ein Gerät zur Reparatur, bieten auch viele Service-Dienste eine Datensicherung an. Nutzer gehen jedoch auf Nummer sicher, wenn sie ihre Daten vor der Abgabe selbst als Kopie, etwa auf einer externen Festplatte, sichern und auf dem Gerät löschen, bevor es zur Reparatur geht. Für Smartpho-



Foto: tkysz / AdobeStock

Daten löschen geht mechanisch auf die harte Tour, aber auch auf die sanfte mit einem Löschroutine.

nes und Tablets bietet sich die Sicherung der Daten auf einem anderen Computer an.

Defekte Festplatten, Speichersticks und Co. dürfen nicht in den Restmüll wandern. Sie gehören in den Elektroschrott, der auf Wertstoffhöfen entgegengenommen wird. Sonderfall Silberlinge: CDs und DVDs zählen nicht zum Elektroschrott. Für die ausgedienten Scheiben stehen in Elektronikmärkten oftmals Sammelboxen bereit

oder sie können ebenfalls separat auf dem Wertstoffhof abgegeben werden. Enthalten CDs und DVDs sensible Daten, sollte ihr Auslesen vor der Entsorgung ebenfalls unmöglich gemacht werden. Für Disks gibt es im Handel spezielle Vernichter – ähnlich den Aktenvernichtern. Es ist ebenso sicher, die Lesefläche von CDs und DVDs mit Schmirgelpapier zu bearbeiten. Daten können dann nicht mehr ausgelesen werden.

Ortsverbände suchen Leute fürs Ehrenamt

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, suchen wir Interessierte, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer freien Zeit machen möchten.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle. Wir freuen uns über Ihren Anruf:

Kreisverband Bremen: 0421/16 38 490,
Kreisverband Bremerhaven: 0471/28 006.



Glückwunsche



Foto: Dora Zett/fotolia

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich. Er wünscht diesen alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen derzeit erkrankten Mitgliedern wünscht der Landesverband eine baldige Genesung.

Noch freie Plätze

Der SoVD-Landesverband Bremen kann seinen Mitgliedern wieder einige freie Plätze bei der Warmwassergymnastik anbieten. Sie findet statt am Montag, Donnerstag und Freitag bei circa 32 Grad Wassertemperatur im Berufsbildungswerk Bremen in der Universitätsallee 20 in Bremen.

Wenn Sie etwas Gutes für sich und Ihre Gesundheit tun wollen, melden Sie sich einfach in der Landesgeschäftsstelle Bremen, Breitenweg 10-12, oder unter der Telefonnummer: 0421/1 63 84 90.

Dort erhalten Sie weitere Infos, die genauen Zeiten und Details zu Ihrer Anmeldung.



Robert Kneschke/fotolia

Schon die Gelenke und der Schweiß kann nicht fließen: Bewegung im Wasser.



Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartnerinnen und -partner des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen. Tel.: 0421/1 63 84 90, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven. Tel.: 0471/2 80 06, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

TK bietet erstmals eine Therapie in den eigenen vier Wänden

Digital gegen Angststörungen

Als erste Krankenkasse in Deutschland bietet die Techniker Krankenkasse (TK) ab sofort eine digitale Therapie zur Behandlung von Angststörungen in den eigenen vier Wänden an. Die Therapie mit dem Namen „Invirto“ ermöglicht mit Virtual Reality (VR) und einer App erstmalig eine leitliniengerechte Fernbehandlung von Angststörungen.

Studien zufolge leiden zehn Millionen Menschen in Deutschland im Verlauf eines Jahres an einer Angststörung. Sie ist damit eine der häufigsten psychischen Erkrankungen.

Kernstück von Invirto ist die Konfrontation nach therapeutischen Prinzipien mit Angst auslösenden Situationen wie Aufzug- und U-Bahnfahrten oder Menschenansammlungen.

Bevor die Therapie mit der VR-Brille beginnen kann, untersucht das Zentrum für Integrative Psychiatrie des Uniklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) alle Teilnehmer im Rahmen einer umfassenden psychotherapeutischen Diagnostik. Danach bekommen die Teilnehmer die VR-Brille und einen App-Zugang nach Hause geschickt. Während der Therapie wird der Patient von einem Psychotherapeuten des UKSH per Telefon und Video begleitet. Gerade in Regionen mit wenigen spezia-



Foto: leungchopan/AdobeStock

Per virtueller Realität üben die Patienten, sich angsteinflößenden Situationen auszusetzen.

lisierten Therapeuten und langen Anfahrtswegen ist das eine sehr attraktive Therapieoption.

Manchmal trauten sich die Betroffenen im weiteren Verlauf

gar nicht mehr, ihre Wohnung zu verlassen. Eine Berufstätigkeit, Einkäufe oder eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben seien für diese Menschen häufig gar nicht mehr möglich. Deshalb ist es wichtig, dass Angstpatienten möglichst frühzeitig und niederschwellig ihre Störung mit einem wirksamen Gesamtkonzept bearbeiten können.

Für die Teilnahme an der neuen Therapie können TK-Versicherte bei der Invirto-Terminkoordination unter Tel.: 040/30 92 47 13 einen Termin vereinbaren. Das UKSH untersucht das neue Behandlungskonzept auch mit einer wissenschaftlichen Studie. Dazu werden Behandlungserfolg, Akzeptanz aber auch der Behandlungsaufwand von mehr als 200 Teilnehmern systematisch erhoben. Weitere Infos unter www.invirto.de sowie unter www.tk.de (Suchnummer 2075184). *Quelle: TK*



Termine der Orts- und Kreisverbände

Landesverband Bremen

Wenn Sie Interesse haben, per E-Mail Infos über Veranstaltungen des SoVD zu erhalten, können Sie gern der Landesgeschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mitteilen unter: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremen Ortsverband Gröpelingen

11. März, 10 Uhr: Mitgliederversammlung, Torhaus Nord, Liegnitzstraße 63, 28237 Bremen. Voranmeldung bis 5. März bei Marianne Stelzenmüller, Tel.: 0421/70 90 73 80, oder Annegret Hensel, Tel.: 0421/39 63 430, jeweils montags bis freitags von 19 bis 20 Uhr.

Der Ortsverband sucht noch Beisitzer*innen, Auskünfte dazu bei Marianne Stelzenmüller.

Ortsverband Bremen-Osterholz

7. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen.

23. März, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Spielen, Basteln und Unterhaltung, zuvor die Sitzgymnastik.

Ort: AmeB Nachbarschaftstreff, Am Siek 43, 28325 Bremen.

Voranmeldung jeweils bei Ulrike Kröplin, Tel.: 0421/57 69 435, oder Fred Schwein-

och, Tel.: 0421/47 11 60.

Ortsverband Süd

21. März, 10 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Forum K Tageszentrum, Rotes-Kreuz-Krankenhaus, St.-Pauli-Deich 24, 28199 Bremen.

Vorschau: 8. April, 15 Uhr: Klönschnack, „Hofs Restaurant“, Rablinghauser Landstraße 51, 28197 Bremen.

Ortsverband Bremen-Zentrum

Vorschau: 23. April, 15 Uhr: Politischer Klönschnack mit Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte in der Landesgeschäftsstelle Bremen, Breitenweg 10/12, 28195 Bremen.

Kreisverband Bremerhaven Ortsverband Bremerhaven Nord/Süd

17. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Referat zum Thema „Wie wichtig sind Patientenverfügung & Betreuungsvollmacht?“, Alt-Bürgerhaus, Neulandstr. 48, 27576 Bremerhaven.

Ortsverband Geestemünde

6. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung (Infoveranstaltung), Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8, 27570 Bremerhaven. Auskünfte erteilen Karin Michaelsen (Tel.: 0471/55 222) und Rosma-

rie Mangels (Tel.: 0471/73 545).

Ortsverband Leherheide

13. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung (Infoveranstaltung), Lukaskirchengemeinde Bremerhaven, Louise-Schroeder-Straße 1, 27578 Bremerhaven.

Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Blumenthal-Farge

18. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, „Zum Grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Lesum

9. März, 18 Uhr: Vorstandssitzung.

13. März, 15.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen.

Ort: Lesumer Hof, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

Bitte anmelden bei Reinhard Röpke, Tel.: 04209/98 67 482.

Ortsverband Vegesack

7. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, „Zum Alois“, Breite Str. 12, 28757 Bremen. Bitte anmelden bei Hans-Jürgen Berger, Tel.: 0421/60 07 315.

16. März, 10 Uhr: Vorstandssitzung, Heinemann-Bürgerhaus, Raum E03, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

Neujahrsempfang des SoVD-Landesverbandes und der DGB-Senioren

Aktionsplan gegen Armut nötig

Ursachen und Auswirkungen von Armut in einer reichen Stadt wie Hamburg war das Thema des traditionellen Neujahrsempfangs, zu dem der SoVD Hamburg und die DGB-Senioren in den Musiksaal des Gewerkschaftshauses eingeladen hatten.

In seiner Begrüßungsrede sagte der SoVD-Landesvorsitzende Klaus Wicher unter anderem: „Um Armut ernsthaft etwas entgegenzusetzen, brauchen wir Gehälter im Arbeitsleben, mit denen man eine gute Rente aufbauen kann. Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent steigen. Ganz wichtig ist die Schaffung von Quartierzentren mit hauptamtlichen Mitarbeiter*innen, die die Angebote der Stadt, der Wohlfahrtsverbände und den Hamburger Hausbesuch unter einem Dach vereinen – dies wäre ein wichtiger Beitrag, auch im Kampf gegen Einsamkeit.“



Moderatorin Sabine Rheinhold (li.) und die Gastgeber Klaus Wicher sowie DGB-Chefin Katja Karger sprachen über Hamburgs Zukunft.

SoVD fordert Behindertenparkplatz in Teufelsbrück zu erhalten

Barrierefreiheit wird „abgebaut“

An der Elbchaussee in Höhe Teufelsbrück soll bei der anstehenden Straßensanierung der letzte noch vorhandene Behindertenparkplatz zwischen Parkallee und Manteuffelstraße ersatzlos wegfallen. Damit wären Elbpark und Fähranleger nicht mehr barrierefrei erreichbar.

Barrierefreiheit und Inklusion sind Zielsetzungen, die eine Stadt in all ihre Planungen einbeziehen muss. Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung sind auf Behindertenparkplätze dringend angewiesen. Klaus Wicher, Hamburger SoVD-Landeschef, befürchtet, dass dies bei den aktuellen Planungen für die neuen Radverkehrsstraßen an der Elbchaussee aus dem Fokus des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer und der Politik geraten sein könnte. „In der Sitzung des Verkehrs-

ausschusses des Bezirks Altona wurde Ende Januar die Planung für die Sanierung dieses Streckenabschnitts vorgestellt. Dabei wurde klar, dass der einzige vorhandene Behindertenparkplatz gestrichen werden soll“, berichtet Wicher. „Wir haben lange dafür gekämpft, dass überall in der Stadt für Schwerbehinderte genügend Parkplätze reserviert sind. Dass jetzt in Blankenese, direkt an der Elbchaussee in Höhe Teufelsbrück, der einzige seiner Art verschwinden soll, empfinde ich als Provokation gegenüber

den Betroffenen. Ihnen wird die Möglichkeit genommen, an dieser Stelle zu parken, um spazieren zu gehen und die Elbe zu genießen. Ich frage mich, ob man sich genügend Gedanken gemacht hat, wie die Prioritäten verteilt sein sollen. Ich bin der Meinung, dass die Verkehrsplanung auf den bestehenden Behindertenparkplatz Rücksicht nehmen muss und gleichzeitig mehrere neu schaffen muss – gelingende Inklusion geht nur dann – das ist gar keine Frage.“

Dem Altonaer Bezirkspolitiker Karsten Strasser war bei Lesen der Vorlage im Verkehrsausschuss aufgefallen, dass der Parkplatz weichen sollte. Daraufhin sprach er den SoVD auf die Problematik an. Der Hamburger SoVD ging mit der geplanten Streichung dann an die Öffentlichkeit. Dies rüttelte offenbar die Politiker im Bezirk Altona wach. Nicht nur die Linke, auch SPD und Grüne haben die Bezirksversammlung inzwischen aufgefordert, dafür zu sorgen, bei der Instandsetzung der Elbchaussee in Höhe des Fähranlegers Teufelsbrück eine Planung zu erstellen, die den bestehenden Behindertenparkplatz erhält.



Klaus Wicher (links) und Karsten Strasser vor dem einzigen Behindertenparkplatz, der jetzt weichen soll.



Ansichten

Liebe Mitglieder,

das Ergebnis der Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft lag bei Redaktionsschluss leider noch nicht vor, sodass ich an dieser Stelle erst in der nächsten Ausgabe darauf eingehen werde.

Unabhängig vom Ausgang der Wahl stellt der SoVD an den künftigen Senat Forderungen für eine soziale Politik, die vor allem Menschen hilft, denen es in Hamburg nicht so gut geht.

In erster Linie muss der Wohnungsbau im Mittelpunkt der Aktivitäten der kommenden Jahre stehen: Das Bündnis für Wohnen muss weitergeführt werden und die Zahl der Neubauten im sozialen Wohnungsbau deutlich 5.000 Einheiten pro Jahr überschreiten. Entsprechend müssen Fördermittel und öffentliche Grundstücke dafür bereitgestellt werden. Die Vergabe dieser Grundstücke sollten vorwiegend im Erbbaurecht an Genossenschaften, die SAGA/GWG und sozialverantwortliche Unternehmen vergeben werden. Darüber hinaus sollten soziale Erhaltungsverordnungen und das Vorkaufsrecht des Senats ausgedehnt werden und in der Mietpreisbindung längere Zeiträume gelten.

Um Altersarmut abzumildern kann Hamburg eigene Mittel zur Verfügung stellen: für die Aufstockung der Grundsicherung im Alter, für freien Eintritt in Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen und für die Gründung und den Ausbau von Quartierszentren nach Münchner Vorbild (siehe im Internet: www.sovd-hh/download/publikationen.de).

Mobilität ist ein Grundbedürfnis – deswegen fordern wir zusätzlich die kostenfreie Nutzung des ÖPNV für alle Bedürftigen.

Wir brauchen alle zwei Jahre einen aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht, auf dessen Grundlage ein umfassendes und nachhaltiges Konzept zur Verhinderung und zum Abbau von Armut entwickelt und fortgeschrieben werden kann. Zur Bekämpfung von Armut gehört auch, Langzeitarbeitslosen den Zugang zu existenzsichernder Arbeit zu erleichtern. Hier sehe ich gute Chancen für einen sozialen Arbeitsmarkt, der mindestens 3.000 Langzeitarbeitslose eine Perspektive geben könnte. Die Beschäftigungsträger wären ein wichtiger Teil davon. Um sie ins Boot zu holen, brauchen sie eine verlässliche Zusage der Stadt für die Finanzierung ihrer Bestandssicherung und für Projekte.

Dies sind unsere wesentlichsten Forderungen an die zukünftige Hamburger Politik. Nach der Wahl werden wir damit auf die Parteien zugehen, die den neuen Senat bilden wollen.

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

Nachruf

Der SoVD Hamburg trauert um

Wilma Frank.

1978 trat sie dem SoVD bei und machte sich in über 40 Jahren auf Orts-, Kreis- und Landesebene um den Verband verdient. Sie war Vorsitzende des Ortsverbandes Lurup und leitete bis kurz vor ihrem 80. Geburtstag die Altentagesstätte im Hamburg Haus in Eimsbüttel. Darüber hinaus engagierte sie sich jahrzehntelang als Kreisfrauensprecherin und im Landesfrauenausschuss. Für ihre ehrenamtliche Tätigkeit wurde sie dafür mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Der SoVD Hamburg wird Wilma Frank in ehrenvollem Andenken behalten.

Fahrt nach Helgoland

Traditionell geht es auch in diesem Jahr an einem Sonntag mit dem neuen Katamaran „Halander Jet“ zum Vorzugspreis für SoVD-Mitglieder zur Hochseeinsel Helgoland. Die Fahrt findet erstmals am 17. Mai statt.

Die Karten für 56,30 Euro pro Person können ab sofort bestellt werden bei Wolfgang Seipp, Tel.: 040/50 00 653 oder per E-Mail an: wolfgang.seipp@t-online.de

Die Fahrt wird durchgeführt von FRS Helgoline.de. Der SoVD ist nicht Veranstalter der Fahrt.

Spiele in Lurup



Foto: Daniela Stärk / AdobeStock

Der SoVD lädt alle Interessierten herzlich zum Spielenachmittag am 8. März, 15 Uhr, ins SoVD-Beratungszentrum Lurup, Luruper Hauptstraße 149, ein. Bringen Sie gerne Ihr Lieblingsspiel mit!

Beratungs- und Kursangebot für Pflegende

Anmeldung erforderlich unter Tel.: 040/6 11 60 70 oder per E-Mail an info@sovd-hh.de.

Beratungszentrum Barmbek, Pestalozzistraße 38

27. März, 10–13 Uhr: Orientierungskurs „Was tun bei Pflegebedürftigkeit? Wer soll das bezahlen?“

27. März, 14–16: Pflegetreff für Angehörige.

Beratungszentrum Lurup, Luruper Hauptstraße 149

9. März, 16.30–19.30 Uhr: Orientierungskurs „Was heißt denn hier Demenz?“



Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg hilft seinen Mitgliedern bei Fragen und Problemen rund um alle Sozialleistungen. Wir informieren Sie, was Ihnen zusteht, unterstützen bei Anträgen, prüfen Bescheide und kämpfen in Widerspruchs- oder Klageverfahren für Ihr gutes Recht. So erreichen Sie uns: Tel.: 040/6 11 60 70, Fax: 040/61 16 07 50, E-Mail: info@sovd-hh.de. Hier sind wir für Sie vor Ort:

- **Landesgeschäftsstelle, Pestalozzistraße 38**, 22305 Hamburg. Montags bis mittwochs 9–16 Uhr, donnerstags 9–18 Uhr, freitags 9–14 Uhr.
- **Luruper Hauptstraße 149**, (gegenüber Eckhoffplatz), 22547 Hamburg. Dienstags bis donnerstags, 10–12 Uhr und 14–16 Uhr.
- **Marie-Bautz-Weg 11** (im Berufsförderungswerk Farmsen, Haus W, Raum 034, EG), 22159 Hamburg. Montags, 10–12 Uhr.
- **Winsener Straße 13**, 21077 Hamburg. Mittwochs 10–13 Uhr, donnerstags, 14.30–17.30 Uhr (Rentenberatung).
- **Beim Strohhaus 20** (beim Mieterverein zu Hamburg, direkt bei der U-/S-Bahnstation Berliner Tor), 20097 Hamburg. Jeden 1. Donnerstag im Monat, 14–17.30 Uhr.
- **Alte Holstenstraße 30**, im Marktkauf-Center (BAG), 21031 Hamburg. Freitags, 10–12 Uhr.
- **Serrahnstraße 1**, im DGB-Zentrum, 21029 Hamburg. Jeden 1. und 3. Dienstag, 14.30–16 Uhr (Beratung auch türkisch und englisch).
- **Tangstedter Landstraße 41**, im Bürgerhaus Langenhorn, 22415 Hamburg. Jeden 1. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr.
- **Gefionstraße 3**, im Bürgertreff Altona-Nord (BIB), 22769 Hamburg. Jeden 3. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr.
- **Julius-Vosseler-Straße 193**, Bürgerhaus Lenzsiedlung e. V. Jeden 2. Dienstag im Monat, 16 Uhr.
- **Schreyerring 27**, Café Steilshoop, jeden 4. Montag im Monat, 16–18 Uhr.



Information, Kultur und Unterhaltung

Ortsverband Bahrenfeld

19. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen, Nachbarschaftstreff Bahrenfelder Dreieck, Woyschweg 21/23.

Ortsverband Barmbek-Nord

10. März, 15 Uhr: „Historie Hamburgs“, Prof. Baucke, Geschichtswerkstätten Hamburg e. V., referiert, Bürgerhaus Barmbek, Lorichstr. 28 a.

Ortsverband Bergstedt-Sasel

2. März, 17 Uhr: Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) informiert über den Hausnotruf.

16. März, 15 Uhr: Spielenachmittag.

Veranstaltungsort: „Zum Bergstedter“, Teekoppel 9.

Ortsverband Bramfeld-Farmsen

10. März, 15 Uhr: Bingonachmittag im Max-Brauer-Haus (Seniorenwohnanlage der Alida-Schmidt-Stiftung), Hohnerredder 25.

Ortsverband Bramfeld-Süd

10. März, 15 Uhr: „Schwerhörigkeit im Alter“, der Bund der Schwerhörigen e. V. informiert und klärt auf, ASB-Seniorentreff, Bramfelder Chaussee 11.

Treff Hamm

11. März, 15 Uhr: „Neues aus der Pflege“, Uwe Werner informiert, Gemeindezentrum Wichernkirche, Wichernsweg 16.

Ortsverband Hamburg-Mitte

12. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung (für Billstedt, Hanseat, Kirchdorf-Wilhelmsburg), AWO-Seniorentreff (Billstedt-Center), Lorenzenweg 2 B.

Ortsverband Iserbrook / Finkenwerder

13. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen, Restaurant Zorbas, Heidrehmen 23.

Ortsverband Langenhorn

20. März, 14 Uhr: Diavortrag über Bienen mit Imker Heino Susold, Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstr. 41.

Ortsverband Lohbrügge

7. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Restaurant Holstenhof, Lohbrügger Landstr. 38.

Ortsverband Lurup-Osdorf

20. März, 16 Uhr: Aktuelles aus dem Bezirksseniorenbeirat Altona, AWO-Seniorentreff, Bürgerhaus Bornheide, Pavillon 5 (orange), Bornheide 76 e.

24. März, 16 Uhr: „Kurz vorgestellt: Die Stadtteilbühne Lurup“, Sportlerheim des SV Lurup, Flurstr. 7.

Ortsverband Marmstorf

3. März, 15 Uhr: Kaffee- und Spielenachmittag in der Kirchengemeinde Sinstorf.

9.–12. März: Fahrt nach Berlin.

18. März, 16 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen, Jägerhof, Ehestorfer Heuweg 12-14.

19. März: Tagesfahrt ins Fliesenmuseum Boizenburg und zum Schloss Ludwigslust.

Anmeldung bei Pawlak, Tel.: 76 91 02 25.

Ortsverband Niendorf / Schnelsen

5. März, 10.30–12.30 Uhr: Sprechstunde zur Marktzeit, Garstedter Weg 13 (Raum 36).

12. März, 16 Uhr: Jahreshaupt-

versammlung mit Vorstandswahlen, Hotel „Zum Zeppelin“ (barrierefrei), Frohmestr. 123.

24. März: „Entlang des Isebekkanals – von der Christuskirche nach Hoheluft und vom Isemarkt bis Eppendorf, Anmeldung bei Burkard, Tel.: 55 53 821, oder Finck, Tel.: 55 12 840.

Treff Ottensen

25. März, 15 Uhr: „Neues aus der Pflege“, Uwe Werner informiert, DRK-Seniorentreff „Haus Ottensen“, Holstenring 6.

Ortsverband Rahlstedt

17. März, 15 Uhr: „Neues rund um die Krankenversicherung“ mit Uwe Werner, Sozialer Dienst Karin Kaiser, Hameister-Haus, Rahlstedter Straße 187 a.

Ortsverband Volksdorf

10. März, 15 Uhr: „Landfrauen in Hamburg“, Informationen zu Aufgaben und Tätigkeit.

24. März, 15 Uhr: Spielenachmittag.

Veranstaltungsort: „Luisenhof“, Am Luisenhof 1.

31. März: Besuch des Schulmuseums, Info und Anmeldung bei Nommensen, Tel.: 64 03 262.

Ortsverband Wilstorf

11. März, 16 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen und Ehrungen, Zur Außenmühle, Vinzenzweg 20.

3. März, 15 Uhr: Kaffee- und Spielenachmittag in der Kirchengemeinde Sinstorf, Sinstorfer Kirchweg 21.

Ortsverband Winterhude

9. März, 16 Uhr: „Frühlingserwachen bei den Bienen“, Imker Winfried Knaack informiert, Epiphaniengemeinde, Großheidestraße 44.

Wie wollen wir wohnen?

Auf Einladung der beiden SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Anne Krischok (Blankenese) und Frank Schmitt (Lurup) traf sich SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher Anfang Februar zum politischen Austausch mit der Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt.

Im Hinblick auf die zunehmende Armut und Wohnungsnot forderte Klaus Wicher erneut von der Senatorin, den sozialen Wohnungsbau zu stärken und hatte auch eine genaue Vorstellung von der Zahl: „Dazu gehört, das mindestens 5.000 Wohnungen pro Jahr neu entstehen müssen!“



Von links: Anne Krischok, Klaus Wicher, Dorothee Stapelfeldt und Frank Schmitt.

Kennenlerngespräch zwischen SoVD und der Stadt Tangermünde

SoVD-Anliegen vorgestellt

Sachsen-Anhalt In Tangermünde trafen sich Landesfrauensprecherin Monika Lück und Ines Eisenhut, die als SoVD-Mitglied im Landesfrauenausschuss sitzt, mit Anke Bertkau, Leiterin des Amtes für öffentliche Ordnung, Kultur und Soziales, um den SoVD und seine Aufgaben und Ziele vorzustellen.

Landesfrauensprecherin Monika Lück gab einen Überblick über die Geschichte des SoVD, der 2017 sein 100-jähriges Bestehen feiern konnte. Der Verband setzt sich seither für Solidarität und soziale Gerechtigkeit ein. In diesem Jahr feiern auch die Frauen im SoVD ihr hundertjähriges Jubiläum. Zum SoVD-Landesverband gehört auch das Berufsbildungswerk in Stendal, das sich auf schwer- und lernbehinderte junge Menschen konzentriert. Sie erhalten eine qualifizierte Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen, die ihnen eine dauerhafte Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen soll.

Ines Eisenhut berichtete über die Arbeit des Tangermünder SoVD-Ortsverbandes. Anschließend tauschten sich die Anwesenden unter anderem über die Belange der Behinderten in der Stadt Tangermünde sowie über Vorhaben und Umsetzung zur Gestaltung einer barrierefreien Stadt aus. So erfuhren die SoVD-Frauen von Amtsleiterin Anke



Von links: Ines Eisenhut, Monika Lück (beide SoVD) und Anke Bertkau im Gespräch.

Bertkau, dass Schwerpunkttorte für die Erlangung der Barrierefreiheit das Stadthaus, die Salzkirche, der Friedhof waren beziehungsweise sein werden. Des Weiteren sind oder werden Straßen behindertengerechter erneuert, wie die Mauerstraße.

Darüber hinaus wurde über eine weitere Zusammenarbeit der Stadt Tangermünde mit

dem SoVD nachgedacht, erster Schritt könnte die Auslage von Infomaterial im Stadthaus sein.

Weitere Gesprächsthemen waren Standpunkte zur Einführung der Grundrente sowie die Anerkennung der Frauen in Beruf und Gesellschaft. Das Gespräch war für alle Seiten sehr informativ. Eine weitere Zusammenarbeit ist geplant.

Jährliche Erhöhung der Kosten trifft Angehörige von Pflegeheimbewohnern

Eigenanteile erhöhen sich

Sachsen-Anhalt Viele Pflegeheime versenden um den Jahreswechsel Erhöhungen für das Heimentgelt an die Angehörigen. Die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt rät zur Überprüfung und gibt Tipps, wie man sich dagegen wehren kann.

Einige dieser Schreiben der Pflegeheime in Sachsen-Anhalt wurden Ende 2019 den Berater*innen der Hotline Pflegerechtsberatung der Verbraucherzentrale vorgelegt. Im Durchschnitt handelte es sich um eine monatliche Erhöhung von 200 Euro. Da der Zuschuss der Pflegekasse nicht mit der Erhöhung steigt, betrifft diese dann ausschließlich den Eigenanteil des Bewohners und geht folglich zu dessen Lasten.

Oftmals nimmt der Verbraucher diese Erhöhung hin, weil er entweder annimmt, dass diese rechtens ist, oder er nicht weiß, ob und wie er sich dagegen zu Wehr setzen kann. Die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt rät grundsätzlich jede Erhöhung von einer fachkundigen Person überprüfen zu lassen,

da eine wirksame Erhöhung des Heimentgeltes gemäß dem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WVBVG) an strenge rechtliche Voraussetzungen gebunden ist. So muss diese nicht nur in einer bestimmten Form und mit einer bestimmten Frist geltend gemacht werden, sondern es dürfen auch nicht alle Kosten umgelegt werden.

Die Erfahrung der Berater*innen der Hotline Pflegerechtsberatung zeigt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen an die Heimentgelterhöhung oft nicht erfüllt sind. Zudem wird häufig durch die Pflegeunternehmen nicht beachtet, dass unter gewissen Umständen auch Entgelterhöhungen beim betreuten Wohnen und bei der Tages- und Nachtpflege an diese Voraussetzungen gebunden

sind.

Ob im Einzelfall das erhöhte Entgelt vom Heimbewohner verlangt werden kann und was bei einer unrechtmäßigen Entgelterhöhung die nächsten Schritte sein sollten, darüber informiert das Team der Hotline Pflegerechtsberatung.

Zudem besteht die Möglichkeit, sich von ihnen rechtlich in dieser Angelegenheit vertreten zu lassen. Die kostenfreie Hotline ist unter Tel.: 0800 / 10 03 711 erreichbar. Anfragen werden zudem per E-Mail an: pflegerechtsberatung@vzsa.de oder per Post an: Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt, Hotline Pflegerechtsberatung, Steinbockgasse 1, 06108 Halle beantwortet.

Quelle: Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt



Kommentar

Liebe Mitglieder,

schon fast drei Monate ist es her, dass Familien und Freunde zu den Weihnachtsfeiertagen und zum Jahreswechsel zusammenkamen, um gemeinsam zu feiern und sich auszutauschen. Eine Zeit, in der neben dem „Vorbereitungstress“ auch viel Zeit für Nähe und Geborgenheit da ist, wo man miteinander reden und zuhören. Das sollte sich aber nicht nur auf die Weihnachtszeit und auf Familie und Freunde beschränken, sondern auf das ganze Jahr und alle Lebensbereiche erstrecken – in der Politik, in den Behörden, im Umgang mit dem Nachbarn. Jedes nettes Wort erzeugt etwas soziale Wärme.

Ich bin sehr angetan von der neuen Kampagne unseres Verbandes „Mit dir. Für alle. Gegen soziale Kälte.“ Können wir doch alle etwas dafür tun. Jeder Einzelne. Mehr menschliche Wärme, einmal hinsehen wie es dem anderen geht.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein gutes Jahr 2020 mit viel sozialer Wärme. Und ich danke Ihnen schon heute für Ihren ganz persönlichen Einsatz gegen die soziale Kälte in unserer Gesellschaft.

Wir werden uns begegnen – in den Kreisverbänden und zu den Vorstandssitzungen.

Mit herzlichen Grüßen
Kerstin Römer, 1. Landesvorsitzende



Kerstin Römer

Kampf für gleiche Löhne

Seit 13 Jahren wird bundesweit der Equal Pay Day durchgeführt, um immer wieder auf den Missstand aufmerksam zu machen, dass Frauen im Schnitt gut ein Fünftel weniger als Männer verdienen. Leider hat sich seit Jahren an dem Problem so gut wie nichts geändert, das zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Bei den Löhnen sind die Frauen nicht weiter an das Niveau der Männer herangekommen.

Das sogenannte Entgelttransparenzgesetz gibt es seit Januar 2018. Es soll helfen, die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen zu verkleinern. Somit haben Beschäftigte das Recht zu erfahren, wie Kollegen des jeweils anderen Geschlechts mit ähnlichen Tätigkeiten bezahlt werden.

Für die Equal-Pay-Day-Kampagne 2020 lautet das Motto „Auf Augenhöhe verhandeln – Wir sind bereit“, und je mehr Menschen am Aktionstag, der in diesem Jahr am 17. März stattfindet, dabei sind, desto deutlicher wird der Missstand und der offensichtliche Handlungsbedarf öffentlich gemacht.

Um auf die Aktionen zum Equal-Pay-Day aufmerksam zu machen, wünscht sich Landesfrauensprecherin Monika Lück, dass die SoVD-Mitglieder am 17. März „Flagge zeigen“, indem sie mit einer roten Tasche oder einem Leinenbeutel auf die Straße gehen und an Aktionen teilnehmen.



Foto: Wolfgang Borrs

Rote Taschen sind das Kennzeichen des Equal Pay Day.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Halberstadt

Im Dezember kamen die Mitglieder des SoVD Halberstadt zum Jahresabschlussstreifen zusammen. Gäste waren unter anderem die SoVD-Landesvorsitzende Kerstin Römer (s. Foto,

rechts am Tisch neben Kreisvorsitzendem Klaus-Dieter Schatter), der Oberbürgermeister der Stadt Halberstadt, Andreas Henke, und die Ergo-Versicherung, Kooperationspartner des SoVD. Der Leiter der Ergo-Re-

gionaldirektion Berlin, Thomas Vogelhuber, stellte gemeinsam mit seinem Team, Kerstin Sömisch aus Leipzig und der Ansprechpartner vor Ort, Uwe Neumann, die Produkte der Ergo vor, die für die SoVD-Mitglieder besonders interessant seien.

Nach der Präsentation mit den entsprechenden Erklärungen folgte das gemeinsame Kaffeetrinken. Im Anschluss an die gesellige Kaffeerunde wurde zum ersten Mal ein Weihnachtsrätsel durchgeführt. Die fünf besten Teilnehmer*innen wurden mit einer kleinen Überraschung ausgezeichnet. Der Oberbürgermeister zeigte sich überraschend bibelfest und gewann einen kleinen Weihnachtsstern.

Den Abschluss bildete der kleine Chor der Halberstädter Chorgemeinschaft mit Liedern zur Weihnachtszeit.

Kreisverband Wernigerode

Die 1. Vorsitzende Birgit Jungtorius gab auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Wernigerode einen Abriss über die Gründungsgeschichte des SoVD im Allgemeinen und über seine Geschichte im Osten seit 1990 im Besonderen. Der



Kreisverband Halberstadt

SoVD setzt sich seit jeher dafür ein, dass Betroffene ihr Recht bekommen und nicht einsam im Kampf gegen Ämter und Behörden resignieren und somit zu den Verlierern der heutigen Zeit gehören. Der SoVD fühlt sich in seinem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit für alle verpflichtet. Der SoVD ist ein starker Partner und steht den Mitgliedern kompetent zur Seite, wenn es sein muss bis zur letzten Instanz bei Gericht.

Das sind Leistungen, die ohne die ehrenamtliche Tätigkeit seiner Mitglieder nicht realisierbar wären. In Wernigerode gibt es zurzeit 360 Mitglieder aller Altersgruppen. Eine Vielzahl

pflegt eine rege Mitarbeit, die in den gemeinsamen Treffen, Feiern, Wanderungen und Ausflügen zum Ausdruck kommt. „Hier möchte ich nur einige aufzählen, die 2020 auf unserem Plan stehen“, erläuterte Birgit Jungtorius und nannte Mitgliedertreffen, auf denen über aktuelle Angelegenheiten informiert wird, wie zum Beispiel „Warum benötige ich eine Patientenverfügung?“ oder „Was ist zu tun, wenn ich plötzlich Pflegefall werde?“, den Besuch des Bundestages, einen Vortrag über gesunde Ernährung usw. – immer mit der Absicht, dass sich im SoVD keiner einsam fühlen soll.



Kreisverband Wernigerode



Termine

Kreisverband Wernigerode

10. März, 14.30 Uhr: Harzer Kultur- und Kongresshotel, 6 Euro pro Person

30. März: Fahrt nach Berlin mit Besuch des Bundestages, circa 40 Euro pro Person, begrenzte Teilnehmerzahl, Anmeldung bis 4. März, Kontakt siehe Rubrik „Sprechstunden ...“



Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2538897. Fax: -98. Sprechzeiten: montags bis donnerstags, 9–15 Uhr, nur nach tel. Absprache.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstr. 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstr. 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8826923. Sprechstunde: dienstags, 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstr. 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57389271, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de., Sprechzeit: mittwochs, 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/7748246. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41814. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/98158. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Räume der Volkssolidarität, Adelheidstraße 4, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit der Rentenbeauftragten: jeden ersten Montag im Monat, 14–16

Uhr. Nach Absprache unter Tel.: 0346/3486 auch Termine nach 18 Uhr möglich.

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65888. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/702020. Sprechzeit: dienstags, 9–12 und 16–17.30 Uhr.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/5450. Sprechzeit: erster und dritter Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60366. Sprechzeiten: dienstags, 10–11.30 Uhr, und freitags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Ver-

einbarung unter Tel.: 03943/632631 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64733. Sprechzeiten: jeden ersten Dienstag und ersten Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/599950, Fax: 034443/599949, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (Erdgeschoss links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/2131145, Fax: 0351/2131146, E-

Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/8783022. Ansprechpartner: Olaf Anders.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79079007, Fax: 0361/79079006, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

SoVD-Landesverband beim Neujahrsempfang 2020 der Landesregierung in Stralsund

Auszeichnungen für ehrenamtlich Engagierte

Der traditionelle Neujahrsempfang der Ministerpräsidentin war in diesem Jahr geprägt durch den dreißigsten Jahrestag des Zusammenschlusses von Mecklenburg und Vorpommern zu einem Bundesland. Dafür war das prächtige Jugendstiltheater in Stralsund ein symbolbehafteter Veranstaltungsort. Unter den Gästen war auch Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Der Einladung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig waren viele Engagierte gefolgt, aber auch Bürger, die sich im Vorfeld um die Teilnahme bewerben konnten.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hielt eine optimistische Rede, die aber soziale, wirtschaftliche und persönliche, Landes-, Bundes- und weltpolitische Probleme nicht aussparte und Konflikte nicht

verschwieg. Wichtig waren ihre Aussagen zur Einbettung des Landes in Europa und zu den gewollten und geförderten Wirtschaftsbeziehungen in alle Richtungen. Die besonderen Beziehungen zu Russland wurden genannt und von den Anwesenden mit Beifall honoriert.

Interessant war ein Denkanstoß der Ministerpräsidentin, wonach nicht davon gesprochen werden sollte, dass Meck-

lenburg-Vorpommern der nordöstliche Rand Deutschlands sei, sondern dass immer darauf verwiesen werden sollte, dass das Land in der Mitte Europas liege.

Auch der Fachkräftemangel in allen Bereichen der Wirtschaft war der Regierungschefin ein wichtiges Thema. Für ihre Anmerkung, dass man dieses Problem nicht dadurch lösen könne, indem man anderen Ländern die dort ausgebildeten und benötigten Fachkräfte abwerbe, stieß auf breite Zustimmung.

Die Rolle des Landes als wichtiger Energielieferant und Industriestandort, aber vor allen Dingen auch als Agrarproduzent, wurde mit allen damit verbundenen Komplikationen dargestellt. Gesellschaftliche Diskussion wie auch gesellschaftlich stabile Vereinbarungen wurden eingefordert.

Der Höhepunkt des Jahresempfangs ist stets die Würdigung von Menschen, die ehrenamtlich Bedeutsames leisten. Und es ist gut und typisch für die Ausgezeichneten in all den Jahren, dass sie in ihren Dankesreden immer darauf verwie-



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig übergibt Kanzlerin Angela Merkel eine Waldaktie aus Mecklenburg-Vorpommern.

sen haben, nur stellvertretend für viele andere Ehrenamtler den ihnen verliehenen Landesverdienstorden entgegenzunehmen. Die Leistung des Einzelnen ist wichtig – die Umsetzung erfolgt immer in der Gruppe, dem Team, dem Verein!

Mit den drei 2020 ausgezeichneten Menschen wurde ein weiter Bogen geschlagen vom Mann der Kirche, der sich für die „friedliche Revolution“ 1989 engagierte, über die Richterinnen, die sich außerberuflich in verschiedensten Vereinen und Stiftungen betätigt, bis hin zu einem jungen, sehr erfolgreichen Handicap-Sportler mit in-

ternationalen Ambitionen.

Passend zur Aussage „Mecklenburg-Vorpommern in der Mitte Europas“ wurde der offizielle Teil mit der Europahymne beendet. Anschließend gab es für die Vertreter*innen des SoVD-Landesverbandes Gelegenheit zu vielfältigen und interessanten Gesprächen mit der Ministerpräsidentin, dem Verkehrsminister, dem Gesundheitsminister, der Bildungsministerin, dem Innenminister, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde des Landes und vielen mehr. Es wurden weitere Treffen mit Regierungsmitgliedern in Schwerin vereinbart.



Ort der Festveranstaltung: das Jugendstiltheater in Schwerin.

Tipps der AOK Nordwest für den Krankheitsfall bei Urlaubsreisen im Ausland

Arztbesuch im Urlaub – so geht man vor

Endlich Urlaub – und dann das: Fieber, Schmerzen oder Durchfall. Trotz Reiseschutzimpfung und weiteren Vorsorgemaßnahmen lassen sich Erkrankungen auf Reisen nicht ausschließen. Wer den Arzt aufsuchen muss, sollte auf die richtige Vorgehensweise achten. Wer keine Auslandskrankenversicherung abgeschlossen hat, muss die Kosten in der Regel selbst tragen.

Magen-Darm-Probleme aufgrund mangelnder Nahrungshygiene sind das häufigste Reiseübel. Liegen bei Ihnen keine schwerwiegenden Vor- oder Begleiterkrankungen vor, können Sie sich zunächst selbst mit Flüssigkeits- und Elektrolytersatz behandeln. Sind Sie unsicher, tritt kurzfristig keine Besserung ein oder Sie stellen Blut oder Schleim im Stuhl fest und haben Fieber, dann zögern Sie nicht, zum Arzt zu gehen.

Ab einer Körpertemperatur von circa 39 Grad spricht man von hohem Fieber. Meist tritt Fieber nicht allein auf, sondern wird von weiteren Sym-

ptomen begleitet. Haben Sie gleichzeitig schwerwiegende Vor- oder Begleiterkrankungen und es kommt zu keiner kurzfristigen Besserung der Beschwerden, suchen Sie einen Arzt auf. Ganz wichtig: Nehmen Sie nach Heimkehr aus einem exotischen Land erneutes Fieber, Unwohlsein, Schmerzen und Durchfall ernst. Tropische Infektionskrankheiten wie Malaria können noch Monate nach der Reise auftreten.

Hunde, Katzen, Füchse und Fledermäuse können durch Beißen oder Kratzen lebensgefährliche Infektionen wie zum Beispiel Tollwut übertragen.

Zögern Sie nicht, so schnell wie möglich einen Arzt aufzusuchen.

Allgemein gilt: Bei ernstesten Symptomen, die über mehrere Tage anhalten und nicht besser werden, suchen Sie einen Arzt oder direkt das Krankenhaus auf.

Lassen Sie sich von einem Arzt behandeln, der die Zulassung für das gesetzliche Versicherungssystem des Urlaubslandes hat. Die Bezahlung kann im europäischen Ausland in Ländern mit Sozialversicherungsabkommen mit der EHIC erfolgen. Falls die Karte nicht akzeptiert wird, müssen Sie



Foto: galitskaya / AdobeStock

Nie ist Kranksein unerwünschter als im Urlaub, wo man sich auf eine Zeit voller Spaß und Erholung eingestellt hatte.

bar bezahlen. Lassen Sie sich auf alle Fälle eine Rechnung ausstellen. Wenn Sie nicht über eine Zusatzversicherung verfügen, dann kann die gesetzliche

Krankenversicherung nur das erstatten, was im Urlaubsland den dort versicherten Einwohnern zusteht.

Quelle: AOK Nordwest

Telefonprobleme melden

Seit 2015 stellt die Deutsche Telekom die Festnetzanschlüsse aller Kunden vom analogen Festnetz, zumeist ISDN, auf digitale IP-Telefonie um. Im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung häufen sich Beschwerden von Privatpersonen und Unternehmen über Probleme bei der Umstellung. Die Telekom habe gerade im ländlichen Raum vielerorts offenbar keine ausreichende Vorsorge beim Ausbau leistungsfähiger Telefon- und damit Breitbandnetze getroffen.

Der Vizepräsident der Bundesnetzagentur, Dr. Wilhelm Eschweiler, hat sich bereit erklärt, diese Fälle mit dem Telekom-Vorstand zu besprechen und zu helfen, diese nach Möglichkeit zufriedenstellend zu lösen. „Dafür müssen diese Fälle aber überhaupt erst bekannt werden“, so Digitalisierungsminister Christian Pegel. Deshalb bietet das Ministerium an, alle Beschwerden, die in seinem Haus bereits eingegangen sind oder noch unter der E-Mail-Adresse poststelle@em.mv-regierung.de eingehen, dem Telekommunikationsunternehmen sowie der Bundesnetzagentur weiterzuleiten.

Folgen einer Abfindung für das Arbeitslosengeld und die Steuern

Trostpflaster für die Kündigung

Endet ein Arbeitsverhältnis, so haben die ausscheidenden Arbeitnehmer selten einen (gesetzlichen) Anspruch auf eine Abfindung. Trotzdem erhalten tatsächlich viele Arbeitnehmer eine solche Zahlung, wenn sie ihren Job verlieren. Wie kommt das?

Rechtsgrundlage für eine Abfindung ist entweder ein Aufhebungsvertrag oder ein arbeitsgerichtlicher Vergleich in Folge der Kündigungsschutzklage. Bei der Abfindung sollte einiges beachtet werden.

Oft wird befürchtet, dass das Arbeitslosengeld I (ALG I) nach Ende des Arbeitsverhältnisses unter der Abfindung leiden wird. Richtig ausgehandelt, führt die Abfindung aber weder zu einer Sperrzeit noch zum Ruhen des Anspruchs auf ALG I. Die (12-wöchige) Sperrzeit beim ALG I wird von der Agentur für Arbeit dann ausgesprochen, wenn sich Arbeitnehmer*innen „versicherungswidrig“ verhalten. Das bedeutet: Hat der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis selbst aufgelöst und die Arbeitslosigkeit damit geschaffen, so gibt es auch (vorerst) kein Arbeitslosengeld.

Achtung: Unterschreibt ein Arbeitnehmer einen Aufhebungs- oder Auflösungsvertrag „ohne wichtigen Grund“, so kann das eine Sperre nach sich ziehen.

Entscheidend ist also der Aufhebungsvertrag an sich, der nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) durch einen wichtigen Grund gerechtfertigt sein muss. Dann gibt es keine Sperrzeit. Ein wichtiger Grund liegt zum Beispiel vor, wenn dem Arbeitnehmer ohne Abschluss des Vertrags betriebsbedingt oder personenbedingt gekündigt wurde. Die Agentur für Arbeit prüft jedoch die voraussichtliche Rechtmäßigkeit der Kündigung, wenn der Abfindungsbetrag über einem halben Bruttogehalt pro Beschäftigungsjahr liegt.



Foto: Photographee.eu / AdobeStock

Eine Kündigung „versüßt“ mancher Arbeitgeber dem Entlassenen mit einer Abfindung.

Grundsätzlich „stört“ eine Abfindung die Arbeitslosengeld-I-Zahlung also nicht. Das gilt unabhängig davon, wie hoch die Abfindung ist. Von dieser Regel gibt es aber zwei Ausnahmen: 1. Die Abfindung enthält Entgeltbestandteile und 2. Das Arbeitsverhältnis endet vor Ablauf der Kündigungsfrist.

Eine Abfindung ist die Entschädigung dafür, dass künftige Verdienstmöglichkeiten wegfallen. Werden jedoch mit der Abfindung auch vertraglich geschuldete Ansprüche (wie zum Beispiel rückständiger Lohn oder Urlaubs-/Weihnachtsgeld) abgegolten, so handelt es sich nicht mehr um eine „klassische“ Abfindung. Deswegen sollte nur der Betrag als Abfindung ausgewiesen sein, der dem Arbeitnehmer als Entschädigung für den Arbeitsplatz gezahlt wird.

Endet das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der Kündigungsfrist, dann gehen die Arbeitsagenturen davon aus, dass die Abfindung als finanzielles Trostpflaster für die kurze Kün-

digungsfrist galt. Wie lange der Anspruch auf Arbeitslosengeld I dann ruht, ist unterschiedlich. Dazu fließen persönliche Faktoren ein, wie die Höhe der Abfindung, das Alter, das frühere Gehalt sowie die Beschäftigungsdauer des Arbeitslosen.

2006 wurden die Steuerfreibeträge für Abfindungen abgeschafft. Deswegen wird grundsätzlich Einkommenssteuer fällig. Das Einkommenssteuergesetz sieht jedoch eine Steuerermäßigung vor: die sogenannte Fünftel-Regelung. Die gilt aber auch nur dann, wenn es sich ausschließlich um eine Entschädigungszahlung handelt und keine anderen vertraglichen Ansprüche abgegolten wurden. Zudem darf der Arbeitnehmer nicht selbst gekündigt haben oder „grundlos“ einer Aufhebung zugestimmt haben. Deswegen sollte bei der Formulierung unbedingt darauf geachtet werden, dass der Arbeitsvertrag auf Veranlassung des Arbeitgebers aufgelöst worden ist. *mh*

5 Termine

Kreisverband Vorpommern-Greifswald

Dienstags und donnerstags, 9–12 Uhr: Sprechzeiten und Sozialberatung.

Kreisverband Neubrandenburg

Dienstags, 11–13.30 Uhr: Sprechzeit.

4. März, 14 Uhr: Frauentagsveranstaltung mit Musik und Gastauftritt von A. Voß. Anmeldung bis 2. März, Tel.: 0395/54 41 726 (dienstags 11–15 Uhr).

März: Frauentagsveranstaltung für die Ortsgruppe Burg Stargard in Neetzka, Anmeldung bei Frau Behrens.

Ortsverbände Grimmen, Barth, Ribnitz, Stralsund Land

1. Dienstag im Monat, 9.30–11.30 Uhr: Männerfrühstück.

1. Donnerstag im Monat, 9.30–11.30 Uhr: Frauenfrühstück.

Veranstaltungsort ist jeweils das AWO-Café Grimmen.

Kreisverband Parchim

Dienstags, 9–12 Uhr: Sprechzeit und Sozialberatung, Vergabe von Terminen für die Rechtsberatung unter Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock

10. März, 12.30 Uhr: Frauentagsveranstaltung, Restaurant „Pecking Ente“, Warnowallee 5, Lütten Klein, Kosten: 2,50 Euro pro Person. Anmeldung bis 6. März bei Wernicke, Tel.: 0381/76 96 130, -33 77 30 08 oder 0177/87 43 828.

Kreisverband Wismar

18. März, 9.30–11.30 Uhr: Klönfrühstück, Anmeldung bis zum 11. März.

25. März, 14–16 Uhr: Schmuckgestaltung mit Frau Günther, Anmeldung bis zum 24. März.

31. März, 14 Uhr: Treffen für alle Mitglieder, die im 1. Quartal Geburtstag gefeiert haben, Anmeldung bis 24. März.



Kontakt

Rechtsberatung

Grevesmühlen/Wismar: 4. März, **Parchim:** 11. März, **Neubrandenburg/Demmin:** 18. März, **Güstrow und Schwerin:** 25. März. Es berät Doreen Rauch.

Grimmen: 3. März, **Greifswald:** 10. März, **Anklam:** 12. März, **Rügen und Stralsund:** 17. März, **Neustrelitz und Röbel:** 24. März. Es berät Donald Nimsch.

Rostock: jeden Mittwoch, bitte im Landesverband anmelden.

Bitte melden Sie sich zur Terminvergabe bei den Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen rechts in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Am Blumenborn 23, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395/5 44 17 26, Fax:

0395/37 95 16 22.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7 69 61 30.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30,

18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81, Fax: 03838/40 46 18.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, Dreescher Markt 02, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/3 97 71 67.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831/22 99 7 26.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Hartz IV: Endlich Sanktionen für junge Menschen abschaffen

SoVD nimmt Politik in die Pflicht

Der SoVD in Niedersachsen setzt sich seit Langem für eine deutliche Abmilderung der Hartz-IV-Sanktionen ein. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht die geltenden Strafen für Hartz-IV-Empfänger für verfassungswidrig erklärt – allerdings gilt dies nicht für Jugendliche und junge Erwachsene. Das will Niedersachsens größter Sozialverband nicht akzeptieren und fordert die Landespolitik zum Handeln auf.

Für Jugendliche und junge Erwachsene gelten beim Hartz-IV-Bezug weiterhin viel strengere Regeln als für ältere Menschen. Darum begrüßt der SoVD in Niedersachsen einen Vorstoß der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag. Die Abgeordneten sollen sich demnach dafür einsetzen, auch diese Sanktionen vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen, und sich mit einer Bundratsinitiative für Änderungen starkmachen.

Derzeit kann das Jobcenter Hartz-IV-Empfängern unter 25 Jahren schon bei der ersten Pflichtverletzung die kompletten Leistungen streichen. „Diesem Vorgehen liegt eine Rohrstock-Pädagogik zugrunde, nach der Menschen nur durch massiven Druck den Weg in die Arbeit finden“, kritisiert der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt. Die bisherige Praxis habe allerdings gezeigt,

dass Sanktionen verheerende Auswirkungen haben. Vielmehr bedürfe es ganz besonders bei jungen Erwachsenen einer zielgenauen Unterstützung und einer pädagogischen Begleitung, die Probleme und Bedürfnisse der jungen Menschen im Blick hat.

Die Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeige deshalb genau den richtigen Weg auf. „Wenn die Politik ernsthaft junge Menschen aus dem Hartz-IV-Bezug in reguläre Arbeit bringen und so Armut verhindern möchte, muss sie sich bewegen“, fordert Sackarendt. Der SoVD-Chef appelliert daher ebenfalls an die Landtagsabgeordneten, die Überprüfung der gesetzlichen Regelungen zu forcieren und sich im Bundesrat für eine Reform einzusetzen.

Auch Niedersachsens Sozialministerin Carola Reimann plädiert für eine Abschaffung der verschärften Sanktionen für



Foto: Stefanie Jäkel

Ungleichbehandlung bei Hartz IV: Für junge Menschen unter 25 gelten verschärfte Sanktionen.

junge Erwachsene unter 25 Jahren: „Diese von den Betroffenen teilweise als drakonisch empfundenen Sanktionen sind dem Vertrauen in den Sozialstaat insgesamt nicht zuträglich und wirken meiner Überzeugung nach eher kontraproduktiv. Im

schlimmsten Fall wenden sich die Leistungsberechtigten vom Jobcenter ab.“ Damit werde eine nachhaltige Integration in Arbeit oder Ausbildung sogar noch erschwert. „Deshalb setze ich mich auf der Bundesebene dafür ein, dass die Sanktions-

regelungen für alle Altersgruppen vereinheitlicht werden“, so Reimann weiter. Gleichzeitig betonte die Sozialministerin allerdings: „Dies bedeutet keine Abkehr vom Prinzip des Förderns und Forderns, das im Kern richtig bleibt.“

Armutrisiko Pflege: SoVD appelliert an Landesregierung

Eigenanteile in der Heimpflege senken

Pflege wird zunehmend zum Armutrisiko: Die ständig steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege belasten pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen immer stärker. Der SoVD in Niedersachsen sieht hier dringenden Handlungsbedarf und fordert wirkungsvolle Gegenmaßnahmen seitens der Landesregierung.

Die finanziellen Belastungen der Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen in Niedersachsen betragen mittlerweile 1.647 Euro im Monat, der Bun-

desdurchschnitt liegt sogar bei 1.962 Euro. Das zeigt eine aktuelle Analyse des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen.

Neben den steigenden einrichtungseinheitlichen Eigenanteilen haben sich vor allem die Investitionskosten in der stationären Pflege in den letz-

ten Jahren zu einem großen Kostenfaktor für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen entwickelt. Dazu zählen etwa die Kosten für Umbau- oder Ausbaumaßnahmen, Modernisierungsarbeiten oder Instandhaltung der jeweiligen Einrichtung. Die Heimbewohner in Niedersachsen müssen dafür zurzeit im Schnitt 539 Euro pro Monat bezahlen. „Die Investitionskosten machen damit in unserem Bundesland inzwischen fast ein Drittel der finanziellen Belastungen der Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen aus“, kritisiert der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt.

Ein Grund für diese Entwicklung ist, dass Niedersachsen sich vor einigen Jahren aus der Investitionskostenförderung in der stationären Dauerpflege zurückgezogen hat. Seitdem unterstützt das Land nur noch Kurzzeitpflegeeinrichtungen,

teilstationäre Einrichtungen der Dauerpflege und ambulante Pflegedienste.

„Die Länder sind per Gesetz für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur verantwortlich“, betont Sackarendt. Dies umfasse auch die finanzielle Unterstützung bei den betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen von Pflegeeinrichtungen.

Der SoVD in Niedersachsen fordert die Landesregierung daher dazu auf, die Förderung der Investitionskosten auch in der stationären Dauerpflege wieder aufzunehmen. „Das wäre zumindest fürs Erste ein wichtiger Schritt, um dem Armutrisiko Pflege etwas entgegenzusetzen“, so Sackarendt. Langfristig will Niedersachsens größter Sozialverband eine insgesamt gerechtere Finanzierung des Pflegesystems erreichen.

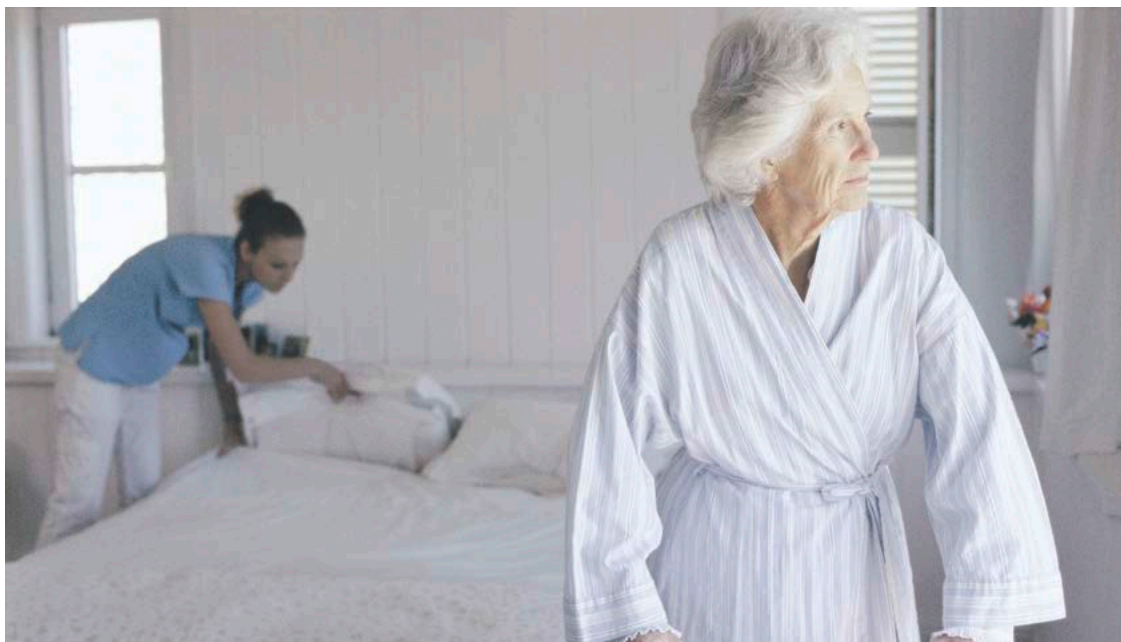


Foto: Veer Incorporated

Stationäre Pflege: Heimbewohner stehen vor immer größeren finanziellen Herausforderungen.

Landearmutskonferenz warnt vor mehr sozialer Spaltung

Teurere Lebensmittel verschärfen Armut

Angesichts des Spitzentreffens im Kanzleramt zu Dumpingpreisen bei Lebensmitteln warnt die Landesarmutskonferenz (LAK) Niedersachsen, ein Bündnis von SoVD und vielen weiteren Partnern, vor den sozialen Folgen einer Verteuerung von Lebensmitteln.



Foto: Pixabay / Alexas_Fotos

Damit der Einkaufswagen nicht leer bleibt: Die LAK fordert bei der Verteuerung von Lebensmitteln einen sozialen Ausgleich.

„Die Diskussion um die Verteuerung von Lebensmitteln ist notwendig und wird von der LAK Niedersachsen begrüßt“, betont deren Geschäftsführer Klaus-Dieter Gleitze. „Die Lebensmittelkonzerne wälzen mit Dumpingpreisen die Kosten un-

ter anderem auf die kleinen Lebensmittelproduzenten ab und treiben immer mehr Bauern in existenzielle Krisen.“ Aus ethischer Sicht müssten außerdem dringend die Bedingungen unserer Lebensmittelproduktion diskutiert werden. „Was aber

auf keinen Fall passieren darf, ist die zusätzliche Belastung durch eine Lebensmittelverteuerung ohne sozialen Ausgleich für Menschen, die von Armut bedroht sind“, stellt Gleitze klar. „Wenn Lebensmittel teurer werden ohne Ausgleich für Arme,

wird die Armut verschärft und die soziale Spaltung im Land noch weiter vertieft.“

Schon heute müssen über 1,5 Millionen Menschen regelmäßig die Tafeln in Deutschland aufsuchen, weil ihnen für ausreichende Ernährung das Geld fehlt. Hartz-IV-Empfängern stehen von ihrem Regelsatz pro Tag 5,02 Euro für Ernährung zur Verfügung, Kindern und Jugendlichen je nach Alter sogar nur 60 oder 70 Prozent davon.

„Die explodierenden Mietkosten in Ballungsräumen stellen viele Menschen jetzt schon vor existenzielle Sorgen. Wenn nun noch Lebensmittel ohne sozialen Ausgleich verteuert werden, sorgt das in einem der reichsten Länder der Welt für enormen gesellschaftlichen Sprengstoff mit dramatischen Folgen“, so Gleitze weiter.

Die LAK fordert daher unter anderem die sofortige Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze um mindestens 20 Prozent,

die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 13 Euro, den Ausbau der Grundrente zu einer armutsfesten Alterssicherung sowie die Einführung einer bedarfsdeckenden und einkommensorientierten Kindergrundsicherung.

Auch für den SoVD als LAK-Bündnispartner steht die Bekämpfung von Armut heute an erster Stelle, wenn es um die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und Frieden geht. Noch in diesem Monat startet Niedersachsen größter Sozialverband die landesweite Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“. „Wir wollen die Probleme in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und die Politik endlich zum Handeln bewegen“, erklärt der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt. „Denn leider passiert hier aus unserer Sicht immer noch viel zu wenig.“

Mehr Infos zur SoVD-Kampagne finden Sie im Internet unter www.armutsschatten.de.

Behinderten-Pauschbetrag: SoVD in Braunschweig fordert Verdoppelung

Anpassung längst überfällig

Der SoVD in Braunschweig macht sich für eine spürbare Anhebung des Behinderten-Pauschbetrags stark. Seit 1975 wurde der Nachteilsausgleich nicht mehr erhöht. In der Region Braunschweig haben rund 114.000 Menschen Anspruch auf die steuerliche Erleichterung.



Foto: Barbara Dräger

Viel zu wenig: Der Behinderten-Pauschbetrag ist bis heute auf dem Niveau von 1975 eingefroren.

Der Behinderten-Pauschbetrag dient als Ausgleich für Menschen mit Behinderungen und soll die laufenden Aufwendungen für Hilfen bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens sowie für die Pflege abgelden.

„Seit 1975 wurde dieser wichtige steuerliche Nachteilsausgleich nicht erhöht“, sagt Kai

Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, und fordert: „Eine Verdoppelung des Behinderten-Pauschbetrags ist überfällig.“

Es sei längst an der Zeit, den Betrag zu dynamisieren und an die heutige Einkommensentwicklung anzupassen. „Die Möglichkeit, Mehraufwendungen mit Einzelnachweisen geltend zu machen, ist praxisun-

tauglich und überfordert viele Betroffene“, kritisiert Bursie.

Die Bundesregierung weist dagegen darauf hin, dass die Möglichkeiten der steuerlichen Anerkennung behinderungsbedingter Mehraufwendungen an anderer Stelle verbessert wurden. Eine Erhöhung des Behinderten-Pauschbetrags um 50 Prozent würde zu Mindereinnahmen von 470 Millionen Euro führen. Bei einer Verdoppelung des Pauschbetrags lägen die Mindereinnahmen bei rund 930 Millionen Euro.

Allein in der Stadt Braunschweig haben rund 20.000 Menschen Anspruch auf den Behinderten-Pauschbetrag, in der gesamten Region sind es etwa 114.000. Voraussetzung ist der Nachweis einer Behinderung durch die zuständige Behörde, der mit der Steuererklärung für den jeweiligen Veranlagungszeitraum eingereicht werden muss. Neben einem Schwerbehindertenausweis können auch ein Feststellungsbescheid, eine besondere Bescheinigung durch das Versorgungsamt oder der Rentenbescheid als Nachweis der Behinderung dienen.

SPENDENAKTION

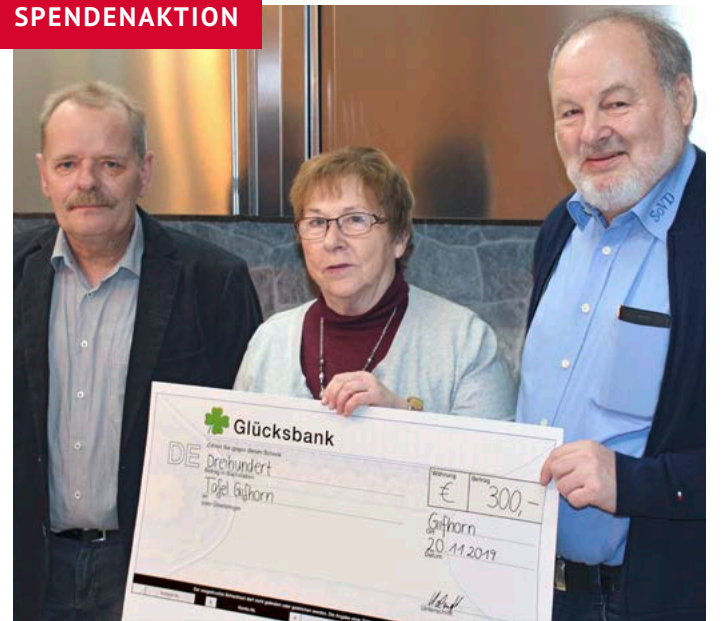


Foto: Berko Härtel

SoVD-Kreisverband überreicht Schecks an Gifhorner und Wittinger Tafeln

Der Kreisvorstand des SoVD in Gifhorn übergab eine Geldspende von jeweils 300 Euro an Edeltraud Sack von der Gifhorner Tafel (Foto) sowie an Laura Osterloh-Gailliaert von der Wittinger Tafel.

Die beiden Tafeln im Landkreis Gifhorn betreuen mit ihren ehrenamtlichen Mitarbeitern mehr als 5.000 bedürftige Personen – Tendenz steigend. Dementsprechend groß war die Freude über die Zuwendung des SoVD. „Eine Spende an die Gifhorner Tafeln ist ein guter Weg, weil den Bedürftigen so direkt und ohne bürokratische Umwege geholfen wird. Das unterstützen wir gerne“, sagt der SoVD-Kreisvorsitzende Heinz-Ulrich Kabrodt (rechts im Bild). Der SoVD und die Tafeln verfolgen das gemeinsame Ziel, sozial benachteiligten Menschen zu helfen. Beide gemeinnützigen Organisationen bemängeln, dass im wirtschaftsstarken Landkreis Gifhorn immer mehr Menschen in finanzielle Not geraten und sich grundsätzliche Dinge wie ausreichend gesunde Lebensmittel nicht mehr leisten können.

SoVD im Emsland trifft Harener Behindertenbeauftragten

Ein Lotse für Ratsuchende

SoVD-Aktive aus dem Kreisverband Emsland und dem Ortsverband Haren haben sich mit Michael Wernicke, dem ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Haren, über gemeinsame Ziele bei der Arbeit für Menschen mit Behinderungen ausgetauscht.



Foto: Heinrich Schepers

Haben dieselben Ziele im Blick (von links): Bernhard Sackarendt, SoVD-Kreisvorsitzender im Emsland, Bernhardine Schnieders, SoVD-Ortsvorsitzende in Haren und der Harener Behindertenbeauftragte Michael Wernicke mit weiteren SoVD-Aktiven.

Das Engagement des SoVD im Emsland mit den Ortsverbänden Haren und Rütenbrock hat dafür gesorgt, dass im Jahr 2019 ein Behindertenbeauftragter in der Stadt Haren eingesetzt werden konnte. Dieses Ehrenamt hat Michael Wernicke übernommen. „Als Ansprechpartner für Menschen mit Behinderungen will ich Ratsuchenden Mut machen und ihnen Lösungswege aufzeigen“, erklärte der 47-Jährige jetzt bei einem Treffen mit

SoVD-Aktiven aus dem Kreisverband Emsland und dem Ortsverband Haren.

„Ich habe während meiner Erkrankung lernen müssen, welche Hilfen es gibt und wo ich Unterstützung bekommen kann“, so Wernicke, der 2015 in kurzer Folge zwei Schlaganfälle erlitten hatte und seitdem halbseitig gelähmt ist. Dieses Wissen könne er nun als Lotse für Ratsuchende nutzen und weitergeben. Dabei setze er

auch auf die Hilfe des SoVD: „Ich habe hier immer gute Ratschläge und außerdem wichtige Unterstützung bei sozialrechtlichen Fragen bekommen.“ Auch auf Ortsebene sehe er viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die Vertretung der Interessen von Menschen mit Behinderungen sei schließlich ein gemeinsames Ziel.

Der SoVD-Kreisvorsitzende Bernhard Sackarendt lobte Wernickes Engagement und bekräftigte: „Ich bin sicher, dass es eine gute Basis für den gemeinsamen Einsatz für Menschen gibt, die Hilfe und Rat benötigen.“ Er freue sich, dass die Stadt Haren mit Wernicke einen kompetenten Ansprechpartner erhalten habe, der den Betroffenen auch aufgrund seiner eigenen Erfahrung auf Augenhöhe begegne.

„Wir sind Michael Wernicke sehr dankbar für seinen Einsatz“, betonte auch die Harener SoVD-Ortsvorsitzende Bernhardine Schnieders. Sie hoffe auf eine gute Zusammenarbeit bei Aktionen für Menschen mit Behinderungen und auch künftig einen regen Austausch über gemeinsame Themen.

SoVD in der Wesermarsch erstreitet mehr als 400.000 Euro für Mitglieder

Kreisverband zieht Jahresbilanz

Der SoVD im Landkreis Wesermarsch hat im vergangenen Jahr für seine Mitglieder 500 Verfahren gegen Behörden, Ämter und Sozialleistungsträger geführt – in den meisten Fällen mit Erfolg.



Foto: Lennart Helal

Gute Beratung, zufriedene Mitglieder: Der SoVD in der Wesermarsch kann auf ein erfolgreiches Jahr 2019 zurückblicken.

406.341 Euro: Diese Summe hat der SoVD in der Wesermarsch 2019 insgesamt an Zahlungen für seine Mitglieder erstritten. Sozialberaterin Bettina Ashauer vom SoVD-Beratungszentrum Brake emp-

fehlt, die Ablehnung von sozialrechtlichen Anträgen kritisch zu beleuchten und im Zweifel kompetenten Rat beim SoVD einzuholen: „Die Zahlen zeigen, dass sich ein Widerspruch in strittigen Fällen lohnt – wir ha-

ben in mehr als jedem zweiten Verfahren Erfolg.“

Auch wenn der Gang vor das Sozialgericht erforderlich wird, steht der SoVD seinen Mitgliedern zur Seite. „Soziale Gerechtigkeit wird immer öfter vor Gericht erstritten“, sagt Jürgen Bley, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Wesermarsch. „Dies zeigt, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger in der Wesermarsch von sozialen Härten getroffen werden.“

Sozialberaterin Ashauer vertritt die SoVD-Mitglieder nicht nur in Streitfällen. Sie berät darüber hinaus auch zu allen Fragen rund um das Sozialrecht und hat 2019 rund 40 Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten erstellt. Die Schwerpunkte im Beratungszentrum Brake liegen im Bereich Pflege, beim Schwerbehinderten- und Rentenrecht sowie weiteren Ansprüchen nach dem Sozialgesetzbuch.

EHRENAMTLICHE WOHNBERATUNG

SoVD vermittelt kostenlose Fortbildung

Wie lässt sich meine Wohnung fürs Alter barrierefrei machen? Was muss im Fall einer Pflegebedürftigkeit umgebaut werden? Fragen wie diese beantwortet die ehrenamtliche Wohnberatung. Ihr Ziel: Menschen im Alter länger ein selbstständiges, selbstbestimmtes und sozial eingebundenes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Für Menschen mit Einschränkungen oder ihre Familien können ehrenamtliche Wohnberaterinnen und -berater eine erste Anlaufstelle und wichtige Hilfe sein.

Allen Mitgliedern, die sich ehrenamtlich in diesem Bereich engagieren möchten, vermittelt der SoVD in Niedersachsen auf Wunsch die kostenfreie Teilnahme an Fortbildungen bei der Niedersächsischen Fachstelle für Wohnberatung. Die nächste Veranstaltungsreihe beginnt am 26. März in Hannover und erstreckt sich bis Mai über

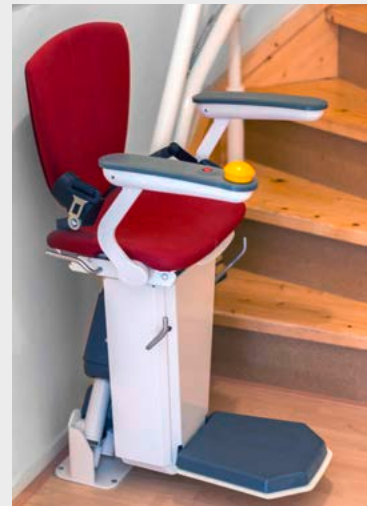


Foto: Pixabay / sabinevanerp

Beispiel Treppenlift: Die Wohnberatung hilft, Lösungen für ein selbstbestimmtes Leben zu Hause zu finden.

insgesamt drei Termine. Sie möchten dabei sein und in der ehrenamtlichen Wohnberatung aktiv werden? Dann melden Sie sich einfach per E-Mail an ehrenamt@sovd-nds.de oder telefonisch unter 0511 70148-46.

TERMIN



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: WhatsApp-Sprechstunde im März

Sie haben nur mal eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragdenSoVD.

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den monatlichen Terminen beantworten SoVD-Beraterinnen und -Berater Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Am besten gleich vormerken: Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 3. März 2020 von 17 bis 18 Uhr statt.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Christian Winter
Tel.: 0511 70148-54

Leitung:
Stefanie Jäkel
Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Erinnerungsstätte für Zwangsarbeiterkinder in Osnabrück

SoVD weiht „Erzählstein“ ein

Die vom SoVD im Osnabrücker Land mitinitiierte Gedenkstätte für verstorbene Zwangsarbeiterkinder auf dem Heger Friedhof in Osnabrück ist um ein Element reicher: Ein „Erzählstein“ vermittelt den Besuchern ab sofort die Geschichte der jungen Opfer des NS-Regimes.



Foto: Dieter Hölscher

Feierliche Enthüllung (von links): der SoVD-Kreisvorsitzende Gerd Groskurt, Peter Ebbrecht von der AWO, Eva Güse von der Osnabrücker Stadtverwaltung und der Landtagsabgeordnete Clemens Lammerskitten bei der Einweihung des „Erzählsteins.“

Während des Zweiten Weltkriegs wurden junge Frauen aus verschiedenen Ländern zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt und gezwungen, schwere körperliche Arbeiten in Fabriken, Betrieben und an vielen anderen Stellen zu verrichten – so auch im Raum Osnabrück. Einige dieser Frauen waren oder wurden schwan-

ger. Da man auf ihre Arbeitskraft nicht verzichten wollte, entriss man den Müttern die Kinder direkt nach der Geburt und kümmerte sich nur mangelhaft um die neugeborenen Babys. Viele der Kinder lebten oft nur wenige Tage oder Stunden und wurden auf dem Heger Friedhof formlos beerdigt und vergessen.

Seit Herbst 2018 erinnern dort drei mit insgesamt 105 Namen versehene Säulen an die jungen Opfer des NS-Regimes. Ein Bündnis des SoVD mit der AWO und der Initiative „Spurensuche Osnabrück“ hatte die Gedenkstätte initiiert, die jetzt um ein weiteres Element ergänzt wurde: Auf einem „Erzählstein“ haben Schülerinnen und Schüler der Alexanderschule aus Wallenhorst das Unsägliche in Worte gefasst und fordern dazu auf, das Gelesene weiterzuerzählen, damit – so steht es dort – „solch eine Missetat nie wieder geschehe!“

Bei der feierlichen Einweihung des Steins warnte der SoVD-Kreisvorsitzende Gerd Groskurt ausdrücklich vor einer Wiederholung der Geschichte: „Populistische Extremisten packen die alten Wahnideen wieder aus, sie suchen das Heil wieder dort, wo das Unheil begonnen hat. Wohin diese Geister uns führen, darüber gibt dieser Erzählstein mit seiner Geschichte Auskunft. Er sollte uns alle mahnen.“

Paritätischer zeichnet Ehrenamtliche aus

SoVD-Aktive geehrt



Ausgezeichnet für ihr ehrenamtliches Engagement: Elfriede Rosin (im Bild mit Ministerpräsident Stephan Weil) ...

Anlässlich seines 70-jährigen Bestehens hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen rund 100 ehrenamtlich Aktive aus ganz Niedersachsen mit dem Goldenen Ehrenzeichen des Verbands ausgezeichnet. Gemeinsam mit Ministerpräsident Stephan Weil ehrten Vorstand und Verbandsrat des Paritätischen Menschen, die sich auf vielfältige Weise für andere und für die Gesellschaft einsetzen. „Ohne diese Menschen gäbe es unseren Verband



Fotos (2): Dirk Swinke

... und Ingeborg Saffe (mit Thomas Hermann, Bürgermeister der Stadt Hannover und stellvertretender Oberbürgermeister).

und einen großen Teil des sozialen Niedersachsens nicht“, sagte Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Landesverbands.

Unter den Ausgezeichneten waren auch zwei SoVD-Aktive: Elfriede Rosin, 2. SoVD-Landesvorsitzende und Vorsitzende des SoVD-Kreisverbands Lüneburg-Lüchow, durfte sich genauso über die Anerkennung freuen wie Ingeborg Saffe, Vorsitzende des SoVD-Kreisverbands Hannover-Stadt.

BMAB-JUGENDCAMP

Eine Woche Spaß und Action

Mit Prothese in den Hochseilgarten und ins Kanu, Schwimmen, Reiten, Bogenschießen, Handicap-Tauchen mit Sauerstoffflasche im Spaßbad Melendorf, ein Sporttag mit bekannten Behindertensportlern und vieles mehr: Mit dieser europaweit einmaligen Veranstaltung bietet der Bundesverband für Menschen mit Arm- und Beinamputationen (BMAB) betroffenen Kindern im Alter von 8 bis 17 Jahren die Gelegenheit, ihr Selbstbewusstsein in Bezug auf die eigene Behinderung zu stärken. So können sie acht Tage lang ganz unbeschwert selbst sein und ihre Grenzen ausloten – umfassend unterstützt durch ein qualifiziertes Team von Betreuern, von denen viele ebenfalls Amputierte oder Prothesenträger sind.

Termin: 30. Juli bis 6. August 2020 in der Wedemark bei Hannover.

Infos und Anmeldung unter www.ampucamp.de.

Hans-Dietrich-Genscher-Preis

Lebensretter gesucht!

Am 17. Juni 2020 verleiht die Johanniter-Unfall-Hilfe wieder den Hans-Dietrich-Genscher-Preis und den Johanniter-Juniorenpreis. Noch bis Ende März können Kandidaten vorgeschlagen werden.



Foto: Rainer Surrey

Berühmter Namensgeber: der 2016 verstorbene Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher – hier bei der Preisverleihung 2013.

Wer kennt Menschen, die in den vergangenen zwei Jahren ganz besonderes Engagement bewiesen haben, um anderen Menschen zu helfen oder ihnen gar das Leben zu retten?

Egal ob Laie oder Rettungsprofi: Gesucht werden Alltagshelden, die in einer brenzligen Situation ihre Bedürfnisse zurückstellen und sich mutig für

andere einsetzen. Die Johanniter-Unfall-Hilfe würdigt solche Retter und ihr couragiertes Handeln mit dem Hans-Dietrich-Genscher-Preis und dem Johanniter-Juniorenpreis.

Vorschläge und Nominierungen können noch bis zum 31. März 2020 im Internet unter www.genscherpreis.de eingereicht werden.

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen

SOVD

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht

Unsere Beratung gibt Ihnen Sicherheit



Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31
30159 Hannover
Tel. 0511 70148-0
Fax 0511 70148-70
info@sovd-nds.de
www.sovd-nds.de

Landesweite Berichterstattung über Kritik des SoVD NRW zum Thema Wohnen und Bauen

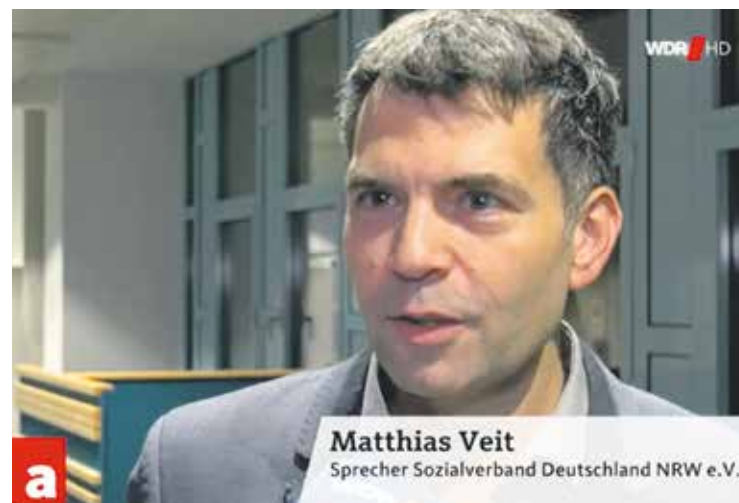
Zu wenige barrierefreie, bezahlbare Wohnungen

Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware in Nordrhein-Westfalen. Welche Forderungen hat der SoVD NRW in diesem Zusammenhang? Der SoVD NRW hatte hier gleich zu Beginn des Jahres ausführlich Gelegenheit, öffentlich Stellung zu nehmen. In mehreren Medien konnten Verbandsvertreter eindringlich dessen Positionen erklären und sich für die Menschen starkmachen.

So nahm sich die Rheinische Post auf Initiative des SoVD NRW ausführlich des Themas an und wollte wissen, wie es eigentlich um die Barrierefreiheit im Wohnungsbau stehe. Bauministerin Ina Scharren-

bach (CDU) hatte in der Vergangenheit mehrfach erklärt, dass der Neubau in NRW mit der neuen Landesbauordnung nun grundsätzlich barrierefrei sei. Doch dem sei leider nicht so, erklärten SoVD-NRW-Lan-

desgeschäftsführer Markus Gerdes und Dr. Michael Spörke, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Landesverband, im Gespräch mit Kirsten Bialdiga, der Landespolitik-Chefkorrespondentin der Rheinischen Post.



Screenshot: WDR / SoVD NRW

Nicht nur in der Rheinischen Post war die Meinung des SoVD NRW gefragt. Hier nimmt Matthias Veit im WDR-Fernsehen Stellung.

Wohnbedürfnisse von Menschen mit Behinderung

Wer im Rollstuhl sitze, der könne sich eben nicht ohne Einschränkungen in Wohnhäusern bewegen, auch nicht in Neubauten. Aber nicht nur Rollstuhlnutzende seien betroffen und würden auf der Suche nach einer geeigneten Wohnung stark eingeschränkt, sondern vor allem auch Menschen mit Hör- und Sehbehin-

derung, gaben Gerdes und Dr. Spörke zu Protokoll. Aktuell sei beispielsweise nicht verbindlich vorgeschrieben, dass Handläufe von Treppen farblich vom Hintergrund abzusetzen sind. Auch eine unterschiedliche farbliche Gestaltung von Wand und Boden zur besseren Orientierung von Menschen mit Sehbeeinträchtigung sei keine Pflicht. „Für bettlägerige Menschen wäre zudem wichtig, dass die Verordnung Fenster in Sitzhöhe zwingend auch im Schlafzimmer vorsieht“, so Spörke. Andernfalls könnten die Betroffenen unter Umständen nur den Himmel sehen.

Architekt*innen verpflichtet, auf die Bedürfnisse von seh- und hörbehinderten Menschen Rücksicht zu nehmen. Ein gutes Angebot an senioren- und behindertengerechten Wohnungen sorgte für Attraktivität und werde sich immer stärker als Standortvorteil erweisen.

Der SoVD NRW wird sich jedenfalls weiter für echte Barrierefreiheit einsetzen. Dr. Michael Spörke: „Wir wollen die Barrierefreiheit, die uns die Landesregierung versprochen hat!“

Politik darf Lösungen nicht dem Markt überlassen

Auch im WDR-Fernsehen war der SoVD NRW mit dem Thema präsent. In der Sendung „WDR aktuell“ erklärte Landespressesprecher Matthias Veit: „Wir brauchen mehr Wohnraum in öffentlicher Hand. Die Kommunen müssen selbst bauen. Der Markt regelt die Probleme nicht. Die Politik muss sich da einmischen und darf nicht zuschauen, sonst spaltet sich unsere Gesellschaft noch stärker.“

Barrierefreies Bauen als Vorteil statt „zu teuer“

Markus Gerdes ging auch auf das Thema Baukosten ein. Barrierefreiheit mache das Bauen keineswegs zwingend teurer, auch wenn das immer wieder behauptet werde. Gerdes verwies auf die Regelungen im Nachbarbundesland Rheinland-Pfalz. Dort seien

Ministerium präsentiert digitale Hilfe für NRW – SoVD weist auf Probleme hin

Suche nach Heimplatz per App

Wer verreisen möchte und ein Hotel sucht, muss dafür schon lange nicht mehr unbedingt ins Reisebüro. Heutzutage kann man sich ganz selbstverständlich auch im Internet, also online, informieren. Praktische Apps fürs Smartphone machen die Suche seit Jahren sogar noch etwas komfortabler. Wer aber einen freien Platz in einem Pflegeheim finden wollte, der musste bisher Einrichtung „abklappern“ und durchtelefonieren. In NRW soll ein neues Angebot das jetzt ändern.

Landesminister Karl-Josef Laumann (CDU), zuständig für Arbeit, Gesundheit und Soziales, hat eine App vorgestellt, die Abhilfe schaffen soll: den

„Heimfinder NRW“. Dieses im Rhein-Kreis Neuss mit eigenem Personal entwickelte Programm funktioniert nun auch NRW-weit. „Wo gibt es in mei-

ner Nähe einen freien Pflegeplatz?“ – Darüber gibt die App bequem Auskunft und entlastet Betroffene oder deren Angehörige.

Der SoVD NRW fordert seit Jahren einen Ausbau der Beratungsstruktur im Bereich Pflege und sieht in der App daher durchaus ein sinnvolles Werkzeug. Es gibt allerdings auch Kritik. Dr. Michael Spörke, Leiter der Abteilung Sozialpolitik im Landesverband, erklärt: „Beratung und Hilfe bei der Suche nach einem Platz sind gut, doch ändert das leider nichts am zu geringen Angebot. Das zeigt die App nämlich auch: dass man dort, wo man einen Heimplatz sucht, leider oftmals einfach nicht fündig wird. Und da muss sich etwas tun!“

Die App ist kostenlos und in allen „Stores“ erhältlich. Wer lieber auf dem klassischen Heim- oder Bürocomputer suchen will, kann auch die Web-Version des Programmes benutzen unter der Internetadresse: www.heimfinder.nrw.de.



Jetzt in allen Appstores.
www.heimfinder.nrw.de

Foto/Grafik: MAGS

Eine Online-Suche, die es auch als App gibt, soll freie Plätze in Pflegeheimen anzeigen. Doch die sind in vielen Gegenden NRWs nicht nur schwer zu finden, sondern schlichtweg nicht vorhanden.



Screenshot: WDR / SoVD NRW

Beim WDR konnte der SoVD sich und seine Forderungen vorstellen.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Bochum-Hattingen

Die Ortsverbände des Kreisverbandes Bochum-Hattingen waren im Januar ins Bochumer Kolpinghaus eingeladen. Dabei ging es darum, den neuen Leiter der Kreisgeschäftsstelle in Bochum, Dennis Bangert, kennenzulernen. Die Veranstaltung war mehr als gut besucht, die Neugier groß. Bangert griff beherzt zum Mikrophon, sprach über seinen beruflichen Werdegang als Jurist und kam schnell zu seinem Kerngeschäft im SoVD, der Sozialrechtsberatung. Viele Fragen zum Schwerbehinderterrecht, zur Rente, zu Streitigkeiten mit Krankenkassen und vielem anderem konnte er aus dem Stand beantworten. Beim anschließenden Essen diskutierten alle noch munter weiter.



Bochum-Hattingens Kreisvorsitzende und SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König mit SoVD-Jurist Dennis Bangert und der Kreisfrauensprecherin Elke Köhn (v. li.).

Kreisverband Westfalen-Ost / Ortsverband Brilon

Der Ortsverband Brilon im Kreisverband Westfalen-Ost traf sich zur Jahreseröffnung im Hotel am Kurpark. Franz Schrewe, Landesvorsitzender des SoVD und Ehrenbürgermeister der Stadt, ehrte bei dieser Gelegenheit gemeinsam mit der Kreisvorsitzenden Karin Bäcker (auf dem Foto re.) und der Kreis-schriftführerin Margret Simon (li.) treue Mitglieder. Reinhard Höfs ist seit 25 Jahren im SoVD und Ferdinande Luckey seit 20 Jahren. Gabriele Hepp, Margarete Humpert, Wilfried Humpert, Rosemarie Reinholtz und Anneliese Scholz sind 10 Jahre dabei.



Kreisverband Bochum-Hattingen

Kreisverband Lübbecke / SoVD in Ostwestfalen-Lippe

Das erste Kreisfrauensprecherinnen-Treffen des SoVD in OWL dieses Jahr fand am 15. Januar in der SoVD-Geschäftsstelle in Lübbecke statt. Die Teilnehmerinnen besprachen Veranstaltungen für 2020 und tauschten sich über Themen wie den Internationalen Frauentag, den Equal Pay Day und Fachvorträge aus.



Kreisverband Westfalen-Ost / Ortsverband Brilon



Frauensprecherinnen des SoVD in Ostwestfalen-Lippe, v. li.: Sylvia Post (Kreisverband Lübbecke), Brigitte Völker (Kreisverband Minden) und Gisela Möller (Kreisverband Herford).



Foto: Helmut Eitzkorn

Die Teilnehmenden aus dem Landesverband beim Workshop.

Seminar stellt Weichen für positive Weiterentwicklung

Zukunft und Aufgaben des SoVD NRW

„Was läuft gut in unserem Verband und wo sind unsere Stärken? Was ist schwierig und wo liegen unsere Zukunftschancen? Was kommen für Schwierigkeiten auf den SoVD NRW zu?“ – Fragen zur Zukunft und zu den Aufgabenschwerpunkten stellte sich der Landesvorstand zu Beginn der neuen Legislaturperiode bei einem Seminar in Herdecke.

Unter der Regie der Team- und Organisationsberatung Remus ging es darum, in kleinen Teams eine kritische Bestandsaufnahme zu machen und zu beraten, wie sich der SoVD als moderner und serviceorientierter Dienstleister gemeinsam mit dem Haupt- und Ehrenamt die Arbeit in den kommenden Jahren vorstellt. „Eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft! Nur gemeinsam und auf allen Ebenen können wir uns positiv weiterentwickeln“, so der 1. Landesvorsitzende Franz Schrewe zum Auftakt des Treffens im Sauerland.

Gelobt wurden die Besinnung auf die Wurzeln, die soziale Kompetenz besonders in der Beratung der Mitglieder und Ratsuchenden, die kostenlose Erstberatung für Interessierten Ziele und kussierung auf Interessen. Als Verband, der ohne staatliche Zuschüsse aktiv ist, sei man weder an politische noch an behördliche Vorgaben gebunden, so der Tenor in den Arbeitsgruppen.

Als Schwächen machten diese jedoch das Kirchturmdenken in manchen Gliederungen, den Mitgliederverlust in einigen Kreisen, die verbesserungswürdige Außendarstellung, das Fehlen an jüngeren Nachwuchskräften in den Vorständen, die noch nicht optimale und einheitliche Technikausstattung und das Verfolgen von Einzelinteressen einiger Funktionäre aus.

Chancen sahen die Teams darin, die Außendarstellung zu verbessern sowie noch intensiver die sozialen Netzwerke für die Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Der SoVD NRW müsse seine Orts- und Kreisverbände stärken und die virtuelle Präsenz in jenen Netzwerken weiter erhöhen. Hauptaufgabe sei es auch, eine intensive Mitgliederbindung der SoVD zu erreichen. Diskutiert wurde über die Möglichkeit von Fördermitgliedschaften, mehr öffentliche Veranstaltungen, eine höhere Kampagnenfähigkeit bei Aktionen und eine stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund ins Organisationsgeschehen.

Schließlich ging es auch um Wege der Zusammenarbeit von Ortsverbänden über Gemeindegrenzen hinaus, bessere gesetzliche Regelungen für gemeinnützige Vereine, die Schaffung von Callcentern für eine optimale Erreichbarkeit auch außerhalb der Bürozeiten in den Sozialberatungszentren und um weitere Schulungsangebote, beispielsweise zur sich ständig verändernden Steuergesetzgebung.

Die Ergebnisse des Seminars analysieren das Team der Landesgeschäftsstelle und der Landesvorstand jetzt. Auch der Organisations- und Finanzausschuss wird sich damit zeitnah befassen und Vorschläge zur praktischen Umsetzung der erkannten Probleme und zu Lösungsansätzen machen.

hpe

Gemeinsam auf allen Ebenen den Verband fortentwickeln

Zahlreiche Vorschläge für Verbesserungen nach innen und außen



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Gelsenkirchen-Bottrop

Am 26. Januar feierte der SoVD-Kreisverband Gelsenkirchen-Bottrop mit seinen Mitgliedern und Gästen Karneval – zum 67. Mal gemeinsam mit der KG Bismarcker Funken e. V.

Ein Höhepunkt an diesem Nachmittag im AWO-Begegnungszentrum Grenzstraße waren die Besuche des Prinzenpaares der Stadt Gelsenkirchen, Prinz Martin I. (Gemsa) und Ihrer Lieblichkeit Prinzessin Martina III. (Huse), sowie des Kinderprinzenpaares Ruven I. (Albrecht) und Maxima I. (Tiemann) von der KG Gelsenkirchener Narrenzunft 1976 e.V. Beide Prinzenpaare hatten ihren Hofstaat und die Prinzengarde dabei. Die Bismarcker Funken sorgten wieder für ein fulminantes Programm, das dem Anlass gerecht wurde.

Es gab auch jede Menge Orden. Viele verdiente Mitglieder des SoVD und der KG Bismarcker Funken sowie fleißige Helferinnen und Helfer der AWO wurden für ihre Verdienste ausgezeichnet. Der 1. Kreisvorsitzende Dieter Harwardt und die 2. Kreisvorsitzende Petra Kasprusch sprachen Norbert Possemeyer, dem ehemaligen 1. Schatzmeister der KG Bismarcker Funken, ganz besonderen Dank aus. Mit ihm rechnete der SoVD die Veranstaltung 30(!) Jahre lang ab.

Aber auch für Kasprusch selbst war es eine emotionale Sitzung; denn sie nahm als Organisatorin der Veranstaltung aus gesundheitlichen Gründen Abschied. Viele Jahre hatte sie sich mit vollem Einsatz darum gekümmert, dass die Sitzung ein Erfolg wird und sich die Karten gut verkaufen. Dafür erhielt sie unter anderem den Sessionsorden der Stadt Gelsenkirchen und viele weitere Auszeichnungen. Am Ende gab es für sie sogar Jubelrufe und stehende Ovationen. Der SoVD sagt: „Danke, Petra Kasprusch!“



Ortsverband Bottrop

Ortsverband Bottrop

Der Ortsverband Bottrop ehrte seine Jubilar*innen. Neben vielen Mitgliedern konnte er zur Versammlung auch Ehrengäste begrüßen, zum Beispiel Bürgermeisterin Monika Budke (CDU) und Oberbürgermeister Bernd Tischler (SPD, auf dem Foto in der Mitte). Beide waren auch bereits 2018 gern gesehene Gäste. „Eine sehr gelungene Veranstaltung!“, fand etwa Schriftführer Walter Stratmann.

Ortsverband Minden-Stadtmitte

Ehrungen standen auch bei der Versammlung in Minden-Stadtmitte im November an. 1. Ortsvorsitzender Heinz Schwiering begrüßte 34 Mitglieder, davon acht zu ehrende. Zudem konnte der Ortsverband 58 Neuzugänge verzeichnen. Schwiering bedankte sich beim Vorstand und den Besitzern für ihre Arbeit und Mühe. Nach dem Kaffeetrinken übernahmen er und Schriftführerin Gabi Schwiering die Ehrungen. Außerdem gab der Vorsitzende die weiteren Termine bekannt.

Ortsverband Düsseldorf-Stadtmitte

Zur Jahresabschlussversammlung 2019 traf sich der Ortsverband Düsseldorf-Stadtmitte im

„Brauhaus am Dreieck“. Nach der offiziellen Begrüßung und Ansprache gab es für jedes Mitglied eine Kleinigkeit. Die langjährigen Mitglieder sowie Jubilarinnen und Jubilare wurden in aller Form für ihre SoVD-Treue geehrt. Kreisfrauensprecherin Käthe Thierfeldt berichtete über aktuelle sozialpolitische Themen, etwa bezahlbaren Wohnraum und die Mütterrente. Auch die Geselligkeit kam beim gemeinsamen Abendessen nicht zu kurz.

Ortsverband Herne-Mitte-Sodingen

Der Vorstand des Ortsverbandes Herne-Mitte-Sodingen begrüßte zur Jahresabschlussversammlung am 10. Dezember viele Jubilarinnen und Jubilare, die für langjährige Mitgliedschaft geehrt wurden. Darunter waren auch zwei mit fünfjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit. Bundesfrauensprecherin Jutta König nahm die Ehrungen vor – im Rahmen eines gemütlichen Beisammenseins im Urbanus-Haus.

Auf dem Foto zu sehen sind, v. li.: Wolfgang Leyk (30 Jahre im SoVD), Ulrich Schwarz (25 Jahre), Bundesfrauensprecherin Jutta König, Anna Maria Singer (20 Jahre), Michael Füllner (10 Jahre), Elisabeth Duda und Agnes-Maria Rosinski (je 5 Jahre Ehrenamt), Manfred Labs (45 Jahre Mitgliedschaft), Angelika Bardischewsky (10 Jahre), Giesbert vom Lehn (20 Jahre Mitgliedschaft) und Ortsvorsitzender Friedhelm Rolla.

Ortsverband Wanne

Langjährige Mitglieder ehrte der SoVD auch in Wanne bei einer festlichen Jahresabschlussversammlung 2019. Die Ehrungen nahmen der 1. Vorsitzende Gerd Griese und die 2. Vorsitzende Hanne Ulbrich in der Flora Marzina vor. Marlis Ambrassat, Maria Boedecker-Lojak, Erika Burmistrak, Ingrid Fischer, Otto Melnyk, Elisabeth Olbricht, Dorothea Praschna und Aziz Üney wurden für 25, 30 und 40 Jahre im SoVD geehrt.



Ortsverband Minden-Stadtmitte



Ortsverband Herne-Mitte-Sodingen



Ortsverband Wanne



Ortsverband Düsseldorf-Stadtmitte

Nachruf

Der SoVD-Kreisverband Gelsenkirchen-Bottrop nimmt Abschied: Im Alter von 87 Jahren ist unser langjähriges Mitglied

Klemens Steinbach

am 15. Januar verstorben. Er war seit 1965 Mitglied des Verbandes und hätte am 1. Februar sein 65-jähriges Jubiläum begehen können. Klemens Steinbach war unter anderem viele Jahre Vorsitzender des Ortsverbandes Resse, in dem er auch zum Ehrenmitglied ernannt wurde. Im Kreisverband Gelsenkirchen-Bottrop war er viele Jahre als 2. Vorsitzender tätig, bevor er im Oktober 2018 nicht mehr für das Amt kandidierte. Darüber hinaus war er auch außerhalb des SoVD sozial engagiert und unterstützte bis ins hohe Alter viele andere Menschen, die Hilfe benötigten. Wir werden ihm ein stetes Gedenken bewahren.

Der Vorstand

5 Termine

Ortsverband Asemissen / Leopoldshöhe

Zweiter Freitag im Monat, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Begegnungszentrum B-Vier, Raum Myslakowice, Parkstraße 6.

Ortsverband Bismarck

Zweiter Donnerstag im Monat, 15 Uhr: Frauengruppe, danach Versammlung. Alte Scheune Lahrshof, Franziskusstraße 18. Infos bei Dieter Harwardt, Tel.: 0209 / 81 40 84 oder 0170 / 7 74 11 60 (mobil).

Ortsverband Bochum-Wattenscheid

Dritter Donnerstag im Monat, 17 Uhr: Versammlung. Eldorado, Otto-Brenner-Straße 15, 44866 Bochum-Wattenscheid.

Ortsverband Düsseldorf-Stadtmitte

Erster Montag im Monat, 15 Uhr (ab April 17 Uhr): Mitgliedertreff. Brauhaus Am Dreieck, Blücherstraße 6, 40477 Düsseldorf.

Ortsverband Eickel

Zweiter Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen. Gemeindezentrum St. Josef, Hauptstraße 142, 44652 Herne.

Kreisverband Gelsenkirchen-Bottrop

Sozialrechtsberatung in der Dickkampstraße 7-9, 45879 Gelsenkirchen, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0209 / 15 52 20. Für Mitglieder in Gladbeck: Fritz-Lange-Haus, Friedrichstraße 7.

Kreisverband Gladbeck

Erster Donnerstag, 15-17 Uhr: Frauen-Kaffeetreff. Marthaheim, Hermannstraße 16, 45964 Gladbeck. Info unter Tel.: 02043 / 78 60 98.

Kreisverband Herne

Rechts- und Sozialberatung über das Sozialberatungszentrum Bochum, Huestraße 15, 44787 Bochum. Termine bitte erfragen unter Tel.: 0234 / 6 65 44 oder E-Mail: info@sovd-bochum.de.

Ortsverband Herne-Mitte-Sodingen

Zweiter Dienstag im Monat, 17 Uhr: Mitgliedertreffen. Zum Urbanus, Widumerstraße 23, 44627 Herne.

Ortsverband Kray

Erster Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Plaudercafé mit Vorträgen. SoVD-Begegnungszentrum, Rathaus Kray, Kamblickweg 27, 45307 Essen.

Ortsverband Langendreer

25. März, 17 Uhr: Jahreshauptversammlung. Haus Vocke, Wiemelhauser Straße 214, 44799 Bochum.

Ortsverband Minden

Erster Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Klön- und Spielenachmittag. Möwentreff, Stiftsallee 63, 32425 Minden.

Ortsverband Rüttenscheid

Erster Mittwoch im Monat, 17 Uhr: Stammtisch. **Achtung, neuer Ort:** Café Kötter, Rüttenscheider Straße 73, 45130 Essen.

Ortsverband Wanne

Erster Mittwoch im Monat, 14 Uhr: Frauentreffen, ab 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Flora Marzina, Heidstraße 132, 44649 Herne.

Ortsverband Wuppertal

28. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung. Café Grimm, Kirchstraße 7, 42103 Wuppertal.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovd-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovd-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Rödinghausen

Warum lohnt sich eine Mitgliedschaft im SoVD? Gisela Möller, die 1. Vorsitzende des Ortsverbandes Rödinghausen,

hatte beim Jahresempfang des Bürgermeisters, Ernst-Wilhelm Vortmeyer (SPD), Gelegenheit, hierüber zu sprechen und die Anwesenden auf die wichtige

Arbeit des Verbandes aufmerksam zu machen. An der Veranstaltung in der Gesamtschule Rödinghausen nahmen rund 500 Gäste teil.



Foto: Peter Edelhoff

Ortsverband Rödinghausen



Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im März sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bielefeld: Erika Husemann (90), Hans Wolter (93), Lisa Niehaus (93), Herta Kordbarlag (98), Anneliese Mielke (93), Margret Brodhage (90), Elly Haferstroh (98), Irene Andert (94), Grete Schwake (99), Kläre Tichy (90), Elli Müller (92), Heinz Timpe (90), Elfriede Hokamp (95).

KV Bochum-Hattingen: Ilse Schulz (94).

KV Dortmund-Lünen: Ingrid Möller (90), Theodor Pankowski (93), Ruth Brückner (100), Herbert Kuhn (98), Fredy Kröger (91), Margarete Heimann (90), Helga Gravestein (90), Lieselotte Nowaswiecki (93), Heinrich Neuhaus (100).

KV Düsseldorf: Hermann Gielen (93), Hildegard Kemmerling (90), Bruno Parlow (95).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Bernhard Berger (90), Anneliese Kubiak (94), Marianne Hamann (95), Pauline Stümke (95), Rudolf Bogatzki (93).

KV Essen: Hermine Schmitt (91), Hildegard Tillenburg (90), Alfred Schulz (91), Hannelore Siebers (91), Kurt Müll (96), Marianne Pleineß (90).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Heinz Groß (93), Reinhard Söchtig (90), Johanna Wowries (90).

KV Gladbeck: Anneliese Trostin (90).

KV Gütersloh: Theresia Heinrichsmeier (90).

KV Hamm-Unna-Münster: Margarete Twachtmann (90), Margarete Kunert (93), Gerhard Kosmann (92), Irmgard Weissig

(97), Margarete Neugebauer (91), Wilhelm Leyk (92), Gerda Hecht (93), Lilli Kath (93), Margot Boenig (91).

KV Herford: Irma Schulte (95), Annelies Zorn (90), Irene Kleine-Weber (91), Gertrud Pentermann (96), Wilhelm Gestring (94).

KV Herne: Franziska Beyer (90).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Irmgard Gogolin (91), Theresia Lentz (90).

KV Lippe: Christian Kuhlmann (90), Lieselotte Bertram (91), Ruth Herbst (90).

KV Lübbecke: Elfriede Koch (93), Ingo Schünemann (90), Luise Kittel-Sembo (90), Werner Radtke (90), Erika Vogt (92), Erna Niedringhaus (92), Frieda Wagner (96), Elise Kreimeier (92), Käthe Oberschmidt (91), Hugo Maxim (96), Betty Schweinforth (92), Helmut Bollhorst (90), Frieda Kokemohr (92), Erna Grote (92), Elli Süd-

kamp (90), Martha Warner (94), Hilde Luhede (94).

KV Märkischer Kreis: Hildegard Proske (91), Erna Krause (98), Margarete Burzlaff (93).

KV Minden: Klaus Ludwig (93), Loni Brandhorst (93), Wilma Hanke (94), Eva-Maria Neugebauer (90), Heinrich Schaper (91), Anna Krückmeier (96), Heinz Husmeier (91), Wilhelm Kohlmeier (90), Kurt Hentschel (90).

KV Mönchengladbach: Heinz Huppertz (94).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Ursula Zühlke (92), Wilfriede Sworacki (91), Gabriele Hiltrop (90).

KV Remscheid-Wuppertal: Hedwig Rittershaus (97).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Günter Thiel (90), Johannes Löhr (90), Maria Wedig (90), Herbert Bender (97), Asta Tews (92).

KV Witten: Erich Liskatin (90), Karl-Heinz Reimann (94).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Günther Lütge (Bielefeld), Ursula Florian (Essen), Hildegard Engelhardt, Friedhelm Lipinski (Hamm-Unna), Franziska Beyer (Herne), Edeltraut Aßmann (Lippe), Erna Hussmann, Christian Kahmeyer, Reinhard Rathje, Margot Sohnsowski, Elfriede Winkelmann (Lübbecke), Anneliese Löbach (Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg).

45 Jahre: Luise Kittel-Sembo, Helga Voigt (Lübbecke), Heinz Wehling (Recklinghausen), Sieglinde Wenzel (Dortmund), Hans Wächter (Lippe).

55 Jahre: Alfred Reckert (Westliches Ruhrgebiet).

65 Jahre: Werner Jansen (Essen).

Thesenpapier des SoVD-Landesverbandes zu seiner Kampagne für bessere Pflegebedingungen

„Menschen helfen – Pflegereform jetzt!“

Die Gestaltung einer menschenwürdigen Pflege ist eine der größten Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft. Pflege ist für viele Betroffene und deren Angehörige zu einem Armutsrisiko geworden. Deshalb hat der SoVD Schleswig-Holstein in den Mittelpunkt seiner sozialpolitischen Aktivitäten in diesem Jahr eine Pflegekampagne unter dem Motto „Menschen helfen – Pflegereform jetzt!“ gestellt.

In einem Fünf-Thesen-Papier hat der Landesverband seine zentralen Forderungen zusammengefasst:

- **Finanzausstattung nachdrücklich verbessern – „Pflegesoli“ einführen:** Die vor einem Vierteljahrhundert eingeführte Pflegeversicherung erweist sich mehr und mehr als reine Teilkaskoversicherung. Sie deckt kaum mehr die tatsächlich anfallenden Kosten ab. Das nicht enden wollende Ausufernde des Eigenanteils, der von Menschen in Pflegeeinrichtungen getragen werden muss, ist ein Skandal und mit dem Sozialstaatspostulat unvereinbar. Erforderlich ist ein signifikanter Steuerzuschuss

in die Pflege, um mittelfristig eine Vollversicherung zu erreichen. Die politische und gesetzliche Umwandlung des Solidaritätszuschlags in einen „Pflege-Soli“ würde die Pflege insgesamt entscheidend entlasten. Sie würde zugleich die unzweifelhaft notwendige Höhervergütung der Pflegefachkräfte sowie eine ebenfalls dringliche Neuausrichtung der Personalbemessung ermöglichen.

- **Steuerfinanzierte Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige schaffen:** Kinder zu erziehen ist Elternsache – aber zugleich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb gibt es für Eltern das Elterngeld. Doch was ist mit den rund 2,5 Millionen pflegenden Angehörigen? Rund drei Viertel aller Menschen mit Unterstützungsbedarf werden in Deutschland zu Hause gepflegt – teilweise oder ausschließlich von Familienangehörigen, die nicht selten mit ihrem persönlichen Einsatz ein Armutsrisiko eingehen. Damit ihnen ihr Engagement finanziell „nicht auf die Füße fällt“, muss eine angemessene steuerfinanzierte Ersatzleistung für diesen Personenkreis eingeführt werden. Die zarten und temporären Ansätze des Pflegezeitgesetzes und des Famili-

enpflegezeitgesetzes reichen bei Weitem nicht aus.

- **Eine Versicherung für alle Bürger*innen:** Wir leisten uns bei der Kranken- und Pflegeversicherung ein Zweiklassensystem. Private und soziale Versicherungsträger existieren in Deutschland nebeneinander – mit teilweise extremen Unterschieden, was Qualität und Zugänglichkeit angeht. Diese Schieflage ist vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungerechtigkeiten vor allem für wirtschaftlich benachteiligte Menschen nicht mehr hinnehmbar. Die private Versicherung ist unverzüglich in die solidarische Finanzierung einzubeziehen. Die Lösung heißt: Eine Versicherung für alle – die Bürgerversicherung!
- **Gleiche Bezahlung für die Alten- und Krankenpflege:** In der Ausbildung ist die Zusammenlegung von Alten- und Krankenpflege bereits angelaufen. Bei der Bezahlung klafft zwischen Alten- und Krankenpflege nach wie vor ein immenser Unterschied. Das ist nicht fair! Wir sind der Meinung, dass alle in der Pflege beschäftigten Kräfte ordentlich entlohnt werden müssen. Dazu sind tarifgebundene Vergütungen und deutliche Gehaltserhöhungen unumgänglich. Die Un-



Foto: Kzenon / AdobeStock

Zeit für geselliges Miteinander gibt es im Pflegeheim viel zu wenig. Die meisten leiden unter Personalmangel und Sparmaßnahmen.

terschiede zwischen Alten- und Krankenpflege müssen unbedingt aufgehoben werden.

- **Mehr Menschlichkeit in der Pflege und im Krankenhaus – kommunale Verantwortung stärken:** Im Ärzte-Appell „Rettet die Medizin“ heißt es: „Es ist fahrlässig, Krankenhäuser und damit das Schicksal von Patient*innen den Gesetzen des freien Marktes zu überlassen. Niemand würde fordern, dass die Polizei oder Feuerwehr schwarze Nullen müssen. Warum also Krankenhäuser?“ Und wir ergänzen: Warum Pflegeeinrichtungen, für die das gleiche gilt? Die Auslagerung aus dem öffentlichen Bereich und ihre Privatisierung, die Einführung von Fallpauschalen

und die Klassifizierung nach Pflegegraden, die vorwiegend managementbetone und wirtschaftliche Führung der Einrichtungen haben das Menschliche dort verdrängt. In Krankenhausbetrieben und in Pflegeeinrichtungen, die stark auf Rendite ausgerichtet werden, ist Zeit Mangelware. Und so bleiben am Ende nicht nur die Patienten auf der Strecke, sondern auch das stark unterbesetzte Personal, das längst an seiner Leistungsgrenze arbeitet. Ein fundamentales Umdenken und die Umkehr von der Renditeorientierung zum verantwortlichen lokalen Handeln nach den tatsächlichen Bedarfen vor Ort muss stattfinden. Eine starke kommunale Steuerungsverantwortung ist dabei ein wichtiger Schlüssel.



Das Flugblatt zur Kampagne des SoVD Schleswig-Holstein.

Das Sozialministerium Schleswig-Holstein rät Früherkennungsangebote der Krebsvorsorge zu nutzen

Vorsorge verbessert die Heilungschancen

In Deutschland erkranken jedes Jahr etwa 500.000 Menschen an Krebs. Expert*innen rechnen laut Bundesministerium für Bildung und Forschung mit einem Anstieg der Neuerkrankungen bis zum Jahr 2030 auf etwa 600.000 Fälle pro Jahr. Je früher eine Erkrankung diagnostiziert wird, desto besser sind die Heilungschancen.

In Schleswig-Holstein sind die meisten Krebsneuerkrankungen bei Männern Prostatakrebs und bei Frauen Brustkrebs. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen folgende Früherkennungsuntersuchungen: Für Frauen ab dem Alter von 20 Jahren ist die jährliche Gebärmutterhalsfrüherkennung und ab 30 Jahren Brustkrebsfrüherkennung vorgesehen. Ab 35 Jahren

können Männer und Frauen sich routinemäßig alle zwei Jahre einem unkomplizierten Hautkrebscreening unterziehen und Frauen sollten sich zudem alle drei Jahre auf HPV (Humane Papillomviren) testen lassen. Ab 45 Jahren sollten alle Männer jährlich zur Prostatauntersuchung gehen und ab 50 Jahren sollten sich alle Menschen regelmäßig auf verstecktes Blut

im Stuhl untersuchen lassen. Für Frauen kommt ab 50 Jahren die Möglichkeit eines Mammographie-Screenings, welches optimalerweise alle zwei Jahre durchgeführt werden sollte, hinzu. Eine Darmspiegelung sollte im Rahmen der Früherkennungsuntersuchungen bei Männern ab 50 und bei Frauen ab 55 Jahren alle 10 Jahre vorgenommen werden.



Foto: Alexander Raths / AdobeStock

Muttermale können sich zu bösartigem Hautkrebs entwickeln.

Der SoVD-Landesverband gibt Tipps für Inhaber*innen eines Schwerbehindertenausweises

Schwerbehinderung dem Arbeitgeber melden?

Wie man den Schwerbehindertenausweis beantragt nimmt einen großen Anteil der Sozialberatung des SoVD in Anspruch. Allein in Schleswig-Holstein haben mehr als zehn Prozent aller Einwohner eine Schwerbehinderung. Der entsprechende Ausweis ist vor allem deshalb so wichtig, weil er einige Nachteilsausgleiche mit sich bringt: zum Beispiel bei der Steuererklärung, dem Thema Mobilität – und vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Hier sind Tipps zum Verhalten gegenüber dem Arbeitgeber.

Muss mein Chef wissen, dass ich schwerbehindert bin?

Nein. Wenn sich eine dauerhafte Behinderung entwickelt, müssen Sie Ihren Arbeitgeber nicht darüber informieren. Zumindest nicht, solange Sie Ihren Job noch adäquat ausüben können. Ein Beispiel: Kathrin arbeitet als Bürokauffrau. Seit einigen Jahren hat sich ihr Rheuma immer weiter verschlechtert. Mittlerweile hat sie deshalb auch einen Schwerbehindertenausweis beantragt. Der Bescheid des Landesamtes für soziale Dienste ist positiv – sie erhält einen GdB in Höhe von 60. Das Rheuma ist eine ständige Beeinträchtigung und macht Kathrin im Alltag ganz schön zu schaffen. Allerdings legt sie großen Wert darauf, am Arbeitsplatz weiter voll einsatzfähig zu sein. Kathrin müsste ihre Schwerbehinderung gegenüber dem Chef nicht erwähnen.

Ist es sinnvoll, eine Schwerbehinderung im Job zu verschweigen?

Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Die meisten Menschen, die mit dieser Frage zu uns kommen, haben Angst. Sie leben mit der Sorge, dass ihr Arbeitgeber ein Problem mit

der Behinderung haben könnte. Leider kursieren insbesondere in kleineren Betrieben immer noch zahlreiche Vorurteile über Menschen mit Behinderung: Man könne sie nicht mehr loswerden. Sie seien ständig krank. Man müsste ihnen teure Spezialgeräte zur Verfügung stellen.

Natürlich sind diese Einwände Unsinn – doch viele Arbeitgeber wissen das nicht. Vor diesem Hintergrund ist die Sorge von Menschen mit Behinderung, sie könnten durch die Offenlegung ihrer Schwerbehinderung Nachteile erfahren, nicht vollständig unbegründet.

Falls Sie im Öffentlichen Dienst tätig sind, sollten Sie Ihren Schwerbehinderten-Status der Personalabteilung mitteilen. Wie kaum ein anderer Arbeitgeber ist der Staat sehr daran interessiert, den Anteil schwerbehinderter Kolleginnen und Kollegen zu erhöhen. Ob Sie Ihren Chef auch einweihen, wenn Sie in einem Elektro-Betrieb mit vier Mitarbeitern tätig sind, müssen Sie selbst entscheiden. Fakt ist aber: Solange Sie Ihre Behinderung verheimlichen, können Sie die mit dem Beruf verbundenen Nachteilsausgleiche nicht in Anspruch nehmen, also zum Beispiel kei-

ne zusätzlichen Urlaubstage.

Kann ich die Behinderung gegenüber meinem Arbeitgeber auch nachträglich angeben?

Selbstverständlich. Doch in diesem Fall profitieren Sie erst später von den Nachteilsausgleichen. Kommen wir zu unserem Beispiel zurück: Kathrin hat Ihren Bescheid zur Feststellung einer Schwerbehinderung bereits 2017 erhalten. Ihrem Chef erzählt sie das allerdings erst 2019, also fast zwei Jahre später. Das bedeutet, dass die Bürokauffrau den Sonderurlaub erst ab dem Zeitpunkt wahrnehmen kann, von dem an ihr Schwerbehinderten-Status in der Firma bekannt war. Nachträglich kann sie die zusätzlichen Urlaubstage nicht geltend machen.

Spätestens wenn Sie aufgrund Ihrer Behinderung vorzeitig in Rente gehen möchten, muss Ihr Arbeitgeber Bescheid wissen. Ob es sinnvoll ist, mit dem Zücken des Schwerbehindertenausweises bis dahin zu warten, müssen Sie für sich selbst beantworten. Bedenken Sie, dass Sie Ihre Altersrente rund dreieinhalb Monate vor dem geplanten Beginn beantragen sollten. Außerdem ist rechtzeitig sicherzustellen, ob



Der Schwerbehindertenausweis bietet den Inhaber*innen viele Vorteile. Aber manche fürchten Nachteile durch den Arbeitgeber.

sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Denn allein der Schwerbehindertenausweis reicht nicht aus, um die Altersrente für schwerbehinderte Menschen in Anspruch zu nehmen.

Was ist bei einer Kündigung zu beachten?

Spricht der Arbeitgeber Ihnen die Kündigung aus, können Sie Ihren Schwerbehindertenstatus auch dann nutzen, wenn sie diesen bisher nicht angegeben haben. Um nun den besonderen Kündigungsschutz in Anspruch zu nehmen, bleiben Ihnen nach Erhalt der Kündigung drei Wochen Zeit, den Chef zu informieren. Das gilt auch für den Fall, dass Sie lediglich freigestellt sind.

Der besondere Kündigungsschutz sieht vor, dass die Schwerbehindertenvertretung

in Ihren Fall einbezogen werden muss. Außerdem ist eine Zustimmung des Integrationsamtes erforderlich. Die Vertreter dieser Organisationen werden jetzt versuchen, die Kündigung mit verschiedenen Maßnahmen zu verhindern – möglicherweise kann man Ihnen einen angepassten Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.

Fazit: Wenn Sie Ihre Arbeit tadellos erledigen, ist Ihre Schwerbehinderung Privatsache. Falls Sie es denn so wollen. Nachteilsausgleiche gibt es selbstverständlich nur, wenn Sie Ihren Arbeitgeber über die Behinderung informieren. Ob das aufgrund von Vorurteilen immer sinnvoll ist, können nur Sie beantworten. Im Öffentlichen Dienst spricht nichts dagegen, auch in der Privatwirtschaft nicht – zumindest in den allermeisten Fällen.

Kooperationspartner des SoVD bietet Vergünstigungen

Theatererlebnisse in Kiel

Alle Mitglieder des SoVD haben die Möglichkeit, Theaterkarten zum günstigen Volksbühnenpreis einzukaufen. Für Ausflüge der Ortsverbände an die Theaterspielorte in Schleswig-Holstein und Hamburg organisiert die Volksbühne in Abstimmung mit den Vorständen der örtlichen Gruppierungen den Service rund ums Theater und besorgt die Theaterkarten.

Opernhaus Kiel

Die Fledermaus: Operette von Johann Strauß. Gabriel amüsiert sich noch einmal vor dem Gefängnisantritt. Das führt zu einer durchzechten Nacht voller Verwechslungen. Termine: 2.4., 29.4., jeweils 19.30 Uhr, 12.4., 26.4., jeweils 18 Uhr; Preise: 13 bis 45,10 Euro.

Eugen Onegin: Ballett nach Musik von Peter Tschaikowski u. a.: Jaroslav Ivanenko erzählt seine Version der dramatischen Liebesgeschichte zwischen dem Dandy Eugen Onegin und Tatjana, der späteren Fürstengattin. Termine: 9.4., 30.4., 19.6., jeweils 19.30 Uhr, Preise: 13 bis 45,10 Euro.

Schauspielhaus Kiel

Was ihr wollt – Das Musical: Shakespeares turbulente Liebeskomödie mit der exklusiv komponierten Musik von Echo-Preisträger Martin Tingvall und Songwriterin Regy Clasen als mitreißendes Step-Musical. Termin: 13.6., 20 Uhr; Preise: 14,50 bis 32,30 Euro.

Die Möwe: Anton Tschechows bittersüßes Stück, in dem eine Gesellschaft aus Künstlern, Intellektuellen und Kleinbürgern zwischen ihrem Alltag und ihren Illusionen gefangen ist. Termine: 24.4., 2.5., 14.5., jeweils 20 Uhr; Preise: 11,50 bis 26 Euro.

Weitere Termine immer aktuell im Internet: www.volksbuehne-kiel.de (Anrufbeantworter).

KV/OV Aus den Ortsverbänden



KV Kiel

KV Kiel

Auf einer Festveranstaltung des Kreisverbandes Kiel wurden mit Irma Hansen, Claudia Herzberg, Erika Braun, Ingrid Koch, Margrit Harder, Peter und Anneliese du Mesnil sowie Horst Burmester ehrenamtliche Mitarbeiter*innen ausgezeichnet, die sich über viele Jahre mit großem Engagement und Verantwortungsbereitschaft in der Ortsverbandsarbeit eingesetzt haben. Die Ehrung vollzogen der Kreisverbandsvorsitzende Alfred Bornhalm (s. Foto, links) und seine Stellvertreterin Astrid Witte (s. Foto, rechts).

OV Glückstadt

Beim Ortsverband Glückstadt wurden Telse Hoffmann, Lieselot-

Fortsetzung auf S. 13

Vergünstigte Karten für SoVD-Mitglieder: Bestellen Sie mit der Kooperationsnummer 68 00 29 39 bei der Volksbühne, die Karten kommen auf Rechnung per Post oder können abgeholt werden: Volksbühne Kiel, Rathausstraße 2, 24103 Kiel. Ansprechpartnerinnen: Susanne Reimer und Monika Wolff, Tel.: 0431/9 82 78 90, Fax: 0431/97 04 71, E-Mail: volksbuehne-kiel@t-online.de. Geschäftszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr, donnerstags zusätzlich von 15 bis 18 Uhr. Weitere Infos online unter www.volksbuehne-kiel.de.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



OV Schwentinental-Klausdorf

Fortsetzung von S. 12

te Roßkamp, Edgar Wulf, Irene Preine, Irene Pich, Bärbel Zander und Ilona Schmidt für ihr Engagement ausgezeichnet.

OV Schwentinental-Klausdorf

Wie altersgerechtes Wohnen in zehn Jahren aussehen kann, war Thema einer Veranstaltung des SoVD-Ortsverbandes in Zusammenarbeit mit der AWO und den verdi-Senior*innen. Eingeladen waren auch Schwentinental's Bürgermeister Michael Stremlau und die Stadtvertreter*innen.

OV Trittau, OV Wahlstedt, OV Witzwort, OV Bergenhusen, OV Lübeck St. Gertrud

Ehrungen waren Hauptbestandteil der Veranstaltung im Ortsverband Trittau. Auch in Wahlstedt wurden langjährige Mitglieder ausgezeichnet. In Witzwort zeichnete die Vorsitzende Sigrid Voß ebenfalls langjährige Mitglieder aus. Ehrungen standen auch im Mittelpunkt einer Festveranstaltung in Bergenhusen. Ausgezeichnet wurde unter anderem Herta Heine für fünf Jahre ehrenamt-



OV Glücksstadt

liche Vorstandsarbeit. Der Lübecker Kreisvorsitzende Lorenz Friedrich ehrte langjährige Mitglieder in Lübeck St. Gertrud.

OV Kronshagen

Zu Gast bei der 70-Jahr-Feier des Ortsverbandes waren unter anderem die Landesvorsitzende Jutta Kühl und der Vorsitzende des Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde, Günter Braun. Beide lobten ihren Grußworten die ausgezeichnete ehrenamtliche Arbeit vor Ort. Durch das Festprogramm führte die Ortsvor-

sitzende Sonja Müller-Bous.

OV Wedel

Große Ehre für Bärbel Porschek (s. Foto, 2. von links). Die langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes wurde mit der Ehrennadel der Stadt ausgezeichnet. Bis heute ist Bärbel Porschek ehrenamtlich für den SoVD tätig.

OV Geesthacht

Auf drei Veranstaltungen sammelte der Ortsverband Geesthacht insgesamt 650 Euro.

Das Geld erhielt das Geesthachter Hospiz.

OV Neustadt / Holstein

Magie beim Ortsverband Neustadt / Holstein: Der 17-jährige deutsche Zauber-Jugendmeister Tjark Schlößer verblüffte die Mitglieder bei einer Festveranstaltung mit seinen Kartentricks.

OV Kiel-Elmschenhagen

Nach 27 Jahren hat Horst Burmester (s. Foto) sein Amt als Vorsitzender des Ortsverbandes Kiel-Elmschenhagen in jüngere Hände übergeben. Er bleibt seinem Ortsverband als Ehrenvorsitzender erhalten und wird auch zukünftig mit Rat und Tat zur Seite stehen. Neuer Vorsitzender ist Ekkehard Zimmermann, seine Stellvertreterin Ingrid Perro. Die Kasse verwaltet Rudolf Bock und die Interessen der Frauen vertritt Brigitte Rother. Beisitzerin ist Birgit Bünning. Die Kasse prüfen: Rüdiger Bies, Peter Steffen und Helga Schwerdter.



OV Witzwort



OV Kronshagen

Foto: Sven Janssen



OV Bergenhusen



OV Wedel



OV Geesthacht



OV Trittau



OV Wahlstedt



OV Kiel-Elmschenhagen



OV Lübeck St. Gertrud

Nachruf



In unserem Landesverband verstarben

Helga Rubach,

langjährige Frauensprecherin im Ortsverband Kronshagen/Kreisverband Rendsburg-Eckernförde.

Benno Michaelsen,

langjähriges Vorstandsmitglied im Ortsverband Kellenhusen/Kreisverband Steinburg.

Hans Lorenz Petersen,

langjähriger Revisor im Ortsverband Ahrenviöl/Ahrenviölfeld/Kreisverband Nordfriesland.

Christel Freudenthal,

Trägerin des SoVD-Integrationspreises im Ortsverband Schönkirchen/Kreisverband Plön.

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mitglieder werben Mitglieder

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir ständig neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland e. V. hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 155.000 Mitstreiter*innen. Für das Jahr 2020 lautet unser Wahlspruch:

**Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
Werden Sie Mitglied!**

Werben Sie mit dem Scheckheft fünf neue Mitglieder und gewinnen Sie eine Woche Urlaub in Büsum!

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen im Monat Februar sind:

- Dietmar Wahlich (Kreisverband Ostholstein),
- Karin Deuticke-Thies (Kreisverband Pinneberg),
- Ursula Schwark (Kreisverband Plön),
- Christel Schroeder (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde),
- Birgit Radde (Kreisverband Segeberg),
- Paul Nowotnick (Kreisverband Schleswig-Flensburg),
- Renate Schmidt (Kreisverband Steinburg).

Werben Sie mit unserem Scheckheft fünf neue Mitglieder und Sie erhalten von Ihrem Landesverband ein Präsent nach eigener Wahl.

Volle Scheckhefte eingereicht haben in diesem Monat:

Horst Burmester, Horst Zawada, Elke Wensien, Rolf Schönbeck, Volker Schladetsch, Joachim Selk, Ingrid Perro, Dieter Niemeyer, Hilde Nielsen, Hans Werner Mußfeldt, Christa Möller, Peter Mau-Hansen, Gudrun Kroll, Edgar Wulf, Siegrid Voß, Rita Schmidt, Dieter Schilling, Renate Kruse, Telse Hoffmann, Jutta Hansen, Manfred Haese, Monika Henning, Wilfried Maringer.

Wir bedanken uns bei allen Werber*innen, die so engagiert und erfolgreich für unseren Verband neue Mitglieder geworben haben. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken.

Unsere Ortsverbände stellen sich vor

Erfolgreicher SoVD in Lunden

Der Ortsverband Lunden hat zurzeit gut 770 Mitglieder und schickt sich an, demnächst die 800er-Marke zu erreichen. Verantwortlich für diese erfolgreiche Entwicklung ist das sehr engagierte Vorstandsteam um den Vorsitzenden Ronald Petersen.

Viel zu verdanken hat der Lundener SoVD auch der hervorragenden Aufbauarbeit, die die Vorgänger von Ronald Petersen geleistet haben. Hier zu nennen sind insbesondere Lothar Dufke, der den Verband von 2000 bis 2006 führte, und Bärbel Paulsen, die das Ruder 2006 übernahm und 2018 an Ronald Petersen übergab: „Beide sind zu Institutionen unseres SoVD geworden und haben Großartiges geleistet“, sagt der heutige Vorsitzende.

In jedem Monat des Jahres bietet der Ortsverband Lunden seinen Mitgliedern mindestens eine Aktivität an. Die Angebotspalette reicht von geselligen Treffen über Theaterbesuche bis zu Infoveranstaltungen sowie Ein- und Mehrtagesfahrten. „Die Leute kommen sehr gerne zu uns und fühlen sich bei uns wohl“, freut sich Ronald Petersen.

Bei den Mehrtagesfahrten ging es unter anderem bereits nach Tirol, nach Masuren, in den Schwarzwald sowie in den Harz und Spessart. In diesem Jahr steht die Vulkaneifel auf dem Reiseprogramm.

Auch die Mitgliederbetreuung wird in Lunden großgeschrieben. Geburtstagskinder



Der Vorstand des Ortsverbandes Lunden mit dem Vorsitzenden Ronald Petersen (2. von links).

bekommen zum 50., 60. und 70. Ehrentag eine Karte und werden zum 75. sowie vom 80. Geburtstag an jährlich persönlich besucht und mit einem Geschenk bedacht. Außerdem gibt es für über 80-Jährige regelmäßig ein Präsent zu Weihnachten. Bei all diesem bemerkens-

Das Scheckheft ist bestellbar in der SoVD-Landesgeschäftsstelle, Muhliusstraße 87, 24103 Kiel. Für je fünf geworbene Mitglieder erhalten Sie eine Prämie: einen Gutschein für Fleurop, arko oder Tchibo.

werten Engagement ist es kein Wunder, dass der Ortsverband Lunden auf stetigem Wachstumskurs ist und vor einer sehr guten Zukunft steht.



Aktuelle Urteile

Steuerrecht: Fitnessstudio auch auf ärztlichen Rat keine außergewöhnliche Belastung

Auch wenn eine Frau ein Attest ihres Arztes vorlegt, in dem (unter anderem) „dringend angeraten wird“, Aufbautraining der Muskulatur durch Bewegungsbäder und Gymnastikkur-

se durchzuführen, so kann sie die Kosten für ein herkömmliches Fitnessstudio, in dem sie trainiert, nicht als außergewöhnliche Belastung vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen.

Das Finanzgericht Köln hat entschieden, dass für eine steu-

erliche Berücksichtigung eine konkrete ärztliche Anweisung über Art und Umfang der Behandlungsmethoden vorliegen müsse, die dann unter Aufsicht einer fachkundigen Person (wie zum Beispiel einem Physiotherapeuten) durchgeführt werde. (FG Köln, 7 K 2297/17) *wb*



Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit einheitlich, ohne Vorwahl und für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lau-

- enburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/4 41 34 47. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431/5 90 99 60, zusätzlich wochentags 10–18 Uhr die bundesweite Hotline: 0800/0 11 77 22 (9 Cent pro Min. aus dem dt. Festnetz).

- **Kinder- und Jugendnottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/1 11 03 33.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.